

DISKUS 2-01

DIESE AUSGABE DES DISKUS
ERSCHEINT ALS SONDERNUMMER
ZUR FRANKFURTER BUCHMESSE.

DIE URSPRÜNGLICHE IDEE, DEREN DIESJÄHRIGES THEMA GRIECHENLAND ZUM ANLASS ZU NEHMEN, UM VOR ALLEM ÜBER DEN MARXISTISCHEN STAATSTHEORETIKER NICOS POULANTZAS ZU SPRECHEN, HAT SICH AUS GEGEBENEM ANLASS DARIN VERWANDELT, EINIGE MARKANTE EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN VOR UND NACH DEM 11. SEPTEMBER MITEINANDER ZU VERBINDEN.

Einen Griechenland-Schwerpunkt können wir dennoch vorweisen.

Klaus Ronneberger und Vassilis Tsianos rekonstruieren in ihrem Beitrag »Vergesst Distomo« die Geschichte der Debatte um die Wehrmachtsverbrechen in Griechenland. Eine Geschichte, die auch bei Menschen mit zehn- oder zwanzigjähriger politischer Sozialisation und der damit verbundenen deflationären Entwicklung von Augenblicken der Empörung, anstelle jeder Mäßigung den Ruf nach dem sofortigen Einsatz des Morgenthau-Plans treten lässt (*diskus* lädt am 14.10. zu einer Veranstaltung mit den beiden Autoren ein).

Im zweiten Zimmer dieses kleinen Apartments wohnt ein Vortrag von Etienne Balibar, in dem er im Anschluss an Poulantzas die gegenwärtigen Konjunkturen des »national-sozialen Staates« in Begriffen eines Kräfteverhältnisses und den materiellen Formen innerhalb derer es sich bewegt, analysiert. Ohne Staatstheorie keine Globalisierungskritik. Ohne gute Globalisierungskritik keine gute Bewegung. Ohne Bewegung gar nichts.

Ohne gute Überleitung kein gutes Editorial. Thomas Seibert war in Genua und ist lebend zurückgekommen. Er versucht in seiner Einschätzung, ähnlich übrigens wie

Poulantzas, bestimmten dualistischen Fixierungen bei der Beurteilung der Situation zu entkommen, um einen freien Blick auf die Konfiguration der »Massen von Genua« zu bekommen (s. Veranstaltung von *links-netz* zu Genua am 10.10.) Ein Blick, der sich mit dem Sound von New York in den Ohren geändert hat. (Natürlich auch mit den Bildern im Kopf: Siehe nicht nur zu gestörten Fernsehreaktionen nach dem 11.09. die Veranstaltung »Theoretisches Fernsehen« von *b_books*, *diskus* und *plattenbau* am 13.10.)

Die elf Thesen von *no spoon* sind eine immanente Kritik am hegemonialen Kriegsdi-

Benita Torres«. Dass die Bewegung der Tomisten bis heute leidenschaftlich gerne Schreibtische zersägt, können wir hier noch erwähnen. Die Wahrheit über die Vulkanier wird aber noch nicht verraten.

Eine Sondernummer ist eine Sondernummer ist eine Sondernummer.

Redaktionskollektiv *diskus*-Sondernummer
(Ende September 01)

70

IN-
HALT:

INTERDEPENDENCE DAY

VON UNTERWEGS.

VIA CAMPESINA!

»VERGESST DISTOMO!«

KOMMUNISMUS UND
STAATSBÜRGERSCHAFT

POULANTZAS LESEN.

DIE SÄGE DER
BENITA TORRES

IMPRESSUM

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 2.01 · Oktober 2001 · 50. Jhg.

Anschrift: Mertonstr. 26 - 28 · 60325 FfM
Tel: (069) 79828912 · Mittwochs 20 - 22 Uhr
Fax: (069) 702039
Email: diskus@copyriot.com
Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen: Stephan Adolphs · Sonja Buckel · Wolfgang Hoerbe · Tanja-Maria Müller · Alexandra Rau
Redaktionskollektiv dieser Sondernummer:
Stephan Adolphs · Wolfgang Hoerbe (VisdP)
Serhat Karakayah

Bilder: Berlin, Tel Aviv, Isfahan, Athen, Ljubljana, Kairuan

Gestaltung: Nach Entwürfen des general intellect · DTP: buelrot · Druck: Caro Druck

Auflage: Achtzehntausend
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Verteilung: Gratis

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

skurs. Immanent heißt, die inneren Widersprüche des hegemonialen Blocks auszu-leuchten, aufzugreifen, zu politisieren und darin eine andere Strategie zur Infragestellung dessen zu sehen, was uns nun bevorsteht. Weit aus dem Fenster: Auch eine Variante des *communisme de l'interieur*.

Noch in der Sendung am Abend des 11.09. hatte die Redaktion der französischen Satire-Nachrichten-Sendung *Les Guignols de l'Info* (engl.: *Spitting Image*) Jose Bové (natürlich seine Puppe) mit der Frage konfrontiert, was er denn von den Anschlägen halte, er der doch einst mit seinen Bauerngenossen eine McDonalds-Filiale kleingehauen hatte. Antwort: Das gilt nicht, der McDonalds hatte nur eine Etage. Wie die oppositionelle Bauerngewerkschaft *Confederation Paysanne*, deren Mitglied Bové ist, aus den militanten Kämpfen von Larzac hervorgegangen ist, und warum deren Kritik an produktivistischer Landwirtschaftspolitik und neoliberaler Globalisierung – damit sind wir wieder in Seattle und Genua – sich vom nationalen Protektionismus unterscheidet, kann in Frieder Dittmars Artikel »Via Campesina« nachgelesen werden.

Dass es auch in zukünftigen Galaxien noch Kühlschrank- und Knastplaneten gibt, berichtet Christoph Spehr in »Die Säge der

VERANSTAL-
TUNGEN:

GENUA – NEW YORK

MI-10-10, 20:00, KOZ / UNI FFM

THEORETISCHES FERNSEHEN

SA-13-10, 20:30, FAHRRAHDALLE OF

»VERGESST DISTOMO!«

SO-14-10, 19:30, KOZ / UNI FFM

INTERDEPENDENCE DAY

POLITIK AN DER GRENZE ZUM EMPIRE

JEDER VERSUCH, DIE FOLGEN DER ANSCHLÄGE IN
NEW YORK UND WASHINGTON HISTORISCH-MATERIALISTISCH
ZU VERSTEHEN, LÄUFT GEFAHR, AUF HALBEM WEG AB-
ZUBRECHEN. STÄNDIG DROHEN DIE DENK- UND REAKTIONS-
WEISEN IN ALLZU ALTBEKANNTE MUSTER ZURÜCKZUFALLEN.
DIE FOLGENDEN THESEN NÄHERN SICH DEN EREIGNISSEN
DAHER AUS EINER ANDEREN RICHTUNG.

Angenommen, es geht hier nicht um Imperialismus, Krieg und die globale Hegemonie der letzten Supermacht. Angenommen, es geht statt dessen um eine neue Struktur global vernetzter Machtbeziehungen und Dispositive, die sich schon mit dem II. Golfkrieg und, als anderer Strang, mit den Zapatisten abzuzeichnen begannen. Dann könnte der freie Blick aufs Empire (wie Negri und Hardt es nennen) dabei helfen, den vernetzten Aktivismus zwischen Seattle und Genua nicht als Frühwarnsystem der Weltverwaltung zu begreifen, sondern als Multitude, als Ort der Selbstvergesellschaftung, den es auszuloten gilt.

Den freien Blick aufs Empire öffnet gerade der materielle Vorsprung, den die Ereignisse vor dem Wissen haben, das für adäquate Reaktionen nötig wäre. Lassen wir uns also auf dieses Wissen ein, um dessen immanente Grenzen nachzuweisen. Nutzen wir unseren Vorsprung.

0.

Am 11. September habe ich abends mit einem Freund telefoniert. Bei ihm zuhause lief nebenher der Fernseher; und das, was er da sah, hatte er bis zu meinem Anruf ganz selbstverständlich für einen der üblichen Katastrophenfilme gehalten. Noch 1938 hatte die Ausstrahlung des Radiohörspiels *War of the Worlds* eine Massenhysterie ausgelöst (ironischerweise vor allem in New York und New Jersey). Heute ist das Verhältnis von fiktivem und realem Wahnsinn offensichtlich umgekehrt. Mehr noch, das Genre der Actionfilme, in dem Terroristen während der letzten zwanzig Jahre die Welt terrorisierten, verwandelt sich zum WYSIWYG-Kino – What You See Is What You Get. Oder sagen wir eher: Die kollektiven Phantasien sind von der Wirklichkeit überholt. Denn wenn man sich Streifen wie die *Die-hard*-Sequels vergegenwärtigt, in denen es um Passagierflugzeuge und Hochhäuser ging, scheint jedes filmische Szenario des terroristischen Superschlags plötzlich merkwürdig blaß. Am ehesten kann noch die Logik der symbolischen Mobilmachung und Kriegserklärung, die nach den Anschlägen einsetzte, durch einen Film wie *Independence Day* eingefangen werden. Es ist kein Zufall, daß die ›Gegner‹ hier Aliens sind; die plötzlich aus dem Off auftauchen, völlig unbekannt, und außerdem in keiner Weise berechenbar.

Auf der unmittelbaren Ebene des Konflikts ist *Blade Runner* vermutlich genauer. Zwar sind auch hier die Gegner keine Menschen. Da sich die Androiden aber äußerlich

kaum unterscheiden, sind sie nur schwer zu identifizieren und können sich völlig frei im gesellschaftlichen Alltag bewegen. Sie sehen, daß sie um ihr Leben betrogen sind, haben nichts zu verlieren. Ihre nächsten Schritte sind gerade deshalb unvorhersehbar und unberechenbar. Vom imperialen Herrschaftsregime der globalisierten Zitaellenökonomie her gedacht, sind die Ausgeschlossenen das ganz ›Andere‹; und die Entdeckung, dass sie sich mitten unter uns bewegen und einer unzugänglichen Logik folgen, ist ein fundamentaler Schock.

I.

Selbst die politischen Eliten wussten in den Tagen nach dem Anschlag nicht, was nun zu tun ist, und klammerten sich an ihre Routinen. Für dieses Terrorszenario gab es anscheinend keine Konzepte. Der Vergleich des Anschlags mit Pearl Harbour und die gängige Rede von Krieg deuten darauf hin, daß es überhaupt an Worten und Begriffen fehlte, das Geschehene und das Kommende zu fassen. Als die NATO den Bündnisfall feststellte, wußten selbst die Kabinettsmitglieder nicht genau, was das jetzt konkret bedeutet. Krieg?

Die schiere Monstrosität der Terrorakte sollte nicht täuschen: Seine Bedeutung erlangt der 11. Septembers nicht allein durch die Materialität der Anschläge, die über 6000 Tote aus 42 Staaten, sondern vor allem durch ihre symbolischen Dimension. Mit der Zerstörung des Pentagons und des World Trade Centers sind die Insignien ökonomischer und politisch-militärischer Macht entzaubert. Das amerikanische Selbstverständnis, das eigene Territorium als sicheres Hinterland zu wissen, fiel mit dem Hauptquartier der letzten Supermacht, die nun bitter lernen muß, dass auch sie kein idyllisches Eiland im Meer der globalen Verwerfungen ist. Eine ähnliche Lektion muss indes auch das globale Management lernen, das, ob in London, Tokio oder Singapur, im Schatten der Supermacht seinen Geschäften nachging. In der Stadt der Null-Toleranz zeigt der Einsturz der Twin Towers nicht nur die unmittelbare Verwundbarkeit jener Akkumulationsdynamik, die doch halbe Kontinente in die Krise stürzen kann. Weniger die Vernichtung von ein paar Tausend Computern, Büros und Humankapitalien, und sei's an der Weltleitbörse, bringt die globalisierte Ökonomie bis in den letzten Winkel ins Wanken. Das Primat der Politik meldet sich als Destabilisierung der Verwertungskreisläufe im Ökonomischen zurück, als Unberechenbarkeit des Terrors, als Unkalkulierbar-

keit der staatlichen Reaktionen. Die wechselseitige Abhängigkeit der kommodifizierten Lebensweisen von der Weltkonjunktur beweist sich in den Bitten besorgter Weltenlenker, sich in Zeiten politischer Krise nicht auch noch beim Konsumieren zurückzuhalten.

II.

Der 11. September war mitnichten der Beginn eines neuen Krieges, weil der Krieg des 21. Jahrhunderts – der postmoderne Krieg – als Krieg nicht mehr zu führen ist. Nicht, dass nicht die USA und der Nord-Westen versuchen könnten, tatsächlich in den Krieg zu ziehen. Nicht, dass nicht mögliche Militärschläge Tausende von Opfern fordern, ganze Landstriche in Not und Elend stürzen oder auch neue Kriege entfachen. Doch sowohl die symbolische Dimension der Anschläge wie die Diffusion des Feindes vereiteln die bekannten Reaktionsmuster. Ein Krieg gegen den Terrorismus ist genauso wenig zu gewinnen wie der Krieg gegen Drogen. Wem will man schon den Krieg erklären? Welche Vergeltung kann die Zerstörung der Insignien militärischer und ökonomischer Macht aufwiegen? Terror sich nur

als staatlich protegierten vorstellen zu können, zeigt nur die Beschränktheit derer, die versuchen, auf die neue mit den Konzepten der alten Welt zu antworten. Warum nicht die TU Hamburg-Harburg, die Flugschulen Floridas und die US-Visa-Behörde bombardieren –, gemäß dem Motto: *We will make no distinction between the terrorists and those, who harbour them?* (Bush II, 11.09.) Nehmen wir einmal an, es führte tatsächlich eine Spur zu bin Laden und *al qaida*. Die Bombardierung verlassener Zeltlager, auch halb Afghanistans, wo eh' kaum noch ein Stein auf dem anderen steht, selbst des Iraks

klingt eher nach Windmühlenkämpfen. Die Ausweitung von Angriffen auf immer neue Schurkenstaaten schafft dagegen nur noch weitere Feinde.

III.

Es ist naiv zu glauben, die Anschläge hätten aktiver staatlicher Beihilfe bedurft und es reiche zum Sieg, diese Staaten im Zweifelsfall in Schutt und Asche zu bomben. Um den Krieg als Krieg zu gewinnen, müsste jeder einzelne Anhänger bin Ladens (so er's denn gewesen ist) bedingungslos kapitulieren. Die Aufgabenstellung des postmodernen Krieges gleicht eher einer Polizeiaktion. Nur mit den Kriterien einer Polizeiaktion ist er zu bewerten, ob affirmativ oder kritisch. Es braucht Ermittlungen, Beweise, Fahndung und ein Gerichtsverfahren. Polizeiaktionen müssen zielgenau sein und dürfen nicht mehr Schaden anrichten, als den, den sie zu verhindern haben. Polizeiaktionen sind der Politik immer nachgeordnet. Sie sind nur dann effektiv, wenn sie langfristig nicht allein auf Repression setzen.

Kein Staat dieser Welt hat den Anschlag aufs WTC begrüßt, nicht nur aus Angst vor Vergeltung. Wenn es stimmt, daß mit dem WTC die zivilisierte Welt angegriffen wurde, und wenn das die Menschen, nicht nur die Regierungen, auch so empfinden, dann öffnet sich ein globaler politischer Raum, innerhalb dessen Konflikte nunmehr die Gestalt einer Bekämpfung des Terrors annehmen. Seit dem Ende der Blockkonfrontation verwandeln sich die entscheidenden Konflikte, vom Golfkrieg II, über Somalia bis zu Bosnien, dem Kosovo und Mazedonien, immer mehr in solche Polizeiaktionen, gelungenere und fehlgeschlagene. Konflikte nehmen die Form an, dass sich eine immer umfassendere Mehrheit der Weltgesellschaft gegen einen materiell jämmerlichen Feind stellt, dessen lokale Grausamkeit nur mühsam zum ebenbürtigen Gegner der Superallianz stilisiert werden kann. Mit Rußland, China, sogar Kuba und dem Iran ist die Mehrheit total geworden. Das ist das Empire, und deshalb gibt es keine Kriege mehr, sondern nur noch Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

IV.

Aus der Unfähigkeit, den Krieg gegen den Terror tatsächlich gewinnen zu können, müßten die USA den Schluß ziehen, daß nicht sie das Empire sind, weil das Empire kein US-Imperialismus ist. Die USA sind die militärische Supermacht und doch nur einer von vielen Faktor im Empire. Weil die Globalisierung nicht die globale Verallgemeinerung der Vereinigten Staaten ist, sondern die Weltökonomie, die Weltpolitik und die Weltkultur sich ihre eigenen, nicht territorialen Räume schaffen: über, unter und zwischen den einstigen Nationen.

Empire heißt, daß die einst internationalen Machtverhältnisse nicht mehr linear zu fassen sind. Vielmehr verschränken und vermengen sich einst übersichtliche internationale, nationale und lokale Machtverhältnisse. Internationale lokalisieren sich in global cities, nationale supraregionalisieren sich zu Staatengemeinschaften, zigttausend

Kilometer entfernte werden zum Vehikel, die lokalen zu delegitimieren. Die Grenzen dämpfen die Resonanzen nicht länger, ökonomisch wie politisch. Um Mißverständnissen vorzubeugen, Empire meint nicht das Verschwinden von Staaten, geschweige denn von staatlicher Gewalt. Aber es bedeutet, daß keine Souveränität mehr zu behaupten ist. Für niemanden. Empire steht für die neuartige Komplexität der globalen Macht- und Austauschverhältnisse, für die zunehmende Interdependenz der Weltgesellschaft, weil die Welt räumlich und zeitlich zusammengedrückt ist, ohne dabei gleichförmiger zu werden. Jeder Bürgerkrieg ist nun ein Krieg inmitten des Empire, mit Hunger, Elend und Zerstörung, mit Waffenbedarf und Kampfausbildung in der Praxis, mit Flüchtlingen und unterbrochenem Warenverkehr, mit emotionalen, finanziellen, materiellen und ideologischen Kanälen in alle Regionen der Welt. Nach Pearl Harbour konnten die USA noch alle Japaner internieren, die in den Vereinigten Staaten lebten. Heute muß Bush eine Moschee besuchen.

V.

Aus den Konturen des Empire läßt sich ein Negativszenario abschätzen. Es droht, wenn die Immanenz der Weltgesellschaft nicht anerkannt wird. Es droht mit jeder strikten Grenzziehung zum Feind. Wenn andre Staaten, Kulturen und vermeintliche Rassen als Ursachen der Probleme identifiziert, und als Lösung Mauern, Abschottung, und Vernichtung propagiert werden. Statistisch lassen sich Terrorwahrscheinlichkeiten projizieren, als Grundlage weltweiter Strafverfolgung wie des Ausbaus der Kontrollapparate auf der Höhe der technologischen Entwicklung. Doch das maximale Maß an Sicherheit, das diese Strategie bieten kann, wäre die Sicherheit, wie sie die Bürger Israels erleben. Und das wäre wohlgerneht die rechtstaatliche Variante der Terrorprophylaxe, im Gegensatz zu Tschetschenien. Flugzeugsbomben, Atomanschläge und großtechnische Attentate sind so zu verhindern. Strafbombardierungen simulieren Handlungsfähigkeit. Aber auch das Mosaik durchgängiger Zugangsbeschränkungen, gestaffelt nach Risikogruppe, Videoüberwachung und Ausweiskontrollen, die Bewaffnung der halben Bevölkerung und die Abschottung des anderen Teils können nicht verhindern, dass irgend ein Durchgeknallter sich vor der Disco mit Unkraut-Ex und einer Packung Nägeln in die Luft jagt.

VI.

In Deutschland und vielen anderen Staaten gab es Kundgebungen, auf denen die Solidarität mit den Opfern des Anschlags, aber auch mit der »amerikanischen Nation« demonstriert werden sollte. Der Angriff auf New York löste selbst bei denen Emotionen aus, die ansonsten das alltäglich Sterben etwa auf den drei Kontinenten nur mäßig interessant finden. Für viele schien der Slogan »Wir alle sind Amerikaner«, teils als blau-rote Ansteckschleife oder mit den Stars and Stripes visualisiert, eine angemessene Haltung zu sein, auch wenn bestimmt nicht alle die rückhaltlose militärische Unterstützung der USA bei Vergeltungsschlägen darunter verstanden. Diese Anteilnahme hätte wohl kaum allein die Bombardierung des Pentagon bewirkt. Entscheidend ist New York, der Prototyp der modernen Stadt, Vorbild für die Skylines auf allen Kontinenten: ob in Jakarta, Tokio, Sydney, Cape Town oder Riad. Entscheidend ist New York als materialer Knoten fast jedes transkontinentalen sozialen Netzes, die durch das Zusammenrücken der Welt, die Flucht, die Neugierde, die Suche nach dem besseren Job, die Migration in allen ihren Formen entstanden: Die Realität von Schanghai, von Kabul und Srebrenica, Oaxaca und Kinshasa ist immer auch ein Teil New Yorks. Und umgekehrt.

VII.

Was die Zerstörung des WTC so bedrohlich macht, ist die Ahnung, daß sie nicht nur die Lebensweise der Global Ruling Class, der Banker, Manager und Administratoren zur Disposition stellt. Bedroht ist die metropolitane Lebensweise, weil sie viel enger mit der neoliberalen Globalisierung, hier verstanden als spezifische Verlaufsform der kapitalistischen Entwicklung, verwoben ist, als es der national begrenzte Blick glauben macht. Aus der Perspektive des Empire gehören fast alle Bundesbürger zum privilegierten oberen Drittel der Weltbevölkerung, jenem Drittel, das seine Verantwortung so gern beiseite schiebt. Es ist eine Binsenweisheit, daß der American Way of Life global schlicht nicht verallgemeinerbar ist, weder ökonomisch, noch sozial, noch ökologisch. American Way of Life meint nicht nur die fordistische Seite: Kleinfamilie, PKW und Eigenheim, McDonald's und Hollywood. Im Gegenteil, es ist gerade unsere Lebensweise, die Selbstverständlichkeit von Mobilität, der Ausdruck unserer Identitäten im kurzlebigen Minderheitenkonsum, das dienstleistungsintensive Singledasein. Eine Lebensweise, die ihre materiellen Kosten hat, und eben jene neoliberale Kommodifizierung von Alltagsarbeit vorantreibt, die die Lohn-einkommen so spreizen. Der Krieg im Kongo wird unter anderem durch den Abbau jenes Metalls finanziert, das sich in jedem der 40 Millionen Handy in der BRD befindet. Es ist unsere eigene Lebensweise – die Freiheit, uns im Mainstream der Minderheiten unsere Lieblingskultur zu basteln –, die mit ihren immensen materiellen und immateriellen Voraussetzungen in Widerspruch gerät.

VIII.

Im Alltag der Globalisierung sind Terrorangriffe nicht auszuschließen. Auch noch so aufwendige Überwachung kann in der globalisierten Gesellschaft konspirativen Gruppen nichts anhaben, die sich im lokalen Durchschnitt differenter Lebenspraktiken verstecken. Im Rauschen der weltweiten Zirkulation von Waren, Technologien und Datenströmen, Finanz- und Humankapital verschwinden die Spuren vernetzter Gruppen. Technologische Maßnahmen schränken nur die Beweglichkeit von Menschen, Dingen und Gedanken ein, absoluten Schutz können sie nicht garantieren. Die Sicherung des Empire nach dem Muster des Israel-Palästina-Konflikts wäre das Ende der Globalisierung in ihrer jetzigen Form. Hier stoßen sich die Sicherheitsinteressen der Exekutive mit den Verwertungsinteressen der wirtschaftlichen Funktionseliten, die sich ihrerseits der Emanzipationsdynamik seit '68 bedienen. Insofern war der Angriff aufs WTC tatsächlich ein Angriff auf unsere Freiheit und unsere Lebensweise. Der Raum in einen Flickenteppich homogener Territorien zu zerstückeln, damit die Alarmfunktion statistischer Normabweichung praktikable Ergebnisse liefert, würde dem den Boden entziehen, was die Aspekte der Globalisierung sind, die es eigentlich erst zu verallgemeinern gilt: die stetige Schöpfung neuer Kulturen und Lebensweisen, die Wahl der Lokalität, das Verschwinden der Grenzen, die Kommunizierbarkeit von Differenz.

Mehr Sicherheit in der Differenz gäbe es gewiß, wenn alle Menschen in Würde leben könnten. Wenn jeder einzelne mehr zu verlieren hätte, als seine Perspektivlosigkeit. Mehr Sicherheit für alle verspricht auch, was die Folgen unserer Handlungen minimiert: die Dezentralisierung der Versorgungssysteme, die Dämpfung globaler Rückkopplungen und die Abschaffung fehlerpotenzierender Verfahren und Technologien. Das ist eine langwierige Angelegenheit und würde gewiß die Dynamik der globalen Akkumulation dezentrieren.

IX.

Wie kann linke Politik im-Empire aussehen? Vielleicht lassen sich global nur noch formale Kriterien entwickeln, während alle anderen Bestimmungen ihren emanzipativen Charakter ganz dem je lokalen Kontext verdanken. Ausschließen läßt sich aber ein ganz bestimmter Politiktypus, und zwar derjenige, der die selbsterklärte Souveränität zur Voraussetzung hat. Es sind jene Politiken, die behaupten, die Wahrheit zu besitzen, den Hebel zu kennen, um die Welt zu verändern, und eine strikte Grenze zwischen sich und dem Feind ziehen zu können. Dieser Politiktypus tritt in unterschiedlicher Gestalt auf. Als Taliban, Skinheads Sächsische Schweiz, UCK oder Sendero Luminoso. Als Supermacht, die nur ihr eigenes Interesse vertritt, als Staatenallianz, die Schurkenstaaten ausradert, oder als repressive Weltregierung. Zwischen souveränistischen Politiken können meilenweite Unterschiede bestehen, so weite, wie zwischen demokratischen und diktatorischen Staaten. Doch die letzte und erste Option dieser Politik ist immer der Krieg, und sei's der Bürgerkrieg. Das goldene Zeitalter brach freilich nach keinem der Kriege an, obwohl doch der Sieg versprach, die Welt nun endlich und ungestört nach dem eigenen Plan neu erschaffen zu könne. Im Gegenteil. Je radikaler die Souveränisten die Probleme lösen wollen, je tiefer sie an die vermeintlichen Wurzeln gehen, desto stärker müssen sie die gesellschaftliche Dynamik in die Realität ihres Weltbildes pressen und desto grausiger enden ihre Bemühungen: vom Kampf gegen das Böse bis zur Ausrottung des Bösen.

X.

Mit der globalen Solidarisierung wie der eigenen Berührtheit, die nach dem Anschlag einsetzte, hat die Immanenz der Weltgesellschaft noch klarere Konturen angenommen. Schon seit Seattle 1999, noch eindringlicher seit Genua, ist die Frage nach adäquater Politik im Zeichen globaler Immanenz auf die politische Agenda zurückgekehrt. Noch gibt es keine Namen, in denen sich die Marginalisierten und Unzufriedenen artikulieren könnten. Demokratie, Sozialismus oder nachhaltige Entwicklung sind durch die doppelzüngige Politik des Nord-Westens in weiten Teilen dieser Welt längst diskreditiert. Die namenlose Globalisierungskritik, in ihrer progressiven Variante, beharrt auf den allumfassenden Interdependenzen, klagt globale Verantwortung ein und listet all jene Folgen auf, die mit den herkömmlichen ökonomischen und politischen Instrumenten nicht zu messen sind. Weil sie das kann, weil sie ihre eigene Widersprüchlichkeit zu respektieren vermag, befindet sich diese Globalisierungskritik auf Augenhöhe des Empire, und das hat sie den meisten Weltadministratoren und Weltökonomien voraus. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn die Kritiken am heutigen Zustand der Welt als das rezipiert würden, was sie sind: als Ausdruck der Komplexität des Empire, und nicht als Frischzellenkur für die alte Ordnung.

Es gibt keine raschen Antworten auf die vielfältigen Probleme dieser Welt, gerade auch nicht von der Globalisierungskritik, wenn sie ihre eigene Gestalt ernst nimmt. Die Antworten auf ihre Probleme müssen die Menschen je selbst erfinden und ausprobieren. Emanzipative Politik auf der Höhe des Empire kann keine Angelegenheit einer Weltregierung sein, sei sie auch prozedural-demokratisch legitimiert. Was es braucht, sind dennoch globale Entscheidungen, um die lokalen Spielräume zu weiten und die Interdependenzen zu federn. Nicht für die Wiederkehr territorialer Souveränitäten, sondern für die Erfindung neuer Lebensweisen.

no spoon

THEORETISCHES FERNSEHEN

.. VIDEOS .. TXT ..
LOOPS .. EMUSZIK ..

SA-13-10-01

20:30 UHR

AUSSTELLUNGSRAUM
FAHRRADHALLE,
LUISENSTR. 51,
OFFENBACH

EINE VERANSTALTUNG
VON B_BOOKS (B),
DISKUS (FFM),
PLATTENBAU (FFM/OF)

#01 FERNSEHVERWEIGERUNG + FERNSEHANTÄUSCHUNG

man muss manchmal ausprobieren, wie tv aussieht, wie es sich anfühlt. + ausserdem muss man low-tech mit high-tech vergleichen.

#02 FERNSEHEN ALS VISUELLE ANEIGNUNG VON GEGENSTÄNDEN + LEBENSZEIT

vielleicht ist fernsehen wirklich eine form, manche dinge nicht mehr besitzen zu müssen. denn die eigene lebenszeit, die von fernsehen in beschlag genommen wird, kann ein produktiver faktor werden, nimmt also selber raum ein.

#03 DIE AUSWEITUNG DES BEGRIFFS VON TV : SOZIALITÄT, DIE PRODUKTIV WIRD, ALS TV BETRACHTET : EXERZIERT AN »UNS« SELBST ODER ÄHNLICHEN PERSONEN

einerseits würde ein »wirklicher« sender darin bestehen, eine infrastruktur aufzubauen. alles müsste miterfinden / produziert werden: wer wann, wie + warum das angebotene tv sehen kann + will. genau das tun wir, auch dann, wenn wir dem keine technologisch homogene form geben.

++ ++ U.A. MIT ++ ++

++ gestörte fernsehreaktionen
zum 11-09-01 (diverse)

++ wie wird man fremder, fremder (herbst)

++ didibao. diventrash, welthandel und popkultur (boudry / kuster / lorenz)

++ ping pong d'amour.. der trailer, eine mythosproduktion (minimal club)

WWW.BBOOKSZ.DE

VON UNTER- WEGS.

DER VORLIEGENDE TEXT WURDE NACH GENUA
FÜR INTERNE DISKUSSIONEN IN FRANKFURT
GESCHRIEBEN, ZWEI MONATE SPÄTER ...

... etwas gekürzt und um Sätze erweitert, die sich auf die Angriffe in den USA beziehen (kursiv markiert). Eine Bearbeitung letzter Hand ist nicht erfolgt, weil nur vorläufige Überlegungen zur Diskussion gestellt werden sollen.

Wir sind nach Genua gefahren, um uns einen Eindruck von der sog. »Anti-Globalisierungsbewegung« zu verschaffen – von ihrer Breite, ihren Aktionsformen, ihren AkteurInnen. Von besonderem Interesse war für uns die Frage, ob von einer »neuen, Bewegung gesprochen werden kann. Um sie vorab schon zu beantworten: es gibt diese Bewegung, und sie stellt eine neue politische Kraft dar. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus angegriffen und der Rücklauf sozialer Bewegung zunächst einmal gestoppt, vielleicht sogar umgekehrt ist. Allerdings steht dieser Aufbruch erst an seinem Beginn: aufgebrochen ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als die nahezu vollständige Marginalisierung einer antikapitalistischen Opposition in den 90er Jahren. Nach den Angriffen auf das Pentagon und das World Trade Center – knapp 2 Monate später – stellt sich jetzt die Frage, ob diese Öffnung – die wirklich da war – schon wieder verschlossen ist. Das wird auch von dem abhängen, was wir der Hysterie entgegenzusetzen wissen, in der das Imperium seinen globalen Herrschaftsanspruch formuliert. Jedenfalls geschieht im Moment alles so, wie die politische Phantasie des Postoperatismus dies antizipiert hat.¹

In der Vorbereitung des Gipfels hat der italienische Staat die ganze Stadt Genua zur Geisel genommen. Sie war von Polizei und Militär besetzt, die Innenstadt mit Metallgittern abgeriegelt, das Verkehrssystem an allen wesentlichen Kreuzungen unterbrochen. Nahezu sämtliche Läden waren geschlossen, die Bevölkerung durch eine Medienkampagne eingeschüchtert, die sich vor allem gegen die tute bianche (»weiße Overalls«) richtete, eine von autonomia-Kadern der 70er Jahre initiierte und von den Zapatistas inspirierte Jugendbewegung in Italien. Die anderen europäischen Staaten beteiligten sich an der Vorab-Eindämmung der Proteste, wobei v.a. die Bundesregierung auf Härte gedrängt hatte. In z.T. massiver Form wurden bürgerliche Grundrechte ausgehebelt, durch Meldeauflagen, Ausreiseverbote etc. Der partiellen Aushebelung demokratische Rechte wächst jetzt eine nachträgliche Legitimation zu, die die im Juni erreichte Delegitimierung des neoliberalen Regimes umkehren kann und gleichzeitig in eine weitere Aushöhlung des Rechtssystems übersetzt wird.

FREITAG.

An diesem »Tag des zivilen Ungehorsams« wird in dezentralen Aktionen versucht, die »Festung Genua« zu knacken. Die verschiedenen Demos sammeln sich an den Absperungen der Polizei. Hier tritt erstmals der sog. »Schwarzer Block« auf. Entgegen der Konstruktion von Polizei und Massenmedien steht der Ausdruck weder für eine formelle Organisation noch für eine informelle Strömung, sondern fungiert als Zuschreibung für unterschiedliche Einzelpersonen und Gruppen. Richtig aber ist, dass kleine Gruppen die Polizei mit Steinen, Knüppeln und Mollied angriffen, Autos, Müllcontai-

ner, Bankfilialen, Läden anzünden. Die Polizei nimmt diese Aktionen zum Anlass, unterschiedslos alle DemonstrantInnen anzugreifen und Unmengen Tränengasgranaten direkt in deren Reihen abzufeuern. Die Angegriffenen fliehen über die Gassen und Treppen, die das hügelige Genua durchziehen. Das Muster wiederholt sich den ganzen Tag. Ein Beispiel: Auf einem von nicht-militanten DemonstrantInnen besetzten Platz marschiert eine unglaubliche Truppe auf: Leute in schwarzer Kleidung, Fahnen schwenkend mit einem Trommlerkorps in der Mitte, mit Helmen, die Schneckenhäusern nachempfunden sind, mit Knie- und Ellbogenschützern, schweren Handschuhen und Stiefeln, bewaffnet mit Eisenstangen und Steinen. Sie beginnen, im Kreis zu marschieren und bedrängen damit die Leute, die sowieso erschrocken zurückweichen. Hinter den Trommlern kommen weitere Schwarzgekleidete auf den Platz, mit Hasskappen, Stiefeln, Handschuhen. Sie beginnen, ein kleine, armselige Tankstelle kaputtzuschlagen. Plötzliche Unruhe: Polizei wird gesichtet, dann fliegen die ersten Tränengasgranaten auf den vollbesetzten Platz, schließlich rückt die Polizei ein und knüppelt los. Alles flieht über Seitengassen und Treppen. Einzelne Militante mischen sich unter die Fliehenden und werfen noch von dort Steine. Mir liegt nichts an einer abstrakten Militanz-Debatte, allgemeine Parteinahmen »für« oder »gegen« Militanz liegen mir ebenso fern wie eine Positionierung entlang ähnlich idiotischer Scheidelinien (Reformismus/Radikalismus, Spontaneität/Organisation usw.). Was mich interessiert: wie geht man damit um, dass der nihilistischen Entleerung der herrschenden Ideologie in der nihilistischen Gewalt derer, die dieser Mystifikation verfallen und zugleich ihr Opfer sind, eine immanent passende Antwort zuteil wird? Wie verhält sich der von keiner Selbsterklärung begleitete und dennoch von vorneherein allein auf seine mediale Abbildung konzipierte Angriff auf New York – immer wieder in Endlosschleife die Explosion im ersten Turm, der Anflug des zweiten Flugzeugs, der crash, schließlich der Einsturz beider Türme – zur Unfähigkeit der herrschenden Ideologie, ein Außen zuzulassen, das noch in der Denunziation als Alternative anerkannt wäre? Der Bruch im Antikommunismus. Bis 89 setzt die herrschende Ideologie den Kommunismus zwar als das welt-historische Böse, anerkennt damit jedoch ihr eigenes Außen: dass »eine andere Welt möglich ist«, bestätigt der traditionelle Antikommunismus in jedem seiner Sätze. Nach 89 mutiert der Antikommunismus zu dem Diskurs, der die Existenz des Kommunismus als einer »wirklichen Bewegung« (Marx/Engels) verleugnet: »There is no alternative!« (Thatcher). Solange die Alternativlosigkeit des Bestehenden die Basisbanalität ist, die der Diskurs der Macht alltäglich wiederkaut, kann die Rebellion, die die herrschenden Verhältnisse trotzdem und unausweichlich herodort, sich nicht mehr »alternativ« artikulieren. Erzwingt nicht diese Blockade die »Kriegserklärung ohne Subjekt und Text« (G. Seeflen), die in New York Bild wurde? Und: Hat sich diese Aktion nicht schon länger angekündigt, auf allen Seiten der sozialen Auseinandersetzungen, ganz unscheinbar, in Gesten, die der Aktion von New York in jeder Hinsicht unvergleichlich und doch, jenseits der bewussten Intention, in ihrer Logik untergründig verbunden sind? In meinen Erinnerungen an Genua wiederholt sich immer wieder eine Bil-

derfolge, in der ein Schwarzuniformierter mit seinem Schläger auf die Zapfsäulen der kleinen Tankstelle einschlägt, nicht um Benzin für Mollied abzapfen, sondern einfach so, in leerer Verausgabung einer Wut, die ich nicht denunzieren, mit der ich mich aber auch nicht verbinden will: Nach deren linker Kritik zu suchen jetzt eine unsere dringlichsten Aufgaben ist ... jetzt, im Augenblick, vor dem erwarteten »Gegenschlag« der USA, in dem immer unabweislicheren Gefühl, von der Gewalt des Imperiums zur Geisel genommen zu sein, dazu verurteilt, gebannt auf das Wann?, Wo?, Wie?, Gegen Wen? dieses Angriffs zu lauern, dazu verurteilt, das eigene Urteil auf den Augenblick X zu vertagen? Jetzt, also, in der Zeit nach diesem Schlag, die die Zeit unserer künftigen Möglichkeiten sein wird?

Im Verlauf des Nachmittags zerschlägt die Polizei in der Nähe des Bahnhof Brignole den ganzen Block der tute bianche, treibt tausende durch die Strassen, ermordet den 23-jährige Carlo Giuliani durch gezielte Kopfschüsse.

SAMSTAG.

Am Samstag demonstrieren 200000 Leute unter dem Eindruck der Schüsse des Vortags. Wir reihen uns in einen Block italienischer GewerkschafterInnen ein. Gegen 16 Uhr stockt die Menge, Ordner berichten, dass es »Schwierigkeiten mit der Polizei« gebe, die den Zug nicht auf den Kundgebungsplatz auflaufen lasse. Helle Tränengasnebel mischen sich talabwärts mit dem schwarzen Rauch von Bränden. Dann setzt sich der Zug wieder in Bewegung, die Spitze rechts biegt in eine Seitenstraße ab. In dem Augenblick, als wir selbst einbiegen, erfolgt der Polizeiangriff: unmittelbar vor uns ziehen Mannschaften auf, schlagen wie losgelassen auf die Leute ein, schießen Tränengasgranaten direkt in die Menge. In kurzer Zeit ist die Demonstration gespalten und zerschlagen, versprengte Gruppen und zahllose Einzelne ziehen durch die Stadt, versuchen, in Sicherheit zu bringen. Jetzt wehren sich auch viele der zuvor gewaltlosen DemonstrantInnen, so z.B. etwa 70 italienische COBAS-Gewerkschafter, die eine von der Polizei gesperrte Kreuzung freikämpfen, um anderen die Passage zu ermöglichen. Auch unsere Gruppe wurde zersprengt. Während ich in dreistündigem Fußmarsch die Stadt verlasse und mich so vor der »chilenischen Nacht« rette, gerät einer von uns in die Folterhaft der Staatsmacht.²

VORLÄUFIGE EINSCHÄTZUNG.

Trotz und wegen der Militanz waren die Proteste von Genua erfolgreich. Die theatrale Inszenierung des Treffens der »Weltenlenker« ging gründlich in die Hose: nahezu sämtliche Zeitungen bekunden Verständnis für die »Globalisierungsgegner«, üben sich in zaghafter »Globalisierungskritik« und berichten offen über die Maßlosigkeit der Polizeirepression. Die Delegitimierung der G8-Politik geht so weit, dass schon am Sonntag Abend klar war: zu einem solchen Gipfel wird es nicht mehr kommen. Bush, Blair, Schröder & Co. verzichten damit auf einen nicht unwichtigen »ideologischen Apparat« ihrer Selbstinszenierung, und dieser Verzicht wird allgemein als Rückzug verstanden. Auch wenn die autonome Militanz unisono verurteilt wird, wird hinter ihr der Massenprotest sichtbar, dessen Anliegen ebenso unisono als legitim bezeichnet wird. Dagegen nehmen sich die Auftritte der Staatschefs kümmerlich aus. Die Bilder aus diesen Tagen müssen mit den heutigen Bildern konfrontiert werden, die ihrerseits auf die Bilder von Genua zurückbezogen werden müssen: Bush, der den Kreuzzug gegen den Terrorismus ausruft, Schröder, der die Bündnistreue Deutschlands beschwört, Fischer beim Besuch in den USA, diese zerfurchte Fratze, dieses Gequake, Deutschland, Deutsch-

land, die zivilisierte Welt. Und in allen Sendungen die in andere Bilder hineinmontierten Fotos von Osama bin Laden, dem Globalisierungsgegner Nr.1.

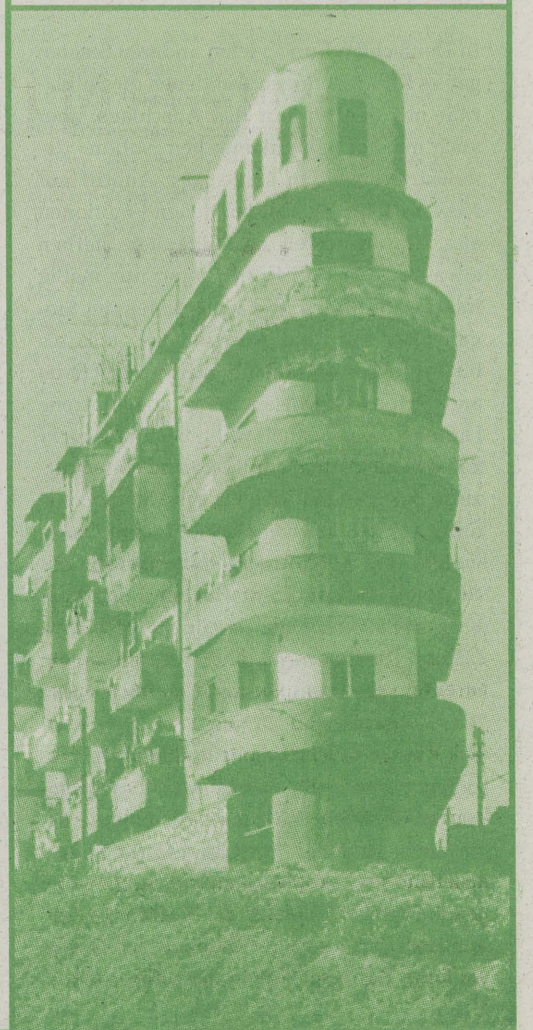
Der fragile Zusammenhang der »Globalisierungsgegner« wird jetzt auf die Probe gestellt. Der staatliche Distanzierungszwang wird massiv werden und sich konzentriert den beteiligten NGOs und Lobbyverbänden auferlegen: Schon heißt es, dass nur die Organisationen Geld erwarten dürfen, die sich unmissverständlich von der Militanz abtrennen, die sich dem Kreuzzug anschließen, sich in unverbrüchlicher Solidarität an die Seite der USA, der Freiheit, der Demokratie stellen. Mit dem Verzicht auf weitere Gipfel entfallen auch die Gegengipfel und die großen Demonstrationen. Damit wird ein Problem deutlicher hervortreten, das sich schon länger stellt: Welche Artikulations- und Kommunikationsformen gibt es jenseits der Kette von Großereignissen? Wie erhält sich der Zusammenhang der Globalisierungskritik, wenn er sich nicht mehr in Begleitung der Regierungskonferenzen artikuliert? Wie übersetzt sich die internationale Mobilisierung in kontinuierliche lokale Praxis? Vor allem aber: wie qualifiziert sich der Protest selbst? Auf die Dauer wird das »Unbehagen im Neoliberalismus« nicht ausreichen, um einer Bewegung Zusammenhang und Schwung zu verleihen – Aber: Sind wir noch im »Neoliberalismus«?

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER BEWEGUNG(EN).

Dass sich die Massenproteste zum Beginn eines neuen Bewegungszyklus entwickeln können, belegen die vielen jungen Leute, die an ihnen beteiligt sind. Sie finden sich in allen Strömungen und unterstreichen deutlich, dass die neoliberale Hegemonie – die in den 90ern ja gerade unter den jungen Generationen wirken konnte – nachhaltig erschüttert ist.

Einen weiteren Beleg stellt das Auftreten von neuen politischen Akteuren dar, die sich jetzt bereits nach mehr oder minder abgegrenzten Strömungen differenzieren. Zu diesen gehören, in unvollständiger Reihung:

- eine Art »außerparlamentarische Sozialdemokratie«, die sich in der rapide wachsenden Attac-Bewegung und in den Entschuldungskampagnen organisiert. Der Massenzulauf zu Attac erklärt sich nicht aus den hochgradig unanschaulichen Einzelforderungen, unter denen die mittlerweile weltweit agierende Organisation angetreten ist. Attac nimmt vielmehr den Platz ein, der durch die neoliberale Wende der sozialde-



mokratischen, der grünen und einiger kommunistischer Parteien frei geworden ist. Wächst diese Strömung, könnte sie zur Basis eines neuen Staatsreformismus werden, der dem sich herausbildenden supranationalen Wettbewerbsstaat das Projekt eines transnationalen Sozialstaats entgegenhalten wird – möglicherweise auf der Ebene der kontinentalen Staatenblöcke. Wird das Projekt klarer, ist damit zu rechnen, dass sich die Parteisozialdemokraten und Grünen dem Zug anschließen.

- die vor allem in Frankreich, Spanien und Italien wachsende Gewerkschaftsopposition, etwa die COBAS in Italien oder die französischen SUD-Gewerkschaften. In sämtlichen größeren Arbeitskämpfen der letzten Jahre haben diese Organisationen eine wichtige Rolle gespielt, dies wird sich wohl verstärken.

- die »neuen« Wahlparteien der radikalen Linken: Partito Rifondazione Comunista (PRC) aus Italien, Ligue Communiste Revolutionnaire / Lutte Ouvrière (LCR / LO) aus Frankreich, die Socialist Alliances aus Großbritannien, Organisationen aus Holland, Spanien, Portugal, Griechenland, den skandinavischen Ländern. Die PRC und die griechische KKE stammen aus den linken Flügeln der zerfallenen Alt-KPn, die anderen sind Gründungen von 68 und waren bis zur Mitte der 90er Jahre trotzkistisch oder maotistisch ausgerichtet. Mit der neoliberalen Wende der Sozialdemokraten, der Grünen und der Alt-KPn sind sie zum politischen Bezugspunkt der verbliebenen linken Milieus ihrer Länder geworden; bei den Wahlen der letzten Jahre haben sie Stimmenanteile von 3–10% erringen können. Alle diese Organisationen verstehen sich heute als Sammlungsparteien einer pluralen Linken ohne eindeutige ideologische Ausrichtung und mit einer offenen Fraktionierung; nach traditionellen Kategorien könnten sie als linkssozialistische Parteien verstanden werden.

- die radikaleren Gruppierungen der neuen Jugendbewegung wie People's Global Action, Ya Basta!, die tute bianche und die unter dem Label der tute nere benannten Gruppen. Obwohl sie in manchem den Spontis bzw. den Autonomen der 70er und 80er ähneln, bilden sie doch eine eigenständige Formation mit einer nicht unerheblichen Anziehungskraft. Stellen die linkspluralistischen Sammlungsparteien die Neuformierung einer an die Arbeiterbewegung und die Neuen Sozialen Bewegungen anknüpfenden Linken dar, findet sich hier die Neuformierung einer partiell militanten und zugleich subkulturell ausgerichteten Linken.

Entscheidend für die Bewegung werden ihr Zusammenhalt und die Intensität ihrer internen Diskussion sein. Ihre Breite hängt auch mit der Vagheit des ‚gemeinsamen, Anliegens zusammen. Mit zunehmender Qualifizierung wird es zu Differenzierungen kommen, die fruchtbar sein können, wenn sie nicht zu Abspaltungen oder Ausgrenzungen führen. Viel wird darauf ankommen, ob sich Kräfte finden, die sich frei zwischen diesen Differenzen bewegen können, weil sie sich den exklusiven Fixierungen – Militanz / Nichtmilitanz, Reform / Revolution, Spontaneität / Organisation – zu entziehen vermögen. Im Maß der Erschütterung der neoliberalen Hegemonie hat sich in hinreichender Deutlichkeit gezeigt, worin die Antwort der Staatsapparate bestehen wird: in massiver Repression und einer der Staatsgewalt auf dem Fuß folgenden Aushebelung sozialer und demokratischer Rechte. Auf die vorsichtige Öffnung der Medien sollte keine allzu große Hoffnung verschwendet werden – wenn auch registriert werden muss, dass sich mit dem Anwachsen der Proteste erstmals wieder eine liberale Öffentlichkeit im klassischen Sinn zu Wort gemeldet hat. Wie weit der technokratisch-autoritär »zupackende« Populismus der Regierenden noch gehen wird, wird sich unter dem Eindruck der Rezession möglicherweise schnell zeigen; hier lassen die ersten Reaktionen Schlimmes befürchten. Insofern ist, was jetzt geschieht, nicht der plötzliche Epochenbruch, der einhellig proklamiert wird: Hat sich auf Seiten des Imperiums nicht eher in unglaublicher Schnelligkeit zum Projekt formiert, was seit Seattle die nur erst provisorische Antwort auf eine beginnende Hegemoniekrise war? Kein Grund also zu vergessen, dass die Staatsgewalt von den Staatsapparaten ausgeht und dass die Zivilgesellschaft in erster Linie der Festigung des Konsenses dient, der die Herrschenden mit den Beherrschten verbindet.

Thomas Seibert
(27.07.01/20.09.01)

/1/ Negri / Hardt: Empire. Cambridge und London (Harvard) 2000. Dt. Übers. in Vorbereitung. Vgl. auch www.links-netz.de/K_texte/K_wissel_empire.html

/2/ www.links-netz.de/K_texte/K_brand_genua.html

GENUA – NEW YORK

VERANSTALTUNG ZUR SITUATION DER PROTEST-
BEWEGUNG NACH DEN ANSCHLÄGEN IN DEN USA

Mit den Protesten von Seattle und Genua rückte die internationale Protestbewegung gegen »Globalisierung« und »Neoliberalismus« ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Noch ist offen, welchen Charakter diese sich formierende soziale Bewegung in Zukunft annehmen wird und ob sich die inhärente Kapitalismuskritik zuspitzen lässt. Wir wollen in dieser Veranstaltung genauer diskutieren, welche Inhalte und Formen Kritik heute annimmt – und annehmen sollte. Worauf beziehen sich verschiedene Teile der Bewegung, in welchem Verhältnis stehen Obsoleszenz und Professionalisierung / Expertise, welche Rolle spielen die Medien? In diesem Kontext ist auch zu klären, welche Rolle die jüngsten Anschläge in den USA und die

Reaktionen darauf für die weltpolitische Entwicklung und für kritisch-emanzipative Politik haben. Konstituiert sich nunmehr tatsächlich das Empire als globaler Polizei- und Ideologieapparat zur Durchsetzung westlicher Werte? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Entwicklung politischer Strategien?

Am Mittwoch, dem 10.10.2001, um 20.00 Uhr im KOZ (Uni FfM, Studierendenhaus) mit Joachim Hirsch (www.links-netz.de, Uni-Ffm), Thomas Atzert (Herausgeber der *Subtropen* + Übersetzer div. Schriften Toni Negris), Dario Azzellini (*Jungle World*-Autor, angefragt): Eine Veranstaltung von www.links-netz.de, unterstützt von *Jungle World*, VSA-Verlag und Club Voltaire.

VIA CAMPESINA!

ÜBER
DIE GLOBALISIERUNG,
DIE WTO, MCDONALD'S
UND ANDEREN KÄSE

Die Fakten sind rasch erzählt. Vor gut zwei Jahren demonstrierte José Bové mit einigen Kollegen im südfranzösischen Städtchen Millau eine McDonald's-Filiale und lieferte die Einzelteile vor der örtlichen Präfektur ab. Der Schafbauer wollte gegen die Strafzölle protestieren, die die USA neben anderen europäischen Spezialitäten auch dem örtlichen Roquefort auferlegt hatten. Der berühmte Edelkäse aus würziger Schafsmilch, die ihren besonderen Geschmack den Kräutern und Gräsern der Region verdankt, ist ein ähnlich geschütztes Qualitätsprodukt wie Champagner und Cognac. Da nicht wenige lokale Arbeitsplätze an der Produktion des Roquefort hängen und die Bauern in erster Linie die Schafsmilch für den Blauschimmelkäse liefern, drohte der Strafzoll die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu untergraben. Mit den Strafzöllen reagierten die USA freilich ihrerseits nur auf ein Importverbot, das die EU gegenüber hormonbehandeltem Rindfleisch verhängt hatte. Tatsächlich richtete sich das europäische Importverbot vor allem gegen die US-amerikanische Fleischindustrie, deren Rinderhälften dank des Hormondopings kostengünstig auf den Weltmarkt drängten. Zwar erlauben die Statuten der Welthandelsorganisation (WTO) Importverbote, sofern die Gesundheit von Mensch oder Tier bedroht ist. Beim Hormonfleisch ließen die Experten der WTO die Gesundheitsbedenken der Europäer aber nicht gelten, erklärten statt dessen das Importverbot zum illegalen Vergewaltigen gegen das Freihandelsabkommen und billigten den USA als Vergeltungsmaßnahme ausdrücklich die 100%igen Strafzölle auf ausgewählte europäische Spezialitäten zu, sofern die Europäer nicht binnen fünfzehn Monaten einlenkten.

Zwei Tage nach der Demontage der McDonald's-Filiale begann die Polizei nach José Bové und seinen Mitstreitern wegen Sachbeschädigung zu fahnden. Nun aber geschah das Unglaubliche. Binnen weniger Tage eroberten die Bauern mit ihrem ungleichen Kampf gegen Big Mac und Co. die Sympathie der gesamten französischen Öffentlichkeit. Aus allen Teilen Frankreichs, später aus der ganzen Welt trafen Solidaritätsadressen für den tapferen Bauern ein, der den Kampf gegen das »malbouffe« (das »Schlechtesen«) aufgenommen hatte. Im eilends gegründeten Unterstützungskomitee trafen sich die Gewerkschaften CGT, CFDT und SUD mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Greenpeace, ATTAC und der Arbeitslosenbewegung AC!, und US-amerikanische Farmer wollten partout die Kautions für die Freilassung des Bauern überweisen.

In Seattle schließlich, als Ende 1999 die jüngste Liberalisierungsrunde des Welthandels so kläglich im Tränengasnebel versank, stieg der französische Bauer dann endgültig zum gefeierten Helden der Globalisierungskritiker auf.

So erzählt liest sich die Geschichte vom Bauern Bové wie ein modernes Politmärchen. Während die WTO und McDonald's die übermächtigen, aber plumpen Bösewichte spielen müssen, changiert der brave Bové irgendwo zwischen Klein-David mit der Steinschleuder und dem schnaubbärtigem Asterix. Es wundert daher kaum, daß die Geschichte von José Bové hierzulande vornehmlich in den Feuilletons zu lesen war, und nicht in den Politikteilen der Tageszeitungen. Dort tauchte Bové erst auf, als es ums vermeintlich Wesentliche ging: um die neue Welthandelsrunde, die WTO und die Globalisierung. Für manche gehörte der Bauer auch weiterhin zu den Guten, weil er ja ehrenwerte Ziele verfolgte: schmackhafte und gesunde Lebensmittel. Schade sei nur – so war fast immer zu lesen –, daß Bové wie auch die meisten anderen Globalisierungskritiker, die ökologische, soziale oder humanistische Anliegen verfolgten, leider-leider keine gangbare Alternative bieten könnten. Zu heterogen seien ihre Anliegen, zu utopisch, zu widersprüchlich.

Andere interessierte Reporter steckten Bové lieber gleich in die Schublade mit den Protektionisten und Nationalisten, was doch jeder sei, der gegen den Freihandel in Feld ziehe. Gerade die französischen Bauern seien ja für ihr Subventionsrittertum hinlänglich bekannt! Und sind nicht die ollen Franzmänner seit jeher national borniert und latent antiamerikanisch? So ähnliche Vorstellungen vom Globalisierungswiderstand hatte wohl auch die Firmenleitung von McDonald's im Kopf, wo man nach der Demontage erhebliche Imageschäden und Umsatzeinbußen fürchtete. Immerhin unterhält der Weltkonzern allein in Frankreich knapp 750 Filialen. Weltweit eröffnet der Hamburgerbrater pro Tag etwa vier neue Restaurants. Und im Gegensatz zur örtlichen Staatsanwaltschaft ahnte die Konzernleitung rasch, daß jedes Gerichtsverfahren gegen den störrischen Bauern dessen Popularität nur noch weiter steigern würde. Von einer Nebenklage oder gar einem Zivilprozeß, um sich den Schaden erstatten zu lassen, sah der McDonald's ab. Statt dessen startete die Schnellimbibiskette im Herbst 1999 eine groß angelegte Werbekampagne, in der sie ihre französischen Kunden darüber aufklärte, daß die Rinder für das Fleisch-

element und der Weizen für die Brotmasse aus Frankreich stammten. Jawohl, französische Rinder und französisches Korn, umhegt und gepflegt von französischen Bauern, geschlachtet von französischen Metzgern, gemahlen von französischen Müllern ... Lauter schöne französische Arbeitsplätze also, mit der McDonald's ganz Frankreich beglückt!

Vermutlich grübelt die Marketing-Abteilung von McDonald's noch immer, warum ihr Kniefall vor der französischen Nation und der ercklecklich Beitrag zur Steigerung des französischen Bruttoinlandsprodukts den Ruhm des Bauern nicht brechen konnte. Genauso wie die wohlmeinenden Märchenerzähler nach Seattle, Prag und Genua noch immer darüber rätseln, was die Globalisierungskritiker denn eigentlich wollten oder ob sie tatsächlich nur wissen, was sie nicht wollen -, was die Märchenerzähler ihrerseits schon immer wußten. Dem gesammelten Unverständnis kann nun Abhilfe verschaffen werden. *Die Welt ist keine Ware* heißt die Publikation, in der José Bové und sein Kollege François Dufour von der Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne ausführlich ihr Sicht der Dinge schildern. In Frankreich erschien das Buch zur Aktion schon ein Jahr früher und ging bereits in 80000 Exemplaren über den Ladentisch. Hätte sich die McDonald's-Marketingabteilung die Mühe gemacht, das Buch zu lesen, dann hätten sie die Millionen für die Imagekampagne nicht in den Sand setzen müssen. Dann hätten sie gelesen, daß Bové eben nichts mit den Adepten der Grande Nation zu tun hat und trotzdem die Globalisierung kritisieren kann. - Naja. Vielleicht haben sie es sogar gelesen und sind nur zu blöd, es zu verstehen.

LIP-LARZAC, MÊME COMBAT!

Eigentlich ist die Botschaft der beiden Bauern ganz einfach und gar nicht kompliziert. Es sei denn, man sieht den Irrsinn vor lauter Paragraphen nicht: Wenn amerikanische Käseliebhaber von heute auf morgen doppelt soviel für ihren Roquefort zahlen müssen, nur damit die Europäer sich endlich an hormonbehandeltes Rindfleisch gewöhnen! Oder wenn die WTO sich ausschließlich für Handelsfragen zuständig erklärt, sie die Experten aber, die über die Inexistenz von Gesundheitsrisiken entscheiden, sicherheits halber selbst bestimmt. Oder wenn über achtzig Prozent der EU-Agrarsubventionen an jene zwanzig Prozent durchrationalisierten und weltmarktorientierten Großbetriebe geht, die mit eben jenen Subventionen international überhaupt erst mithalten können. Oder wenn die Freihändler lauthals über Dirigismus lamentieren, aber das Marrakesch-Abkommen alle Staaten ganz freiheitlich dazu verdonnert, mindestens fünf Prozent des Inlandsverbrauchs jedes Produkts durch Exporte zu decken. An weiteren Beispielen mangelt es nicht.

Fast im Plauderton, aber randvoll mit solchen Informationen aus der inneren Zone der Globalisierung gespickt, engagiert, passagenweise propagandistisch, aber nicht doktrinär schildern José und sein Kollege François ihre Erlebnisse während der McDonald's-Demontage, die Geschichte der oppositionellen Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne, die Kritik an der herrschenden Globalisierung im allgemeinen und der produktivistischen Landwirtschaftspolitik im besonderen und die Konturen ihrer Alternative, der bäuerlichen Landwirtschaft. *Die Welt ist keine Ware* ist im besten Sinne des Wortes ein populäres Buch, die Niederschrift eines Interviews, das Bové und Dufour einem befreundeten Journalisten gaben, damit dieser es ordne und wo nötig ergänze. Gewiß, das Buch zur Aktion mußte schnell auf den Markt, solange die Aufmerksamkeit anhält. Aber die unpräzise Weise, in der das gesammelte Wissen

der beiden den Leserinnen und Lesern entgegentritt, ist politisches Programm, und das hat viel mit der politischen Biographie insbesondere José Bovés zu tun.

Seine Selbstbezeichnung als Bauer ist ein wenig kokett. Genossenschaftsbauer ist José zwar schon und immer noch, politischer Aktivist aber schon länger, und mit dem Gefängnis machte er 1999 auch nicht zum erste Mal Bekanntschaft. Ohne Zweifel war der überwältigende Erfolg der McDonald's-Aktion letzten Endes Zufall. Daß der Zufall aber den größtmöglichen politischen Ertrag abwerfen konnte, ist der jahrelangen politischen Praxis Bovés geschuldet und vor allem auch der sozialen Dichte des politischen Netzes, in dem die Confédération Paysanne agiert. Von der Konzeption her unterschied sich die Aktion nicht von früheren der Confédération, etwa die Zerstörung eines Genmaiefeldes, eines Versuchstreibhauses mit Genreis oder die Veröffentlichung der Frachtpapiere britischen Tiermehls, die mit der Legende des BSE-freien Frankreichs brachen. Diese Art der Politik, die gezielte symbolische Aktion, meist illegal, aber stets gewaltfrei, sowie das Wissen um die Macht der Bilder, praktiziert Bové seit vielen Jahren, noch vor dem landwirtschaftlichen Engagement auch im Widerstand gegen die Atomkraft und im antimilitaristischen Kampf. Vor allem hat Bové gelernt, daß symbolische Aktionen nur dann taugen, wenn sie gesellschaftlich zu vermitteln sind, wenn weite Teile der Bevölkerung sie als gerecht einschätzen. Hier allein liegt der politische Zweck jeder Aktion, denn nur auf diese Weise entsteht nicht-repressiver Druck. Als die Staatsanwaltschaft Frankreichweit nach Bové fahnden ließ, lud der Gesuchte kurz vor der Verhaftung noch zur Pressekonferenz. Während das Gericht über seine bedingte Haftentlassung beriet, riß Bové triumphierend-lächelnd seine Arme in die Luft, damit jeder die Handschellen vor Augen hat und sieht, daß der Protest sich nicht unterkriegen läßt. In Seattle bot Bové den Passanten vor der McDonald's-Filiale mitgebrachten Roquefort zum Probieren an. Und zur Verhandlung gegen die zehn verhafteten Bauern im Sommer 2000 veranstaltete die Confédération in Millau vor den Toren des Gerichtsgebäudes ein riesiges Spektakel. Die Verteidigung lud Zeugen aus vier Kontinenten, die von den katastrophalen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Landwirtschaft und die Ernährungssituation in aller Welt zu berichten wußten.

Die vielfältigen Kontakte, auch die internationalen und trimondialen, kommen aber nicht von ungefähr. Vielmehr beruhen sie auf einer langen gemeinsamen politischen Tradition, in der Vernetzung des Differenten und nicht Vereinheitlichung unter dem Dach des Zentralkomitees der Maßstab ist. Tauchen wir noch weiter in die politische Biographie Bovés und die Entstehung der Confédération Paysanne hinein. Bové ist nämlich im Larzac zu Hause, einer kargen Hochebene im Süden Frankreichs, an deren Fuße jenes 22000-Einwohner-Städtchen Millau liegt, in dem der McDonald's demontiert wurde. Der Larzac spielt für die Geschichte der politischen Linken Frankreichs eine ähnliche Rolle wie in Deutschland das Wendland. An beiden Orten verband sich der subkulturell-urbane Protest im Gefolge von 1968 mit werteverpflichtet-ländlicher Hartnäckigkeit. An beiden Orten begann sich die Linke von jenen Linken zu emanzipieren, die noch immer in der Eroberung des Staates und der Entfaltung der Produktivkräfte die Voraussetzung menschlicher Emanzipation sahen. An beiden Orten gelang es, durch gemeinsam ausgestandenen Konflikte eine soziale Dichte zu erreichen, die die Grundlage jedes nachhaltigen politischen Widerstands ist.

Anfang der siebziger Jahre plante die französische Armee ihr 3000 ha großes Militär-

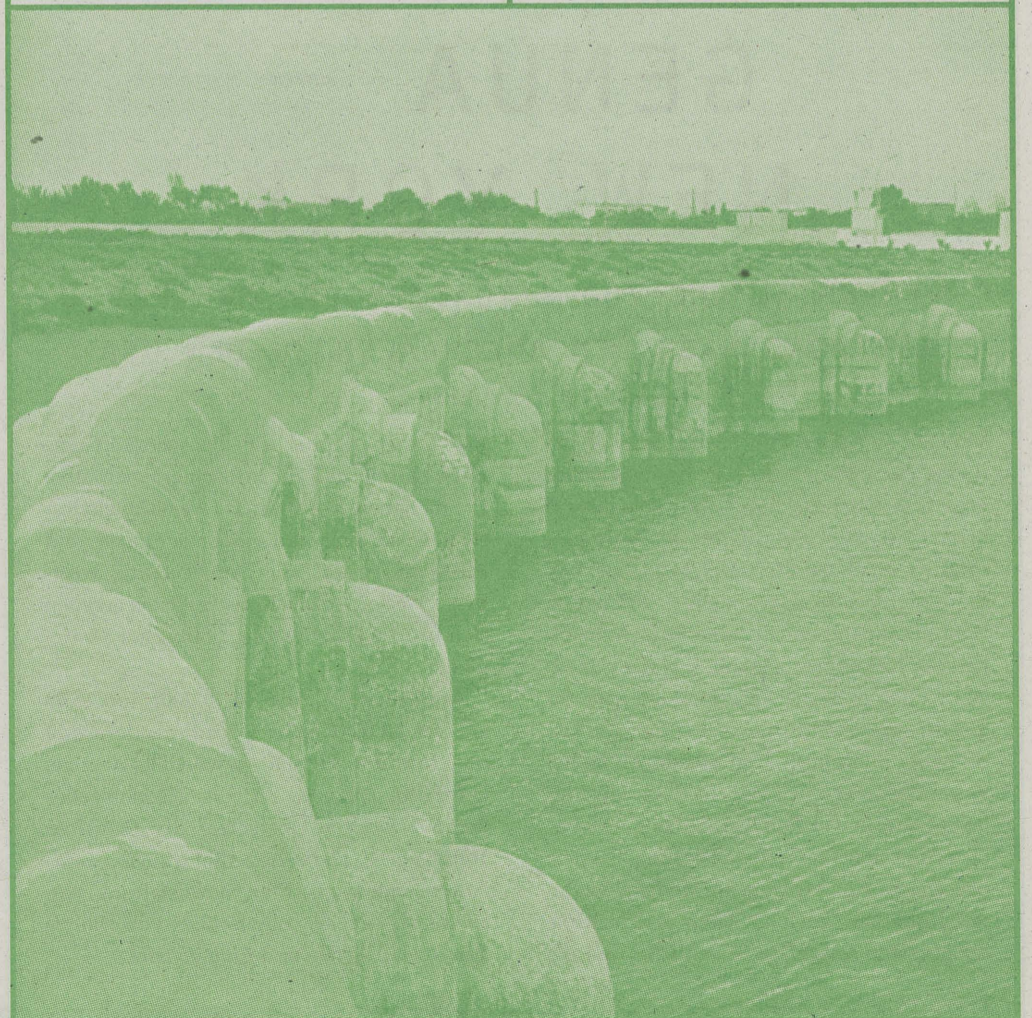
gebiet im Larzac zu versechsfachen. Vielleicht sollte der Larzac sogar Atomwaffenstandort werden. Wider Erwarten regte sich unter den örtlichen Bauern aber Protest. Einhundertdrei von ihnen schworen feierlich, ihre Weiden unter keinen Umständen an die Armee zu verkaufen. Die Maoisten, die anfangs den Konflikt in den Hauptwiderspruch überführen wollten, zogen sich mangels Erfolg rasch wieder zurück. Die »kleinbürgerlichen« Bauern und deren »reformistische« Ideologie waren ihnen suspekt. Unterstützung erhielten die Bauern dagegen von gewaltfreien Katholiken, antimilitaristischen und anarchistischen Gruppen, und allmählich gedieh der Widerstand der Larzac-Bauern zum Focus der Neuen Linken Frankreichs. Zu zwei Protestfestivals in den Sommern 1973 und 1974 pilgerten zwischen bis zu 100000 Leute aus dem gesamten Protestspektrum der Siebziger auf die Hochebene: Ökologen und Feministinnen, Regionalisten und Gewerkschafter, Schwule und Lesben, Gefangenenhilfsgruppen, Anarchisten und Antimilitaristen. Überall in Frankreich entstanden Larzac-Komitees, insgesamt 120, und viele Kontakte zu Befreiungsbewegungen in aller Welt wurden geknüpft. Von einem lokalpatriotisch bornierten Kampf konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, das Interesse für die Lebensrealitäten anderer stieg mit der praktischen Solidarisierung. Larzac ist überall hieß es damals schon auf Aufklebern, um der Allgemeingültigkeit der Partikularität Ausdruck zu verleihen. Für Erstaunen bei den traditionellen Linksparteien (Sozialisten und KPF) sorgte vor allem die Verbrüderung mit den Kollegen und Kolleginnen von LIP, einer Uhrenfabrik im französischen Jura, die aus Rentabilitätsgründen geschlossen werden sollte. Die ArbeiterInnen haben daraufhin den Betrieb besetzt und die Produktion unter eigener Regie wieder aufgenommen. »Lip-Larzac, même combat! Lip-Larzac, der selbe Kampf!«, stand auf den Transparenten. Denn die Verbrüderung brachte die traditionelle Frontlinie zwischen den Linken und den Rechten durcheinander, die doch bislang so gut zur Disziplinierung des eigenen Lagers taugte.

Zur überregionalen Bedeutung des Konflikts trug aber damals schon die symbolische Aktion bei. Das eine Mal bauten Antimilitaristen auf dem künftigen Armeegelände gemeinschaftlich einen Stall, das andere Mal graste für vierundzwanzig Stunden eine Schafferde unterm Eiffelturm. Dann wieder tuckerte man auf den Traktoren nach Paris, um unterwegs in jeder Etappenstadt für das eigene Anliegen zu werben,

oder schickten die Bauern, die teils noch gegen die Faschisten gekämpft hatten, ihre Wehrpässe mit dem Hinweis zurück, für künftige Einsätze nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Der Philosophiestudent Bové und seine Freundin, die Politologiestudentin Alice Monier, beide für Achtundsechzig gerade noch zu jung, dann aber im Milieu gewaltfreier Katholiken und Anarchisten in Bordeaux politisiert, unterstützten den Widerstand von Anfang an. 1976 besetzten sie einen verlassenen Hof auf dem Erweiterungsgelände, um fortan Bauern zu werden und aller Welt zu zeigen, daß der Larzac keineswegs nur ödes unproduktives Brachland ist, für dessen Verwendung als Monövergebiet man dem Militär eigentlich noch dankbar sein müßte. Insgesamt zweiundzwanzig Gehöfte fanden während der Larzackämpfe wieder Betreiber, sieben wurden besetzt.

Daß die symbolische Aktion vermittelbar sein muß, daß es keine politische Aktion um ihrer selbst willen geben soll, sondern konkrete Veränderungen das Ziel sind, und seien sie erst mal noch so mikroskopisch, darin ließ der Larzac-Widerstand nie einen Zweifel. Mit dem Wahlsieg der Linkskoalition 1981 erfüllte der sozialistische Präsident Mitterand sein Wahlversprechen. Nach zehn hartnäckigen Jahren Kampf kam für die Erweiterung des Truppenübungsplatzes endgültig das Aus, und der Larzac geriet langsam aus den Schlagzeilen. Das bereits enteignete Land wurde den verbliebenen Bauern und den einstigen Besetzern verpachtet, die nun begannen, mit ökologischen Anbaumethoden und landwirtschaftlichen Kooperativen zu experimentieren. Nicht verloren ging auf diese Weise die soziale Dichte der Region, die regionale und internationale Vernetzung und das Interesse für den anderen. Nicht verloren ging auch die spezifische Kampftradition des Netzes, aus dem später die Confédération Paysanne (CP) hervorging.

Entstanden ist die CP durch die Vereinigung einer ökologistischen Abspaltung des alten korporatistischen Bauernverbands FNSEA und den linksradikalen 'Arbeiterbauern', die nach Achtundsechzig die landwirtschaftlichen Proleten gegen die Besitzbauern organisieren wollten. Obwohl sie schon im Larzac auf der selben Seite gekämpft hatten, dauerte es noch bis 1987 und den ein oder anderen Lebensmittelskandal, bis die beiden Gruppen sich vereinigten. Denn dem gemeinsamen Gegner, der seit 1945 propagierte Produktivismus, die Verwandlung der Landwirtschaft ins Agrobusiness, hin-



gen genossenschaftliche Betriebe genauso an wie Einzelbauern mit Grundeigentum. Mit über zwanzig Prozent bei den letzten Gewerkschaftswahlen bringt die CP den korporatistischen Landwirtschaftsverband FNSEA inzwischen zunehmend in Bedrängnis.

SOUVERÄNITÄT ODER SOUVERÄNISMUS

Wofür die Confédération auf nationaler, europäischer und als Mitglied in der Bauernvereinigung Via Campesina auf internationaler Ebene kämpft, ist Recht der Menschen, über die Art und Weise ihrer Ernährung selbst zu entscheiden. Die Confédération nennt dieses Recht Ernährungssouveränität. Es beginnt mit der Selbstverständlichkeit gesunder und schmackhafter Lebensmittel, dem Recht der Verbraucher, keine transgene, mit Hormonen oder Pestiziden gedoppte Nahrung essen zu müssen, dem Recht der Bauern, bei der Arbeit keine Atemschutzmaske tragen zu müssen. Die Kritik heutiger Landwirtschaft reduziert sich für die CP aber nicht auf Fragen nach Grenzwerten, Produktionsstandards oder Kennzeichnungspflicht. Vielmehr ergeben sich die gescholtenen Agrotechnologien fast zwangsläufig aus dem produktivistischen Entwicklungspfad, der die Landwirtschaft gemäß dem industriellen Prozeß rationalisiert: Intensivierung der Arbeitsteilung, Spezialisierung auf ein Teilprodukt, beschleunigte Konzentration, Monokulturen, Standardisierung des Angebots, vertikale Integration der Betriebe. Damit stieg die Wetter-, Krankheits-, Schädlings- und Preisanfälligkeit des einzelnen Betriebs, die die Bewässerungsanlagen, Antibiotikaphylaxen, Spezialkraftfutter, die immer neuen HochleistungsSaatgut und die immer umfassenderen Schädlingsvernichtung dann zu mindern versprochen. Damit stieg die Abhängigkeit vom Kreditgeber, der die notwendigen Investitionen nur finanzierte, solange sie dem neuesten Leitbild der Rationalisierung dienen. Und das Quantum Arbeit für den einzelnen Bauern nahm eher noch zu. Diese Industrialisierung der Landwirtschaft – die, um einen verbreiteten Vorurteil vorzubeugen, nicht notwendig etwas mit schierer Größe oder unökologischen Anbaumethoden zu tun hat – ist freilich die unbedingte Voraussetzung für jede Weltmarktstrategie des Agrobusiness.

Landwirtschaftsfragen sind aber keineswegs nur ein Teil- oder gar Neben aspekt der Globalisierung. Im Gegenteil, sie stehen in ihrem Zentrum. Nicht nur lebt bei weitem

die Mehrheit der Weltbevölkerung als Bauern. Die Art der Landwirtschaft und die Art der Ernährung beeinflussen auch Kultur und Lebensweise: Fünf-Minuten-Terrine, Fertiggpizza und die Gentomate, die sieben Wochen im Kühlschrank ohne Schimmelattacke übersteht, entsprechen den Singles, die in Talkshows mit ihrer Siebzig-Stunden-Woche prahlen. Nur noch eine halbe Stunde pro Tag gesteht der durchschnittliche französische Haushalt der Nahrungszubereitung zu -, die täglich Hetze nahm durch die Intensivierung der Lohnarbeit trotzdem nicht ab. Die immer billigeren Lebensmittel ermöglichten erst den Kommodifizierungsschub der Nachkriegszeit, der den Benzinspreis zum Brotpreis werden ließ. Und die Rationalisierung der Landwirtschaft treibt die Menschen weltweit in die Industrie und die Dienstleistungsbranchen und dann eben auch die Abhängigkeit von diesen. Weil die Landwirtschaft von der Kultur nicht zu trennen ist, sprechen Bové und Dufour vom Agrikulturellen. Und das Agrikulturelle selbst zu bestimmen, ist ihnen Menschenrecht.

Mit Nationalisten und Protektionisten hat die Confédération Paysanne daher gar nichts am Hut. Im Gegenteil, das eigentliche politische Problem bestehe darin, daß Freihandel und Protektionismus, Globalisierung und Nationalstaatlichkeit zwei Seiten der selben produktivistischen Medaille sind. Bové will diejenigen politischen Kräfte, denen es um die Verteidigung der französischen Nation geht, lieber Souveränisten nennen. Souveränisten fordern protektionistische Maßnahmen nur für sich selbst, während sie im gleichen Atemzug den Rest der Welt mit möglichst vielen exportierten Waren beglücken möchten. So etwa der korporatistische Bauernverband FNSEA, der jede Subventionskürzung zum Untergang des Abendlandes stilisiert und zugleich die Magrebstaaten zur Markttöffnung zwingt, um sie mit europäischen Rindfleisch zu überfluten. Vor allem aber glauben die Souveränisten, der Ursprung aller Probleme sei immer außerhalb zu suchen. Im Inneren dagegen könne immer alles bleiben wie es ist. Souveränisten können immer klare Grenzen ziehen, zwischen sich und dem Feind. Souveränisten begreifen Souveränität als Nullsummenspiel, die der eine nur hat, wenn sie der andere nicht hat. Woher die beiden Bauern den Begriff Souveränismus haben und ob sie Foucault gelesen haben, weiß ich leider nicht – zuzutrauen wäre es ihnen auf jeden Fall. Mit dem Souveränismus scheint mir nämlich ein spezifischer Politiktypus erfaßt zu sein, der Freihändler und Protektionisten

eint: der Glaube an den Staat als Staat, der nicht Teil der komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern souverän gesetzt ist und von hier aus den Rest der Welt entweder durch freiwilligen Protektionismus oder durch protegierten Freihandel beglückt.

Fragt sich nur, warum sich gerade hierzulande so viele so schwer tun, die Alternative zur nationalstaatlichen Globalisierung und zum protektionistischen Freihandel überhaupt wahrzunehmen. Und nicht die Globalisierungskritik als gut gemeint, aber leider widersprüchlich abzuwiegeln. Das ist ja nicht nur ein Problem der oben genannten Feuilletonisten. Als José Bové letztes in Frankfurt seine Politik warb, gab es fast keine Nachfragen. Nur ein junger Student wollte wissen, ob Bové nun für Zollbarrieren votiere oder eben nicht. Und ein alter NGO-Hase bohrte langatmig nach, ob Bové denn ernsthaft glaube, mit regionaler Subsistenz eine politische Mehrheit finden zu können. Muß ich noch erwähnen, daß Bové von regionaler Subsistenz als verbindlichem Globalprogramm natürlich mitnichten gesprochen hatte? Wäre ja auch ziemlich doof, tagein, tagaus nur noch Roquefort in sich hinein zu stopfen.

Vielleicht ist die Botschaft der beiden Bauern – sobald sie übers bloße Lamento hinausgeht, das sich, nach Feierabend, allgemeiner Zustimmung sicher sein kann – deshalb so schwer zu verstehen, weil ihr politisches Projekt mit den Kategorien traditioneller, etatistischer Politik nicht zu fassen ist. Wer bei Bové nach Konzepten sucht, die in die Gesellschaft nur noch zu implementieren seien, wer also das (Welt-)Regierungsprogramm der Neuen Ordnung sucht, der wird nicht fündig werden. Nicht daß die Confédération Paysanne (CP) keine konkreten Vorschläge hätte, was in der Landwirtschaft zu ändern ist. Aber die Vorschläge der CP präsentieren sich allesamt nicht als Lösung des Problems, sondern als Modus, unter denen die Probleme überhaupt erst dauerhaft angegangen werden können. Beispielsweise propagiert die CP eben mitnichten einen neuen verbindlichen öko-sozialen Produktionsstandard für Nahrungsmittel, weil sie weiß, wie verwässert dieser nur durchzusetzen wäre, wie schwierig und langwierig die Konversion landwirtschaftlicher Betriebe ist, wie eng die Eßgewohnheiten mit unserer alltäglichen Lebensweise zusammenhängen, wie umstritten vermeintlich objektive Forschungsergebnisse sind, wie unterschiedlich ein und dieselbe Maßnahme je nach lokalem Kontext wirken kann und wie gefährlich der neuerliche Glaube an den globalen one best way wäre. Bäuerliche Landwirtschaft ist weder ein technisches, noch ein ordnungspolitisches Projekt, sondern ein gesellschaftlich-kulturelles. Und die Gesellschaft zu verändern, sprich: die Alltagspraxis aller, ist ein langfristiges Unterfangen, weil es eben keinen archimedischen Punkt, von dem aus die Welt aus den Angeln zu heben ist. Bovés Projekt heißt Politisierung, und zwar Politisierung in dem Sinne, daß die Menschen ihre eigenen Angelegenheiten gemeinsam und eigenverantwortlich in die Hand nehmen, ohne dabei die globalen Interdependenzen ihres Handelns, die nur zu minimieren, nie zu tilgen sind, zu leugnen. Vom Politikverständnis her knüpft die CP also ganz an der zapatistischen Linie der Globalisierungskritik an.

Wer jetzt freilich schon wieder einen Widerspruch zu erkennen glaubt, weil Bové ja ein programmatisches Buch schreibt und, schlimmer noch, mit der CP ausdrücklich die verschiedenen politischen Instanzen bis hin zur EU und der WTO beackert statt sie zu ignorieren, gar die WTO reformieren statt schlicht zerschlagen will, wer hier einen Widerspruch sieht, der hat sich schon wieder in den Fallstricken proto-etatistischer Politik verfangen. Auf gesellschaftswissenschaftlicher Ebene ist die Position Bovés ä-

berst anspruchsvoll. Es geht Bové nicht um das eine, beste politische Programm, nicht um die Partei, auch nicht um die Blaupausen einer hier und jetzt schon freien Gegengesellschaft in angeblich staats- und kapitalfreien Räumen, ganz so, als handle es sich bei Staat und Kapital nicht um Verhältnisse, sondern um Gegenstände. Seine Vorstellung vom gesellschaftlichen Wandel ähnelt eher der »molekulare Revolution« (Félix Guattari), der massenhaften, wilden und fortwährenden Abweichungen in der alltäglichen Praxis, die durch institutionelle Vorgaben gefördert und erleichtert oder eben behindert werden können.

Gewiß kann jede und jeder von heute auf morgen ihre Ernährungsgewohnheiten umstellen, etwa auf Rindfleisch, Yoghurt und Rispentomaten verzichten. Die Puten- und Lachsmast ist dennoch kaum weniger problematisch. Und der Vegetarismus darf die 10000-Liter-Turbokühe und überhaupt den wachsenden Verzehr von Milchprodukten aller Art nicht vergessen, der den ununterbrochenen Kälberausstoß nun mal zur Voraussetzung hat. Sonst gibt's nämlich weder Yoghurt noch Käse. Mehr als das Geld fehlt wohl im Zweifelsfall die Zeit, zum Biobauern statt zum Supermarkt ums Eck zu laufen und weniger Fertigprodukte zu kaufen. Oder es fehlt der kühle Kellerraum, Kartoffeln einzulagern. Trotzdem, ein Ökosiegel oder der Pflichthinweis auf gentechnisch veränderte Organismen oder die 30-Stunden-Woche würden den Spielraum für die Verbraucher ein Stück vergrößern. Genauso wie die Umstellung der Agrarsubventionen von der Produktionsmenge auf die eingesetzte Arbeitskraft die Konversion zur ökologischen Landwirtschaft erleichtern würde. Beides nützt vielleicht mehr als der konsequente Laktovegetarismus, der nach drei Jahren zur Anekdote aus der lustigen Studentenzeit gerinnt, oder der radikale Biobauer, der schnurstracks in die Pleite steuert. Um das Agrikulturelle nachhaltig zu ändern, dauerhaft und nicht nur kosmetisch, muß sich parallel die halbe Gesellschaft verändern. Und das braucht Zeit und Hartnäckigkeit. Bové hat sie.

Frieder Dittmar

Literatur

- José Bové und François Dufour: Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis. Zürich: Rotbuch, 2001
- José Bové: »Für eine bäuerliche Landwirtschaft«, in: *Le monde diplomatique* v. 15.10.99, S. 2
- Lothar Baier: »Larzac. Bericht über den Kampf französischer Bauern gegen den »Kolonialismus nach innen««, in: *Ästhetik und Kommunikation*. Beiträge zur politischen Erziehung. Heft 17, Oktober 1974, Jg. 5, Kronberg: Scriptor, S. 5-42
- Heidi Burmeister und Volker Tonnädt: Zu kämpfen allein schon ist richtig. Larzac. Frankfurt / M.: Verlag Jugend & Politik, 1981
- Wolfgang Hertle: Larzac 1971-1981. Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Süd-Frankreich. Kassel: Weber, Zucht & Co., 1982
- Annie C. & Pascale Werner: Gegen die linken Phallokraten – Frauen bei LIP. *Internationale Marxistische Diskussion* No. 16. Berlin: Merve, 1975
- Bodo Morawe: Aktiver Streik in Frankreich oder Klassenkampf bei LIP. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1974
- Arno Münster: Der Kampf bei LIP. Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich. Berlin: Rotbuch, 1974

Links:

www.confederationpaysanne.fr
[Homepage der CF]

www.larzac.de
[Homepage zum Larzac, eingerichtet von W. Hertle]

www.comlink.de/graswurzel/gwr0_72/larzac.html
[Historischer Artikel aus der *graswurzelrevolution* zum Larzac-Konflikt, 1972]

www.uni-kassel.de/~kayser/larzac/special.htm
[Ausführliche Linkliste mit aktuellen Artikel zu Bové und dem Larzac]



»VERGESST DISTOMO!«

ZUR ENTSORGUNG DEUTSCHER KRIEGSVERBRECHEN IN GRIECHENLAND

Am 4. September 2001 hat das Oberlandesgericht Athen einen Antrag der Bundesrepublik zurückgewiesen, die bevorstehende Pfändung des Athener Goethe-Instituts und anderer deutscher Liegenschaften für unrechtmäßig zu erklären. Der Erlös aus der Zwangsversteigerung soll Hinterbliebenen der Opfer von Distomo zukommen. Dort hatten SS-Einheiten im Jahre 1944 ein Massaker unter der Dorfbewölkerung angerichtet. Der Areopag, das oberste Gericht Griechenlands, verurteilte Deutschland deshalb am 4. Mai 2000 zu einer Zahlung von 55 Millionen Mark. Die Bundesregierung lehnt solche Forderungen mit dem Hinweis auf bereits getätigte Wiedergutmachungszahlungen aus den sechziger Jahren ab.

Ist von Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht die Rede, so wird meist auf die Greueltaten des Vernichtungskrieges im Osten verwiesen. Die brutale Besatzungspolitik des Heeres auf dem Balkan scheint dagegen aus dem kollektiven Gedächtnis der Tätergesellschaft gelöscht zu sein. Dies gilt insbesondere für die Vorgänge im okkupierten Griechenland.

Nach der schnellen Niederwerfung des Landes durch die Wehrmacht im Frühjahr 1941, behauptete die deutsche Propaganda zunächst, man sei »als Freund gekommen« (Rondholz 1997: 136). Dieses angebliche Wohlwollen verschwand jedoch bald. Spätestens nach dem Abfall des italienischen Bündnispartners im Sommer 1943 und dem Erstarken der griechischen Resistance gehörten alltägliche »Sühnemaßnahmen« und Geislerschießungen zur blutigen Besatzungsroutine der Wehrmacht. In der Härte ihrer Vergeltungspraxis unterschied sich die Wehrmacht nur graduell von der Waffen-SS. Während die Totenkopfverbände für Massaker in Orten wie Distomo und Klissura verantwortlich waren, verübten reguläre Einheiten in Kommeno oder Kalavryta Metzereien im großen Stil.

Auf das Konto der Wehrmacht ging auch das völkerrechtswidrige Abschichten der italienischen Division »Acqui« im September 1943 auf der griechischen Insel Kefalonia. Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Kreis der Achsenmächte widersetzten sich einige Verbände der Kapitulationsaufforderung der Deutschen. Als Richtlinie für den Umgang mit widerständigen italienischen Einheiten erging der Befehl, alle Offiziere dieser Truppenteile als »Freischärler« standrechtlich zu erschießen und die Mannschaften zur Zwangsarbeit nach Deutschland zu deportieren. Bei der Erstürmung der Insel Kefalonia ordnete Hitler sogar an, überhaupt keine Gefangenen zu machen. Nach dem Abschluß der Operation zählte man rund 4000 exekutierte Soldaten. Im Gegensatz zu dem »Kommissarbefehl« im Rußlandfeldzug, der allgemein bekannt ist, sind die gegenüber Italienern angewandten Weisungen, denen insgesamt über 6000 Menschen zum Opfer fielen, in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben. (Schreiber 1996: 92)

In Griechenland töteten die Besatzungstruppen allein von Juni 1943 bis September 1944 mehr als 25000 Personen im direkten Kampf oder infolge der Repressalienpraxis, davon allein 20000 in den letzten zehn Monaten. Zu Tode kamen auch die meisten der 26000 Gefangenen, die entweder zur

Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden oder als Geiseln den »Sühnemaßnahmen« zum Opfer fielen bzw. in Konzentrationslagern starben. (Fleischer 1998: 186) Auch bei der Deportation von über 50000 griechischen Juden in die Vernichtungslager half die Wehrmacht aktiv mit – in dieser Hinsicht entwickelte sich die Kooperation zwischen dem Heer und der SS zur Routineangelegenheit (Safrian 1997). Darüber hinaus verhungerten wegen der katastrophalen Ernährungslage während der Besatzungszeit allein im Winter 1941/42 in Athen mehr als 100000 Einwohner.

FALL 7: DER KRIEGS- VERBRECHERPROZESS GEGEN DIE »SÜDOST-GENERÄLE«

Schon auf der Moskauer Konferenz vom Oktober 1943 hatten die Alliierten beschlossen, nach der Besetzung Deutschlands die strafrechtliche Verfolgung der NS-Gewalttäter in die eigenen Hände zu nehmen. Die Ahndung der Kriegsverbrechen und die angestrebte Zerschlagung des nationalsozialistischen Unrechtssystems setzte allerdings ein Reihe von neuen völkerrechtlichen Konstruktionen voraus. Während nach der Haager Landkriegsordnung die Institutionen des besiegten Landes bei einer militärischen Besetzung grundsätzlich Bestandsschutz hatten, ging es den Siegermächten im Fall von Deutschland nicht nur um eine militärische Niederwerfung, sondern auch um die Zerschlagung des NS-Unrechtssystems. Um die Repräsentanten und Funktionsträger des NS-Regimes strafrechtlich verfolgen zu können, erließ die alliierte Gesetzgebung das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945, das den Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit festlegte. Darunter fiel unter anderem die »Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, ohne Rücksicht darauf, ob sie das nationale Recht des Landes, in welchem die Handlung begangen worden ist, verletzt.« (Zit. n. Perels 1999: 77)

Im Rahmen der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg kam es im Juli 1947 auch zu einem Verfahren gegen eine Reihe von Generälen, die sich für ihre Besatzungspolitik in Südosteuropa verantworten mußten. Bereits im Hauptkriegsverbrecherprozeß hatte die Frage der Strafbarkeit von Geislerschießungen eine Rolle gespielt, die nach Meinung der deutschen Angeklagten durch das geltende Kriegsrecht abgedeckt war. Tatsächlich verbot die Haager Landkriegsordnung zwar die generelle Bestrafung der Bevölkerung besetzter Gebiete, nicht aber die Geiselnahme als solche. Die Wehrmacht hatte von diesem Repressalieninstrument schon 1940/41 in Frankreich und Belgien Gebrauch gemacht, aber erst seit dem Überfall auf die Sowjetunion gehörten Geiselnrichtungen zum blutigen Besatzeralltag.

In dem sogenannten Geiselmordprozeß gegen die »Südost-Generäle« machte das Gericht allerdings eine wichtige Einschränkung, was den Einsatz von Repressalien betraf. Es wies darauf hin, daß die Selektion der Opfer nicht wahllos erfolgen könne und die Anzahl der erschossenen Geiseln nicht unverhältnismäßig sein dürfe.

So qualifizierte das amerikanische Militärgericht dann auch die »Sühnemaßnahmen«

der deutschen Armee gegen die Zivilbevölkerung in Griechenland als Kriegsverbrechen (Ihme-Tichel 1999: 51).

Am 19. Februar 1948 erging schließlich das Urteil im Fall 7 gegen die »Südost-Generäle«. Neben einer Reihe von Freisprüchen erhielten acht der ranghöchsten Militärs hohe Freiheitsstrafen.

Allerdings mußte keiner der Verurteilten seine Strafe auch nur annähernd absitzen. Bereits in den frühen fünfziger Jahren wurden alle Täter wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Kalte Krieg zwischen dem Westen und der Sowjetunion, das militärische Engagement der USA in Korea, die geplante Aufstellung westdeutscher Streitkräfte und der zunehmende Druck der Adenauer-Regierung erwiesen sich als ausgesprochen segensreich für das Schicksal der verurteilten Generäle. Die Verbrechen der Wehrmacht auf dem Balkan konnten nun wieder dem Kampf der »Freien Welt« gegen den Weltkommunismus gut geschrieben werden.

DEUTSCHE VERGANGENHEITSPOLITIK

Im Zusammenspiel aller maßgeblichen politischen Kräfte wurde die Legitimität der Nürnberger Verfahren in Westdeutschland seit Ende der vierziger Jahre zunehmend in Zweifel gezogen. Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß nur wenige der in Nürnberg verurteilten Gewalttäter zu Recht ihre Strafe absaßen. Angesichts des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes und der sich anbahnenden Westintegration der Bundesrepublik arbeitete die Adenauer-Regierung offen an der Rehabilitierung der »Kriegsverurteilten«, wozu man auch das Gros der inhaftierten SS-Leute, Parteifunktionäre und KZ-Schergen zählte. Gestützt auf die exkulpernde Denkschrift deutscher Generäle zum Hauptkriegsverbrecherprozeß und die Argumentationen der Verteidiger in den Nürnberger Prozessen setzten sich führende Politiker, Juristen und Kirchenmänner für die alsbaldige Freilassung der »politischen Gefangenen« ein. Beamte des Auswärtigen Amtes, noch ganz in der alten Diktion verfangen, forderten gar die »Endlösung des sogenannten Kriegsverbrecherproblems« (Brochhagen 1994: 76).

Konservative haben in den letzten Jahrzehnten das sozialpsychologisch notwendige »Beschweigen der Vergangenheit« (Herman Lübbe) durch die Nachkriegsgesellschaft hervorgehoben und die fünfziger Jahre als für das deutsche Volk nach den Belästigungen durch die Alliierten wohlverdiente »Periode der Normalisierung und des Aufatmens« (Ernst Nolte) bezeichnet (Perels 1999: 10). Im deutlichen Kontrast dazu steht die Intensität, mit der sich damals die Öffentlichkeit und die Parteien über das Schicksal der »Kriegsverurteilten« erregten. Ein wesentliches Motiv für diese Form der Vergangenheitspolitik lag in dem Bestreben der wieder zu Amt und Würden gekommenen Funktionsträger, sich für den Terror der NS-Zeit nicht verantwortlich zu erklären und die »Normalstaatlichkeit« des Regimes hervorzuheben.

Vielen Verantwortlichen in der Republik war vor allem das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ein Dorn im Auge. Als im Jahre 1950 mit der

Gründung der Bundesrepublik bestimmte Beschränkungen für die deutsche Justiz wegfielen, kam schnell die Forderung auf, diese Ahndungswaffe der Alliierten zu entschärfen. Als Vorwand diente der Umstand, daß nun NS-Verbrechen nach zwei unterschiedlichen Rechtsgrundlagen abgeurteilt wurden – dem alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 und dem deutschen Strafgesetzbuch. Die entscheidende Frage war, ob der Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in das deutsche Rechtssystem aufgenommen werden sollte. Die Mehrheit der Juristen und Staatsrechtler plädierte für die Abschaffung des Gesetzes, da es, so der Präsident des Bundesgerichtshofs, dem deutsche Rechtsdenken völlig fremd sei. (Brochhagen 1994: 167) Das ungeliebte Überbleibsel aus der Besatzungszeit wurde im Jahre 1955 mit der vollständigen Erlangung der Souveränität beseitigt.

Das zentrale Argument gegen die Beibehaltung des Kontrollratsgesetzes lautete, daß eine rückwirkende Verfolgung von Vergehen rechtsstaatlichen Prinzipien widerspreche. Mit dieser Begründung kehrte man allerdings die Intention des Rückwirkungsverbots in ihr glattes Gegenteil: Geschützt werden sollten nicht mehr die Individuen vor unberechenbaren Strafansprüchen des Staates, sondern die Träger eines Regimes, das sich selbst völlig außerhalb rechtsstaatlicher Schranken bewegt hatte. Die Willkürakte des NS-Systems waren damit als nicht verfolgungswürdig erklärt worden. (Perels 1999: 86)

Konsequent verweigerte sich die Bundesrepublik auch entsprechenden internationalen Abkommen. In der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 hatte sich der Europarat darauf geeinigt, Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Artikel 7 Absatz 2 der Konvention schreibt zunächst vor, daß niemand wegen einer Tat verurteilt werden darf, die zu der Zeit, als sie begangen wurde, nicht strafbar war. Bezogen auf Staats- und Kriegsverbrechen folgt aber dann eine Einschränkung: »Durch diesen Artikel darf die Verurteilung oder Bestrafung einer Person nicht ausgeschlossen werden, die sich einer Handlung oder Unterlassung schuldig gemacht hat, welche im Zeitpunkt ihrer Begehung nach dem allgemeinen von den zivilisierten Völkern anerkannten Rechtsgrundsätzen strafbar war.« (Zit. n. Kramer 2001: 498) Als einziges Mitglied des Europarates ratifizierte die Bundesrepublik die Konvention mit dem bedeutenden Vorbehalt, daß der Artikel 7 Absatz 2 für die Bundesrepublik keine Geltung habe. Dabei diente auch hier der Hinweis auf das uneingeschränkte Rückwirkungsverbot des Artikels 103 Grundgesetz als Vorwand.

Daß das Rückwirkungsverbot die Träger einer Staatsgewalt nicht unbedingt vor Verfolgung schützt, machten sich die bundesdeutschen Gerichte erst in den 1990er Jahren als Rechtsnorm zu eigen, als es nicht mehr um Sanktionen für Gewalthandlungen im »Dritten Reich« ging, sondern um die Ahndung von Menschenrechtsverbrechen der ehemaligen DDR. Die Blutorgie der NS-Richter, die mehr als 35000 Menschen in die Grube schickten und sich dafür in der Bundesrepublik strafrechtlich nie zu verantworten hatten, wird jedoch als ewiger Makel an der deutschen Justiz haften bleiben. (Perels 1999: 33)

DIE KALTE AMNESTIE

Die Abwehr der Nürnberger Prinzipien schlug sich auch in der Rechtsprechung zu Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht nieder. Obwohl die erst 1958 eingerichtete Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen rund tausend Vorermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen in Gang setzte, wurde keine einzige Tat geahndet. (Perels 2001: 24) Entscheidend dafür war der Bewertungsmaßstab der bundesdeutschen Justiz, die sich an den

Normen des nationalsozialistischen Militärrechts orientierte.

Im Jahre 1972 befaßte sich die Staatsanwaltschaft Bochum auch mit dem »Unternehmen Kalavryta«, das bereits in den Nürnberger Prozessen als schweres Kriegsverbrechen eingestuft worden war. Ohne auch nur mit einer Silbe auf das Urteil der Alliierten einzugehen -- dies hätte ja die Anerkennung der »Siegerjustiz« bedeutet -- stellte der Staatsanwalt das Verfahren mit folgender Begründung ein: »Die Partisanen haben gegen die Grundregel des Völkerrechts verstoßen, nach welcher jedem Kombattanten eine faire und ritterliche Behandlung zuteil werden muß. (...) In dieser Situation waren Repressalien notwendig und auch zulässige völkerrechtsmäßige Mittel, die Gegner, die Partisanen, zur Einhaltung des Völkerrechts zwingen.« (Zit. nach Rondholz 1993: 1512)

In einem anderen Verfahren von 1972 gegen Angehörige einer SS-Division wegen in Distomo an der Zivilbevölkerung begangener Verbrechen erschien selbst dem Staatsanwalt das Ausmaß der »Vergeltungsaktion« als anstößig. »Zeugen berichten ..., daß die Deutschen (in Distomon) noch am gleichen Tag eine Vergeltungsaktion durchgeführt und dabei über 200 Bewohner beiderlei Geschlechts und jugendlichen Alters auf zum Teil grausame Weise getötet haben. Sie hätten schwangeren Frauen den Bauch aufgeschlitzt, Säuglinge zerschmettert oder deren Kopf mit Stiefeln eingetreten.« (Zit. n. a. a. O. 1515) Obwohl unbestreitbar der Tatbestand des Mordes erfüllt war, stellte die Staatsanwaltschaft München das Verfahren aus Verjährungsgründen ein. Dafür bemühte sie ein Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH), das die vom Bundestag bewirkte Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord eingeschränkte: »Ist ein zur Zeit der NS-Herrschaft begangenes Verbrechen erst nach dem 8. Mai 1945 einer Strafverfolgungsbehörde bekannt geworden, so greift die Verjährungshemmung nur ein, wenn sicher ist, daß die Verfolgung der Tat während der nationalsozialistischen Herrschaft an einem Eingreifen von hoher Hand gescheitert wäre.« (Zit. n. a. a. O.: 1516) Im Fall von Distomo ging die Staatsanwaltschaft unter Berufung auf den BGH davon aus, daß die Gewaltorgie der SS-Einheit auch in der NS-Zeit kriegsgerichtlich hätte verfolgt werden können. »Auf keinen Fall steht fest, daß gegen das Recht gerichtete Erwägungen der nationalsozialistischen Machthaber die Strafverfolgung verhindert hätten. (...) Die Strafverfolgung ist also, weil keine Hemmung der Verjährung eingetreten ist, mit Ablauf des 10.6. 1964 eingetreten.« (Zit. n. a. a. O. 1516)

Abenteuerlich an dieser Entscheidung war nicht nur die juristische Konstruktion. Denn eine militärgerichtliche Verfolgung des Blutbades von Distomo wäre auf jeden Fall durch »ein Eingreifen von hoher Hand gescheitert«. In dem »Bandenbekämpfungsbefehl« des Oberbefehlshabers der Wehrmacht vom 16. Dezember 1942 erging die Weisung, gegen Partisanen mit »den allerbrutalsten Mitteln« vorzugehen. Zudem wurde angeordnet: »Kein in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.« (Zit. n. Rondholz 1999: 263) Schließlich wies Hitler die Kommandeure ausdrücklich an, keine Urteile zu bestätigen, die diesem Befehl widersprachen.

Nach Ansicht der bundesdeutschen Justiz gab es keine zu ahndenden Kriegsverbrechen. »Einfache« Tötungshandlungen wie sie die Wehrmacht im Rahmen von »Sühnemaßnahmen« durchführte, galten als legale Repressalie. Besonders grausame Gewaltakte waren wiederum nach Auffassung des BGH seit 1969 samt und sonders verjährt, da sie selbst der Rechtsnorm der NS-Militärgerichte widersprachen und somit von »hoher Hand« hätten geahndet werden können.

REPRESSALIEN GEGEN GRIECHEN-

LAND

Auch außenpolitisch setzte die Bundesregierung alles daran, die leidige Kriegsverbrecherfrage aus der Welt zu schaffen. Im Fall von Griechenland konnte die Botschaft in Athen dem Auswärtigen Amt erleichtert mitteilen, daß man hier das Problem der NS-Verbrechen sehr zurückhaltend behandle. (Rondholz 1999: 238)

Für diese moderate Position Griechenlands gab es mehrere Gründe. Nach einem langjährigen Bürgerkrieg, der schon während der deutschen Besatzung ausgebrochen war und 1949 mit der vollständigen Niederlage der Linken endete, zeigte die griechische Führungsschicht kein besonderes Interesse an der Sühnung deutscher Gewaltverbrechen. Zunächst galt es, den Mantel des Schweigens über die peinliche Kollaboration von Teilen des konservativen Lagers zu legen, die sich im Kampf gegen die »roten Banden« mit den Nazis zusammengefunden hatten. Außerdem befand sich Griechenland seit dem Ausbruch des Kalten Krieges mit Westdeutschland im antikommunistischen Lager. Als Frontstaaten an der Nahtlinie zum »Sowjetkommunismus« waren beide Regierungen bestrebt, das Kapitel der Besatzungszeit möglichst schnell abzuschließen.

Auch profitierte Westdeutschland bei der Behandlung der Kriegsverbrecherfrage von der desolaten ökonomischen Lage Griechenlands, das durch die Okkupationszeit und den Bürgerkrieg völlig am Boden lag und auf Unterstützung von außen angewiesen war. Die Adenauer-Regierung versuchte daher, einen starken wirtschaftlichen Druck auf Griechenland auszuüben, um deutsche Kriegsverbrecher vor einer Strafverfolgung zu schützen.

Die griechische Regierung geriet zunehmend in eine Zwickmühle. Einerseits bedurfte Griechenland angesichts der labilen innenpolitischen Situation dringend der Wirtschaftshilfe. Andererseits mußten zur Stabilisierung der Verhältnisse die ehemals ausgegrenzten linken Kräfte reintegriert werden. Als Symbol der nationalen Versöhnung nahm man deshalb 1952 im Rahmen des Gesetzes zur »Befriedung«, die Kriegsverbrecherfrage mit auf. Die Einleitung von Verfahren gegen 900 Deutsche bedeutete wiederum einen Affront gegenüber der Bundesrepublik, die sich in der Zwischenzeit zu einem der wichtigsten Handelspartner und Kreditgeber für Griechenland entwickelt hatte. (Spiliotis 2001: 71)

Dem Drängen der Deutschen die gesamte Problematik geräuschlos zu bereinigen, kam die griechische Seite mit dem Vorschlag entgegen, die schweren Kriegsverbrechen der Zuständigkeit der Bundesrepublik zu überstellen, die leichteren Fälle hingegen selbst zu amnestieren. Akzeptabel war für die Bundesregierung jedoch weiterhin nur eine Generalamnestie, obgleich man wußte, auf welchen Widerstand diese Forderung in Griechenland stoßen mußte. Zudem rechnete das Auswärtige Amt damit, daß »bei der händlerischen Einstellung der Griechen (...) das griechische Eingehen auf einen solchen deutschen Wunsch sicher an die (...) Gewährung von Gegenvorteilen geknüpft« sein werde. (Zit. n. Fleischer 2001: 215) Unwillig entschlossen sich die Deutschen dann doch zu einer Übernahme der Kriegsverbrecherakten, nicht ohne den Hintergedanken, die Angelegenheit durch ein eigenes Amnestiegesetz endgültig zu bereinigen. Die bundesdeutschen Behörden betonten, daß man eine Strafverfolgung der »angeblich begangenen Verbrechen« ablehne und lediglich dazu bereit sei, die Vorgänge einzulagern. Aus dem Justizministerium kam zudem der geniale Vorschlag, den griechischen Partnern im Gegenzug einen »Strafverzicht für griechische Verbrechen gegen die deutsche Besatzungsmacht« anzubieten. (Zit. n. a. a. O. 215)

Natürlich dachte man im Traum nicht daran, ernsthafte Ermittlungen einzuleiten, obwohl mit der Übernahme der Strafver-

folgungsakten die Verpflichtung zum Handeln bestand. Im Vertrauen darauf, die Griechen würden die Sache schon auf sich bewenden lassen und keine Berichterstattung über die Weiterbehandlung der Verfahren verlangen, verstaubten die Akten jahrelang in den Ablagen der zuständigen Behörden. (Spiliotis 2001: 72) Die Formen der Ermittlung nahmen dabei groteske Züge an. So stellte etwa die Oberstaatsanwaltschaft Koblenz im März 1958 das Verfahren gegen den ehemaligen Bevollmächtigten des Reichs in Griechenland, Günther Altenburg, der von 1957 bis 1964 als Generalsekretär der Deut-

ließ sich ein stiller Deal nicht mehr durchführen. Eine Überstellung des Kriegsverbrechers an Deutschland ohne Prozeß hätte die Öffentlichkeit in Griechenland als ein Schuldeingeständnis führender Politiker interpretiert. (A. a. O.: 75)

In gewisser Weise fungierte Merten als Faustpfand zwischen den beiden Regierungen. So wies Bonn im Zusammenhang mit den deutsch-griechischen Wirtschaftsverhandlungen Ende 1958 darauf hin, daß ein deutsches Entgegenkommen von einer Amnestie der Kriegsverbrecher abhinge. (Spiliotis 2001: 75) Tatsächlich wurde Merten trotz



Wehrmachtsflieger über der Akropolis (1941)

SO-14-10, 19:30 UHR
KOZ, UNI FFM
DISKUS-VERANSTALTUNG
»VERGESST DISTOMO!«
VORTRÄGE VON
KLAUS RONNEBERGER +
VASSILIS TSIANOS
ANSCHLIESSEND MUSIK
MIT KLAUS WALTER

schen Gruppe der Internationalen Handelskammer in Köln vorstand, mit der Begründung ein, daß der Aufenthaltsort der gesuchten Person nicht zu ermitteln sei. (Rondholz 1999: 244)

Der Dämmer Schlaf der deutschen Ermittlungsbehörden in Sachen Griechenland endete abrupt im April 1957 mit der Verhaftung des eingereisten Dr. Max Merten, der als Leiter der Militärverwaltung beim Befehlshaber Saloniki-Ägäis wegen seiner Beteiligung an Judendeportationen zwar schon auf der 1952 überreichten Fahndungsliste gestanden, aber bis dahin völlig unbehelligt von der Justiz als Anwalt in Berlin gelebt hatte. Der ehemalige Kriegsverwaltungsrat gehörte neben dem SS-Führer Alois Brunner zu den leitenden Organisatoren des Abtransports von 50000 Juden aus Thessaloniki nach Auschwitz.

In der Bundesrepublik reagierten Öffentlichkeit und Regierung mit Empörung auf die Verhaftung. In guter Wehrmachtstradition sann das Auswärtige Amt und das Bundesjustizministerium auf Vergeltung. Falls die Griechen sich weiterhin uneinsichtig zeigen sollten, »dann dürfte es notwendig sein, gegenüber Griechenland Repressalien vorzunehmen.« (Zit. n. Fleischer 2001: 216) Gleichwohl sahen sich die Behörden nun dazu gezwungen, ausstehende Ermittlungsbescheide nachzureichen. Allerdings waren die Begründungen für die Beendigung der Strafverfahren so hanebüchen, daß die deutschen Diplomaten die meisten Verfügungen als »völlig ungeeignet« erachteten, »den griechischen Behörden vorgelegt zu werden.« (Zit. n. a. a. O.: 217)

Trotz aller diplomatischen Bemühungen der Adenauer-Regierung blieb Merten längere Zeit in Untersuchungshaft und wurde schließlich am 5. Mai 1959 wegen Beihilfe zum Mord an den griechischen Juden zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Angesichts der Umstände des Verfahrens, bei dem auch die Problematik der Kollaboration zu tage trat,

der förmlichen deutschen Zusicherung, ihn vor ein ordentliches Gericht zu stellen, schon bald nach seiner Verurteilung der Bundesrepublik ausgeliefert und dort nach wenigen Tagen Untersuchungshaft von den Behörden auf freien Fuß gesetzt. Das Landgericht Berlin stellte das Verfahren nach sieben Jahren mit der Begründung ein, es hätten sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Beschuldigte etwas von dem Mordplan an den Juden gewußt habe. Für die Zeit der Untersuchungshaft in Griechenland erhielt Merten zudem eine »Heimkehrerschädigung«. (A. a. O.: 77)

DER KAMPF UM WIEDERGUTMACHUNG

Die Rechtfertigung von Gewaltverbrechen als legale Repressalie diente in der Bundesrepublik nicht nur zur Entlastung der Funktionselementen, sondern auch dazu, Wiedergutmachungsforderungen der ehemaligen »Feindstaaten« abzuweisen. Eine beliebte Argumentationsfigur der westdeutschen Außenpolitik bestand darin, die Verluste der heimischen Zivilbevölkerung durch den alliierten Bombenkrieg als Gegenrechnung für die Opfer deutscher »Vergeltungsmaßnahmen« zu präsentieren. So instruierte das Auswärtige Amt die Botschaft in Athen, den Antrag des Bürgermeisters der Gemeinde Klissura, wo SS-Einheiten 1944 ein Massaker angerichtet hatten, auf Übernahme einer deutschen Patenschaft abzulehnen: »In der Absage könnte vielleicht darauf hingewiesen werden, daß auch in Deutschland die schweren Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges keineswegs beseitigt sind.« (Zit. n. Fleischer 1999: 171)

Natürlich hatte sich der Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches« formal zu Reparationsleistungen verpflichten müssen. Auf der Pariser Konferenz im Jahre 1946 bezifferten die Siegermächte die griechischen Scha-

denersatzansprüche auf mehr als sieben Milliarden Dollar. Nicht enthalten war darin die Rückerstattung einer Zwangsanleihe von 500 Millionen Reichsmark, die die griechische Zentralbank 1942 an die deutsche Besatzungsmacht gezahlt hatte. Die Signaturmächte, darunter auch Griechenland, verständigten sich darüber, lediglich eine quotenmäßige Aufteilung der Reparationen zwischen den betroffenen Staaten festzulegen, ohne den gesamten Betrag konkret zu bestimmen. Zu einer Auszahlung zugunsten Athens ist es allerdings nie gekommen. (Paech 1999: 390)

Bei der Londoner Schuldenkonferenz (1953) stand nicht die Entschädigung der Kriegsoffer, sondern die Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit im Vordergrund. Den Westmächten ging es um eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik für den Welthandel und weniger um Reparationen. Insgesamt beliefen sich die Forderungen der Gläubigerstaaten bezogen auf die Vorkriegs- und Nachkriegsschulden auf fast 30 Milliarden DM. Die Hälfte davon erließ man Deutschland, für den Rest gab es langfristige Fälligkeitstermine. Die westlichen Gläubigerstaaten wollten die Bundesrepublik zwar nicht aus der Verantwortung entlassen, aber angesichts des Kalten Krieges galt es den wichtigen Bündnispartner nicht mit Hypotheken aus dem Zweiten Weltkrieg über die Maßen zu belasten. Der deutschen Delegation unter Führung des Bankiers Hermann Abs gelang es in den Verhandlungen, einen langfristigen Reparationsaufschub zu bewirken. Die ausstehenden Zahlungen sollten erst nach Abschluß eines irgendwann zu entwerfenden Friedensvertrags endgültig geregelt werden.

Allerdings war Bonn mit dem Londoner Abkommen noch nicht alle Sorgen los.

Das »Dritte Reich« stand auch für den Holocaust, KZ-Deportationen, Zwangsarbeit und blutige Vergeltungsexzesse. Zunächst vertrat die deutsche Seite die Auffassung, daß der Genozid an den Juden nicht reparationsfähig sei, da Israel wegen seiner erst 1948 erfolgten Staatsgründung als Schuldner nicht in Betracht komme. Außenpolitische Opportunitätserwägungen gaben letztlich für Adenauer den Ausschlag, gegen den zähen Widerstand im eigenen Kabinett und in der Regierungskoalition, drei Milliarden DM an Israel und 450 Millionen an die Jewish Claim Conference, eine internationale jüdische Dachorganisation, zu zahlen. (Friedrich 1994: 479)

Indem die Bundesrepublik reparationsrechtliche Kriegsschäden und wiedergutmachungspflichtige NS-Verbrechen voneinander trennte, sah sie sich mit entsprechenden Forderungen anderer Staaten konfrontiert. Bonn war nun gezwungen eine Reihe von Abkommen mit Ländern zu treffen, die unter der nationalsozialistischen Besatzungspolitik gelitten hatten. Bei den Verhandlungen mit den betroffenen Staaten versuchte die deutsche Seite, möglichst viele der Ansprüche als reparationsbezogene Schäden zu deklarieren, die erst nach einem Friedensvertrag zu vergüten wären.

Auch die Vertreter Griechenlands hatten ab 1956 Wiedergutmachungsleistungen für ihre Kriegsoffer angemahnt. Bonn lehnte

diese Forderungen mit Verweis auf die Regelungen des Londoner Schuldenabkommens ab. Der Vorschlag der griechischen Seite, die Gewährung von Entschädigungen mit einer Amnestierung deutscher Kriegsverbrecher zu verknüpfen, erschien den Deutschen als völlig abwegig. Man erwartete vielmehr von dem kleinen Partner, die anstehenden Verfahren ohne Gegenleistung einzustellen.

Als neue Verhandlungsmasse bot sich für die griechische Regierung das Angebot der DDR-Regierung an, für eine staatliche Anerkennung ihrer Republik, Entschädigungen an die Opfer deutscher Repressalien zu zahlen. Dieser Schachzug brachte Bonn in erhebliche Bedrängnis, denn nach der Hallstein-Doktrin drohte jedem Land, das die »Sowjetzone« als Staat anerkannte, der Abbruch diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik. Im Falle Griechenlands, einem strategisch wichtigen NATO-Partner, ließ sich eine solche Maßnahme jedoch aus bündnispolitischen Gründen nicht umsetzen. Zähneknirschend bequemen sich deshalb die Deutschen im Frühjahr 1959 zur Aufnahme von Wiedergutmachungsverhandlungen. (Vgl. Spiliotis 2001: 74–76)

In dem Vertrag vom 18. März 1960 verpflichtete sich die Bundesrepublik insgesamt 115 Millionen DM an die griechische Regierung zu zahlen. Die Vereinbarung bezog sich lediglich auf die Entschädigung solcher Opfer, die »wegen ihrer Rasse, Glaubens oder der Weltanschauung« durch den Nationalsozialismus verfolgt worden waren. Die Frage der Reparation von Kriegsschäden blieb in dem Vertrag völlig ausgeklammert. Allerdings bestand eine Klausel, daß etwaige gesetzliche Ansprüche griechischer Staatsbürger unberührt blieben. Zudem behielt sich Athen vor, gegebenenfalls noch mit Reparationsforderungen an Deutschland heranzutreten. (Paech 1999: 389) Entgegen allen späteren Behauptungen der Bundesregierung verzichtete Griechenland somit nicht auf die ihm zustehenden Schadenersatzforderungen. Noch 1995 ging Berlin davon aus, daß die Wiedergutmachungsleistungen aus dem Vertrag von 1960 nicht für die Opfer deutscher »Sühnemaßnahmen« vorgesehen waren. In einem Brief teilt die Deutsche Botschaft einem Überlebenden von Distomo mit: »Nach Auffassung der Bundesregierung sind Vergeltungsaktionen wie gegen das Dorf Distomo nicht als NS-Tat zu definieren, deren Opfer wegen ihrer Rasse, ihrer Religion oder ausdrücklicher Antihaltung geschädigt worden sind, sondern als Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung, denn sie stellten Reaktionen auf Partisanenangriffe dar. Sie fallen deshalb nicht unter die Regelung des Bundes zur Entschädigung von NS-Unrecht, sondern unter den Fragenkomplex Reparationen.« (Zit. n. a. a. O.: 390)

Auch das Londoner Schuldenabkommen hatte die Bundesrepublik nicht endgültig entlastet. Als die Griechen im Jahre 1965 von der Bundesrepublik die Zurückzahlung der Zwangsanleihen einklagten, versicherte der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard dem vorsprechenden Minister Andreas Papandreu nachdrücklich, daß man diese Schuld nach der deutschen Wiedervereinigung begleichen werde. (Surmann 1999: 139f) Die wahren Absichten sprach der deutsche Botschafter 1969 in Athen in einer Mitteilung an das Auswärtige Amt aus: »Durch das Londoner Schuldenabkommen (...) gelang es dank des Entgegenkommens unserer amerikanischen Freunde, die gewaltige Reparationsforderungen der Feindstaaten (...) bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zurückzustellen, d.h. unsere Gegner des letzten Weltkrieges ad kalendas graecas zu verströmen (...). Es müßte doch unser Interesse sein, diesen Zwischenzustand des Nichtzustandekommens eines Friedensvertrages so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um diese Forderungen unserer einstigen Gegner durch Zeitablauf einer Verwirkung oder Verjährung zuzuführen. Anders ausgedrückt: Man sollte schlafende Hunde nicht we-

ken.« (Zit. n. Paech 1999: 391)

DIE STUNDE DER WAHRHEIT

Im Jahre 1990 schien dann doch der Zahlag zu kommen. Mit der anstehenden deutschen Vereinigung drohte der bislang fiktive Termin für die Zahlung der Reparationen reale Gestalt anzunehmen. Ein formeller Friedensvertrag mußte deshalb unter allen Umständen vermieden werden, um keine neuen Begehrlichkeiten auszulösen. Tatsächlich gelang es der Bundesregierung in dem sogenannten Zwei-Plus-Vier-Abkommen mit den ehemaligen Siegermächten eine schriftliche Fixierung dieser Problematik auszuklammern. Dank der händlerischen Einstellung der Deutschen ging die listige Verschleppungstaktik endgültig auf: Die Zeit hatte ohne großes eigenes Zutun alle Wunden geheilt. »Die Haftpflichtigen«, so der Historiker Jörg Friedrich, »waren seinerzeit zu arm zum Zahlen, die Wohlhabenden von heute sind nicht haftbar.«

Zunächst glaubten die Griechen, daß mit der Vereinigung – auf die sie immer vertröstet worden waren – nun ihre Stunde gekommen sei. Mit einer Verbalnote wandte sich die griechische Regierung erneut an Berlin und bat um eine Behandlung der noch ausstehenden Forderungen. Hier stießen sie jedoch auf pures Unverständnis. Neben dem Verweis auf die »abschließenden« Vereinbarungen des Wiedergutmachungsvertrages von 1960, klärte die Bundesregierung die unwissenden Partner aus Griechenland darüber auf, daß »nach Ablauf von 50 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der internationalen Staatengemeinschaft die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren« habe. Doch nicht genug. Mitglieder des Verteidigungsausschusses, die mit griechischen Parlamentariern über diese Problematik diskutierten, hielten den uneinsichtigen Kollegen aus dem Balkan ihre Hybris vor Augen: Die griechischen Kriegsoffer hätten schon deshalb keinen Anspruch auf Wiedergutmachung, »weil das Land bereits Milliarden von deutschen Touristen kassiert habe.« (Zit. n. Jelpke 1998: 4) Zur selben Zeit sah sich die Bundesregierung sehr wohl in die Lage versetzt, ihrerseits Ansprüche reparationsrechtlicher Natur geltend zu machen. Noch 1995 hatte Bundesaußenminister Kinkel im Hinblick auf Polen geäußert, daß die Frage der Entschädigungszahlung für die nach dem Krieg ausgewiesenen Deutschen weiterhin einer Klärung bedürfte. (Surmann 1999: 140)

Nachdem auch die rot-grüne Bundesregierung an der herkömmlichen Vermeidungsstrategie festhielt und das Thema für erledigt erklärte, sahen sich die griechischen NS-Opfer dazu gezwungen, mit ungewöhnlichen Mitteln zu ihrem Recht zu kommen. Am 4. Mai 2001 wurde von dem obersten griechischen Gerichtshof ein historisches Urteil verkündet. Die Vereinigten Senate des Areopag verwarfen die Revision der Bundesrepublik Deutschland gegen eine Entscheidung des Landgerichts Livadia, mit der 269 Klägern aus Distomo eine Entschädigung in Höhe von rund 55 Millionen DM zugesprochen worden war. Die deutsche Regierung schien sich der griechischen Unterwürfigkeit so sicher gewesen zu sein, daß sie sich in dem Verfahren von Livadia nicht einmal anwaltlich hatte vertreten lassen. Erst als der damalige Präfekt von Böötien, Ioannis Stamoulis ankündigte, er werde Zwangsvollstreckungsmaßnahmen vollziehen und deutsches Staatseigentum beschlagnahmen lassen, legte Berlin Revision ein. (Schminck-Gustavus 2001: 112)

Die Bundesregierung warf Griechenland einen Verstoß gegen das Völkerrecht vor. Das griechische Gericht habe die »universelle Grundsätze der Staaten-Immunität« verletzt, denen zufolge kein Gericht eines Staates einen anderen Staat belangen dürfe. Die Argumentation des Areopag stützte sich

dagegen auf die neue Interpretation des Völkerrechts, mit der die Nato ihre Intervention auf dem Balkan begründet hatte: Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit könnten sich Staaten und ihre Amtsträger nicht auf ihre Immunität berufen, denn die Menschenrechte stünden höher als das zwischenstaatliche Völkerrecht. Der Oberste Gerichtshof Griechenlands folgerte nun, daß es sich bei den »Vergeltungsmaßnahmen« in Distomo um Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehandelt habe und sich die Bundesrepublik in diesem Fall nicht auf die Staaten-Immunität berufen könne. (Siehe dazu: *Kritische Justiz* 3 / 2000: 472–476)

Wer würde sich nicht daran erinnern, wie Außenminister Joseph Fischer vor dem Parlament das Menetekel »Auschwitz« bemühte, um den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen nach 1945 und die Bombardierung Belgrads zu rechtfertigen. Bei den Massakern der Wehrmacht in Griechenland dagegen handelt es sich nach deutscher Auffassung um eine schlichte »Maßnahme der Kriegsführung«. Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahndet dieses Land vornehmlich bei anderen Nationen.

Klaus Ronneberger/Vassilis Tsianos

Literatur:

- Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994
- Fleischer, Hagen: Der Krieg geht weiter. In: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.): Kriegsende in Europa, Essen 1998, S. 168–206
- Deutsche »Ordnung« in Griechenland 1941–1944. In: Loukia Droulia/Hagen Fleischer (Hg.): Von Lidice bis Kalavryta, Berlin 1999, S.151–223
- Schuld ohne Sühne: Kriegsverbrechen in Griechenland. In: Wolfram Wette/Gerd Ueberschär (Hg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S.208–221
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999
- Friedrich, Jörg: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994
- Ihme-Tuchel, Beate: Fall 7: Der Prozeß gegen die »Südost-Generale«. In: Gerd Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt 1999, S. 144–154
- Jelpke, Ulla: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg. Sofortige Entschädigung aller NS-Opfer. Beitrag der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe auf der Konferenz in Delphi (Griechenland) über die griechischen Reparationsansprüche aus der Zeit der deutschen Besatzung, www.pdsonline.de, 1998
- Kramer, Helmut: Kriegsverbrechen, deutsche Justiz und das Verjährungsproblem. In: Wolfram Wette/Gerd Ueberschär (Hg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 493–506
- Paech, Norman: Wehrmachtverbrechen in Griechenland. In: *Kritische Justiz* 1999, S. 380–397
- Perels, Joachim: Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt 1999
- Probleme der Ahndung völkerrechtswidriger Staatsverbrechen. In: Wolfram Wette/Gerd Ueberschär (Hg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 18–32
- Rondholz, Eberhard: »Tausend und bekannte Lidices«. Ungesühnte deutsche Kriegsverbrechen auf dem Balkan. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12 / 1993, 1509–1519
- Schärfste Maßnahmen gegen die Banden sind notwendig. In: *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 14: Repression und Verbrechen, Berlin/Göttingen 1997, S. 130–170
- Rechtsfindung oder Täterschutz? Die deutsche Justiz und die »Bewältigung« des Besatzungsterrors in Griechenland. In: Loukia Droulia/Hagen Fleischer (Hg.): Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror, Berlin 1999, S. 225–291
- Safrian, Hans: Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt 1997
- Schminck-Gustavus, Christoph: Nemesis. Anmerkungen zum Urteil des Areopag zur Entschädigung griechischer Opfer von NS-Kriegsverbrechen. In: *Kritische Justiz* 1 / 2001, S. 111–117
- Schreiber, Gerhard: Täter, Opfer, Kriegsverbrechen in Italien Strafverfolgung, München 1996
- Spiliotis, Susanne-Sophia: Der Fall Merten und die deutsch-griechische »Aufarbeitung« der Besatzungsherrschaft in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges. In: Karl Giebeler/Heinz Richter/Reinhard Stupperich (Hg.): Versöhnung ohne Wahrheit? Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland im Zweiten Weltkrieg. Beiträge einer Tagung in der Ev. Akademie Bad Boll, Mohnsee 2001, S.69–78
- Surmann, Rolf: »...zum Schweigen gebracht«. Das Beispiel Griechenland. In: Rolf Surmann/Dieter Schröder (Hg.): Der lange Schatten der NS-Diktatur. Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung, Hamburg/Münster 1999, S.135–141
- Urteil des Obersten Gerichtshofs (Areopag). In: *Kritische Justiz* 3 / 2000, S. 472–476

*** Griechische Partisanen und Überläufer des 99. deutschen Strafbattalions (vgl. Dertinger 1989: Der treue Partisan)

KOMMUNISMUS UND STAATSBÜRGERSCHAFT

ÜBERLEGUNGEN ZUR EMANZIPATORISCHEN POLITIK AM ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS¹

1.

Ich möchte mit dem beginnen, was ich, ohne überflüssiges Pathos, »unsere Meinungsverschiedenheit« nennen möchte, die im Grunde in den meisten unserer Diskussionen in den 60er und 70er Jahren vorhanden war.

Man könnte sie als eine Variante des Gegensatzes zwischen einem kritischen »Eurokommunismus« und einem mehr oder weniger orthodoxen »Neo-Leninismus« einordnen. Aber diese Etiketten sagen mehr über unsere gegenseitige Wahrnehmung aus, als über unsere wirklichen Positionen, und sie haben den Nachteil, zwei Tatsachen zu verdecken, die mir im Rückblick grundlegend zu sein scheinen. Die eine ist unser beider Anteil an der »strukturalen« Rekonstruktion des Marxismus (...). Die andere Tatsache bezieht sich darauf, dass wir in der angespannten Lage während der politischen Krise 1978 in Frankreich, nach dem Bruch der »Einheit der Linken«, in Bezug auf die Praxis im Grunde die selbe Position hatten. (...)

Ich ziehe es also vor, diese Meinungsverschiedenheit in Form einer Debatte über die zentrale Frage des Staates darzustellen, die

mich dann unmittelbar zu Fragen der Politik bzw. der Politik heute bringt.

Eine Spur dieses Streits findet sich in zwei kritischen Thesen, die Nicos in seinem letzten Buch formuliert.² Die eine besagt, dass die Frage nach der fehlenden Theorie des Politischen im Marxismus schlecht gestellt ist, wenn man sie als die simple Forderung nach einer »allgemeinen Theorie vom Staat« versteht, denn was wirklich fehlt, ist eine spezifische Theorie des kapitalistischen Staates. Die andere widmet sich den »eschatologischen und prophetischen Dogmatismen«, die zuletzt in dem – im Rückblick lächerlichen – Versuch von einigen von uns sichtbar wurden, die Diktatur des Proletariats in dem Augenblick zu »verteidigen« oder noch einmal zu »überdenken«, als sie von den kommunistischen Parteien bereits offiziell fallengelassen worden war.

Damit wir uns richtig verstehen, auch wenn ich in der *Staatstheorie* namentlich zitiert werde, handelt es sich nicht um eine Abrechnung *ad hominem*. Jedoch führten diese Fragen, unter uns gesagt, damals zu tiefen Spaltungen. Diese betrafen zum einen die Kritik des marxistisch-leninistischen Staatskonzepts und die Analyse der Institu-

tionen oder politischen Formen, in denen sich ein neues Kräfteverhältnis abzeichnete, und zwar in dem Moment, in dem der hegemonale Staat der kapitalistischen Bourgeoisie, durch die Internationalisierung des Kapitals (wir sagten damals noch nicht »Globalisierung«) ins Wanken gebracht wurde. Er reagierte auf den Niedergang seiner ökonomischen Effizienz mit einem mehr oder weniger akzentuierten bzw. liberal geschminkten autoritären Kurswechsel.

Poulantzas Vorschlag, den kapitalistischen Staat als eine »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen« zwischen den Klassen aufzufassen, ließ diese Meinungsverschiedenheiten so Gestalt annehmen, weil dieser Vorschlag einigen von uns nicht nur als ein Indiz der historischen Materialität der Staatsapparate erschien (wogegen sich Poulantzas verwehrt), sondern vielmehr dem Staat – durch seine relative Unabhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klasse und dem dahinter stehenden Kapital – die Bedeutung seiner »Autonomie« erst verlieh. Daraus resultieren zwei sehr unterschiedliche Arten, die Wirkung des in den populären Massenbewegungen enthaltenen Elements der radikalen Demokratie auf den Staat bei einem möglichen sozialistischen Übergang zu denken: Entw-

der als Zerschlagen der Apparate, Entstehung des »Nicht-Staates«, oder als radikal-demokratische Transformation seiner Funktionsweise, durch die Herausbildung eines neuen Machtverhältnisses und einer neuen Hegemonie über die intermediären Klassenfraktionen. (...)

In Bezug auf die »Verdichtung der Kräfteverhältnisse« oder »das relationale Verständnis des Staates« habe ich Poulantzas bereits vor langer Zeit Recht gegeben. Zunächst wegen eines Grundes, den er selbst erwähnt, und der ein Unterscheidungskriterium zu Althusser enthält: D. h. nur ein solches Verständnis erlaubt es, dem Mythos der »Äußerlichkeit« der revolutionären Kräfte (Parteien oder Bewegungen) in Bezug auf die Funktionsweise des Staates im fortgeschrittenen Kapitalismus ein Ende zu setzen. Am Schluss komme ich zur Thematik der »Äußerlichkeit« und »Innerlichkeit« zurück, die mir im vorliegenden Fall grundlegend zu sein scheint. Der zweite Grund bringt mich dazu, weiter zu gehen, als er es damals tat, und zwar in Richtung einer dem Staat inhärenten Dialektik der Übertragung und Transformation der Klassenkonflikte (was mich mehr als ihn zu seiner Zeit, dem Vorwurf des »Reformismus« aussetzt): D. h., in die Analyse des kapitalistischen Staates muss man nicht nur die strategischen Effekte der Klassenverhältnisse, die dem »Block an der Macht« inhärent sind, auch nicht bloß die »Errungenschaften« der Kämpfe zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen (Kapital und Arbeiter) einbeziehen, sondern auch die institutionellen Modi der Regulierung dieser Kämpfe und im Gegenzug ihre Wirkung auf die Bestimmung der Klasse selbst, angefangen bei der Arbeiterklasse (obwohl, so scheint mir, Poulantzas eben gerade wegen der Klassenposition an der Idee einer konstitutiven Funktion des Staates bei der Formierung des »Block an der Macht« festgehalten hat, sprach er nicht über eine determinierende Funktion der staatlichen Institutionen in der Geschichte der Formierung der Arbeiterklasse, um einen Moment lang die Sprache von E. P. Thompson zu gebrauchen).

Was mich dazu bringt, die genau begrenzte Verwendung der Kategorie des national-sozialen Staates (*Etat national social*) vorzuschlagen, um bestimmte Fragestellungen hinsichtlich der Transformation des politischen Feldes weiterzuführen, dem Poulantzas im wesentlichen seine Arbeit widmete.

Auf der anderen Seite würde ich sagen, dass ich heute versucht bin, die Staatstheorie und die epistemologischen Probleme, die sie betrifft, die Idee der »relationalen Theorie« – oder wenn man so will, der strukturalen – eine Stufe voranzutreiben. Es gibt nicht nur keine »Substanz« oder gegebene Objektivität der Staatsmacht außerhalb der »Geschichte seiner Konstitution und Reproduktion« (22), sondern man kann den Staat auch nicht von den Konfigurationen der sozialen Verhältnisse »trennen«. Auch wenn der Staat nicht aufhört, sich als »Motor« darzustellen (um als *Befehlsmacht* wahrgenommen zu werden und sich selbst als *Befehlsmacht* wahrzunehmen: Man weiß, dass im Griechischen beide Bedeutungen im Begriff »arche« verschmolzen sind), ist er immer nur die Ordnung und Aneinanderreihung der *Effekte*, selbst wenn einige unter ihnen sehr

POULANTZAS LESEN.

Poulantzas wurde 1936 in Athen geboren, schloss sein Studium 1957 ab, um nach seinem dreijährigen Militärdienst nach Deutschland zu gehen. Er beabsichtigte an der Münchener Universität zu promovieren, verließ die Stadt aber bald wegen der reaktionären Atmosphäre in Richtung Paris. Ab Mitte der sechziger Jahre gehörte er dort dem sogenannten Althusser-Kreis an, der an einer neuen Interpretation der Marxschen Schriften arbeitete. Unter Einfluss der psychoanalytischen Arbeiten Jacques Lacans, der Philosophie Spinozas und dem Strukturalismus entwickelten Althusser, Balibar, Rancière und andere einen Ansatz, der theoriepolitisch ein Angriff auf jene damals im »Westlichen Marxismus« vorherrschende Vorstellung war, nach der eine an Hegel orientierte dialektische Betrachtungsweise das beste Heilmittel gegen jede Art von Dogmatisierung und Stalinisierung des Marxismus darstelle. Aber die Opposition als eine zwischen Dialektik und Struktur darzustellen, greift zu kurz. In Poulantzas' späterer Einschätzung war der Strukturalismus eher die »Kinderkrankheit« denn das Wesen des Althusserismus. Die Kritik der hegelianischen Dialektik war in erster Linie eine Kritik an der Vorstellung eines linear verlaufenden historischen Prozesses und dessen Finalität sowie die in der marxistischen Version dieser Dialektik implizierte Idee, wonach die Arbeiterklasse Träger der Allgemeinheit sei. An die Stelle von Begriffen wie »Wesen«, »Oberfläche« und »Er-

scheinung« traten entsprechend jene über Lacan letztlich Freud entlehnten Begriffe wie »Überdeterminierung«, »Verdichtung« und »Verschiebung«, mit denen Poulantzas auch in seinen späteren Schriften arbeitete. Begriffe, die es eben auch ermöglichten, eine von der traditionellen Arbeiterbewegung verschiedene transformatorische Politik zu denken.

1968 erscheint »Politische Macht und gesellschaftliche Klassen«. Poulantzas stellt sich darin Frage, wie sich die Klassen wechselseitig und im Verhältnis zum Staat konstituieren. Er bezieht sich dabei auf Gramscis Überlegungen zur Hegemonie, arbeitet den Hegemoniebegriff aus und versucht in späteren Arbeiten eine Systematisierung, die später in der »Staatstheorie« münden. Darin entwickelt Poulantzas einen relationalen Begriff des Staates als sozialem Verhältnis. Der Staat kann demnach nicht als »Instrument« betrachtet werden, eine leere Hülle, derer sich die je stärkste gesellschaftliche Gruppe bemächtigt, noch als Subjekt, das eine abstrakte Macht jenseits der Klassenstruktur besäße. Er ist vielmehr der Struktur nach weder nur juristisch, noch rein politisch, sondern erzeugt die Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise, indem er den Kampf der Klassen aus der ökonomischen Sphäre in die politische verlagert. Er ist in Poulantzas, Konzept sowohl Kristallisationspunkt als auch Ort der Klassenauseinandersetzungen. Daraus ergibt sich notwen-

dig die Überlegung, Poulantzas' Konzept weiterzudenken. In seinem letzten Interview deutet er noch einmal die Notwendigkeit an, die ökologischen und feministischen Kämpfe in diese Analyse mit einzubeziehen. Der Staat ist nicht nur der stets ungleiche Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, sondern durch vielfältige Widersprüche konstituiert.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um Globalisierung und dem im »Meer der Gesichter von Genua« (Negri/Hardt) sich abzeichnenden Widerstand gegen ihre kapitalistische Gestalt, werden Poulantzas' Thesen aktueller denn je.

Aber nicht im Sinne einer Denunzierung der Bewegung, die nicht ausreichend staats- und kapitalismuskritisch sei. Sondern in einer Weise, die versucht zu begreifen, warum die Kritik etwa der »neoliberalen Globalisierung« scheinbar notwendig in eine Verteidigung des »sozialdemokratischen Staates« mündet und wie man eine dazu alternative Politik entwickeln kann. Eine Politik, die anstatt in der Alternative von reformistischer »Eroberung« von Teilen des Staatsapparates und einer Strategie des »Kommunismus von Außen« zu verbleiben, versucht, die gegenwärtigen Brüche und Kulminationspunkte innerhalb des Staates, verstanden eben als einer Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen, zu bestimmen. Eine solche »konkrete Analyse der konkreten Situation« könnte dazu beitragen, Modi des Politischen zu entwickeln, die die Linke aus ihrer gegenwärtigen Lähmung herausführen könnten. Ein Beitrag zu dieser noch zu führenden Diskussion stellt aus unserer Sicht Etienne Balibars Vortrag »Kommunismus und Staatsbürgerschaft« dar, der aus einer Analyse des Verhältnisses linker Politik zu staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, Schlussfolgerungen für eine Rekonstitution linker Politik zu ziehen versucht.

dauerhaft sind und sich alle in eine institutionelle Materialität einschreiben. Dem muss man folgendes hinzufügen: Die sozialen Verhältnisse, von denen wir hier sprechen, können nicht auf Klassenverhältnisse oder ausbeuterische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse reduziert werden (was aber nicht bedeutet, man könne diese Verhältnisse vernachlässigen oder vergessen): Es handelt sich außerdem um »ideologische« Verhältnisse, die unabhängig oder wenn man so will »überdeterminiert« sind. Ich würde eher von *symbolischen* Verhältnissen oder Beziehungen sprechen, die im Ele-

ment des kollektiven Imaginären erzeugt werden, da der Begriff der Ideologie erheblich durch einen reduktionistischen Gebrauch geprägt ist. Aber der kombinierte Effekt der Klassenverhältnisse und der symbolischen Beziehungen in den determinierten institutionellen Handlungen entsprechen keinem invarianten Schema, weder in der »longue durée«, noch in der Konjunktur. Dies ist selbstverständlich ein wesentlicher Punkt, z.B. bei den Formen und aktuellen Auswirkungen des Nationalismus als aggressive und defensive Praxis des Staates (darin ist eingeschlossen, was ich »supranationalen«, z.B. europäischen Nationalismus, nenne). Man könnte sagen, dass der Staat – in einer starken Bedeutung – nicht existiert, d.h. er existiert nicht als *eigenständige* Instanz. Das, was »existiert«, sind die Kräfte und die Kräfteverhältnisse (darin eingeschlossen, die symbolischen und »immateriellen« Kräfte), die in der Form des Staates materiell verbunden sind.

2.

Von diesen Prämissen aus, werde ich folgendermaßen vorgehen. Zunächst möchte ich an einige *politische* Vorschläge von Poulant-

zas erinnern, die die Krise des Staates und der staatlichen Praktiken betreffen, und die ich mir zunutze machen möchte, um einige Anmerkungen über die Allgegenwärtigkeit dieser »Krisen«-Thematik in unserem Diskurs zu formulieren, eine Thematik, von der besonders die Schriften Poulantzas Zeugnis ablegen. Danach werde ich mich ein wenig mehr mit der Analyse des kapitalistischen Staates in Begriffen eines »national-sozialen Staates« und seiner Krise als einer des national-sozialen Staates beschäftigen. Schließlich werde ich eine Antwort auf die Frage skizzieren, die ich im Titel meines Vor-

trags gestellt habe: Die nach einer emanzipatorischen Politik, die sich immer auf das Doppelverhältnis von Kommunismus und Staatsbürgerschaft beziehen muss. (...)

Gehen wir von einigen in der *Staatstheorie* formulierten Thesen aus: Ich teile sie in zwei Gruppen, entsprechend dem weiter oben dargestellten kritischen Gegenstand (...). Es geht also zunächst um die Frage des Verhältnisses zwischen »dem Staat und den Volkskämpfen«, also um die Anwesenheit der beherrschten Klassen im Zentrum des Staates selbst, und die Konsequenzen, die diese Anwesenheit für die Geschichte der Demokratie hat. Ferner um die Frage nach der »nationalen Form des Staates«, also des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital, das vor dem Horizont des Verhältnisses zwischen revolutionärem Kampf und Nationalform betrachtet wird.

Beginnen wir mit dem Staat und den beherrschten Klassen. Es ist bekannt, dass Poulantzas darauf besteht, dass die eigenständige Materialität des Staates anerkannt werden muss (gegen instrumentelle Repräsentationen oder, umgekehrt, gegen die Staatsmacht): Aber er existiert nur als Aktivität, als Modalität einer historisch entwicklungs-fähigen Wirkung der Klassenkämpfe, in der die Gesamtheit der sozialen Bewe-

gungen artikuliert werden muß. Hinsichtlich dieser Dynamik könnte man sagen, dass die Staatsform in einem unendlichen Prozess immer gleichzeitig konstituierend und konstituiert ist.

»Es ist also theoretisch zu erklären« schreibt Poulantzas in der *Staatstheorie* (116) »wie der Klassenkampf, speziell der politische Kampf um die politische Herrschaft, im institutionellen Gerüst des Staates eingeschrieben sind (...) und zwar so, dass die unterschiedliche Formen und historischen Transformationen dieses Staates erklärt werden können.« Um ihn wirklich zu verstehen, muss man die Rolle erklären, die der Staates gleichzeitig in Beziehung zu den herrschenden Klassen und den beherrschten Klassen spielt. Und weiter unten heißt es: »Der Staat konzentriert in sich nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Fraktionen des Blocks an der Macht, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen diesem Block und den beherrschten Klassen (...)« Tatsächlich jedoch verlaufen die Volkskämpfe quer durch den Staat, und zwar nicht in der Weise, daß sie von außen in ein in sich geschlossenes Ganzes eindringen. Die politischen Kämpfe, die auf den Staat zielen, durchziehen seine Apparate, weil sie bereits in das Raster des Staates eingeschrieben sind, dessen strategische Konfiguration sie vorzeichnen.« (130–131)

Ein wenig weiter unten schränkt Poulantzas die Reichweite der allgemeinen These ein, wobei er das Modell der Doppelherrschaft nicht nur als Schema des revolutionären Übergangs, sondern auch als Beschreibung der Spannungen und Widersprüche des demokratisch-kapitalistischen Staates zu Recht ablehnt: »Dagegen existieren die beherrschten Klassen nicht mit Hilfe von Apparaten, die ihnen eine *eigene Macht* geben, sondern im wesentlichen in Form von Oppositionszentren gegenüber den herrschenden Klassen. (...) Sie ist auch aufgrund des materiellen Aufbaus des Staates unmöglich. Dieser Aufbau besteht aus internen Reproduktionsmechanismen des Verhältnisses von Herrschaft und Unterordnung. Die beherrschten Klassen sind in seinem Aufbau präsent – aber eben nur als beherrschte Klassen. (...) Die Volksklassen sind schon immer im Staat präsent gewesen, ohne dass das jemals etwas an dem harten Kern dieses Staates verändert hätte.« (132–133) Man sieht, dass Poulantzas hier nicht nur die Illusionen einer »Neutralität« eines Staates der über den Klassen stünde, zurückweist, sondern auch und viel subtiler ein gewisses »machiavellistisches« Schema, wonach sich die Konstitution des Staates auf die beherrschten Klassen selbst »stützt«, oder besser, auf die dynamische Konfiguration ihrer Kämpfe und Forderungen und der Kraft, die diese entwickeln. Dennoch kommt Poulantzas im letzten Abschnitt seines Buches und in seinen Schlussfolgerungen – immer aus der Perspektive einer Kritik eines marxistischen Instrumentalismus – ausführlich auf die Volkskämpfe und die Art, wie sie den Staat durchziehen, zurück und legt vor allem dar, wie sich diese Effekte ins Herz der »ökonomischen Staatsfunktionen« einschreiben (dies führt gezwungenermaßen dazu, die Vorstellung des Wohlfahrtsstaates, als einem Gebilde mit ausschließlich sozialen Funktionen, die den organischen Staat von außen kommend ergänzen, der dann wiederum im Prozess der Kapitalakkumulation Mängel produziert, zu überwinden.) »Einerseits existieren keine Staatsfunktionen zugunsten der Volksmassen, die auch von den Volksmassen eingesetzt sind und andererseits keine ökonomischen Funktionen zugunsten des Kapitals.«³ Er erwähnt dabei die Beschränktheit der »Beziehung zwischen der politischen und der ökonomisch-sozialen Demokratie«. Dies alles läuft auf eine Hauptthese zu, die ein wenig abstrakt bleibt, obwohl sie offensichtlich in seinem Plädoyer für einen »demokratischen Sozialismus« wesentlich ist, sie ist auf die repräsentative Demokratie bezogen, die immer als geschichtliche Verbindung der unterschiedlich starken populären Klassen-

kämpfe und dem jeweiligen Entwicklungsstand der politischen Demokratie existierte.

Machen wir eine kurze Pause, um das Fehlen eines Schlüsselbegriffs der politischen Tradition in Poulantzas' Terminologie hervorzuheben, dessen Gebrauch heute wieder fast allgegenwärtig geworden ist und den ich selbst für einen Augenblick benutzen möchte, um zumindest einem Teil der Verwirrungen zu entgehen, die diese Inflation hervorbringen: Es ist der Begriff der Staatsbürgerschaft (*citoyenneté*). Obwohl man dies nicht erwarten würde, wird dieser Begriff zumindest bei der Diskussion der Alternative zwischen Demokratie und Autoritarismus von ihm tunlichst gemieden.

Dafür gibt es mehrere Gründe, die ich ungeordnet aufzähle: Einer ist vermutlich seine Weigerung, das Konzept der Staatsbürgerschaft (*politeia*), dieses Modell oder diesen Mythos, dass für ihn aus sprachwissenschaftlichen Erwägungen mit einer völlig anderen historischen Realität, der griechischen Polis, auf das engste verbunden war, zu übertragen (andere verzichteten darauf nicht: siehe Castoriadis); näher ist uns die zentrale Funktion der Idee des *Bürgertums* (i.O. deutsch) in dem Teil der marxistischen Tradition (von Jaurès und Bernstein), auf den sich Poulantzas niemals berufen hätte; und die Stärke einer, der hegelmарxistischen Tradition entstammenden Kritik des Rechtsformalismus in Poulantzas' Werk (die umso bemerkenswerter ist, da er hier im Unterschied zu vielen anderen Hegel von innen betrachtet) und der aus ihr folgenden Thematisierung der Verfassung, zugunsten der Analysen von Kräfteverhältnissen und sozialen Konfigurationen; und last but not least, seine bewusste Ablehnung der Vorstellung von einem politischen Gleichgewicht zwischen »Macht« und »Gegenmacht« im Regierungssystem, die organisch zu einer bestimmten Definition von Staatsbürgerschaft gehört (insbesondere im amerikanischen Republikanismus), und diese Form hat sie selbst dann noch, wenn sie die Entwicklung von gewerkschaftlichen Klassenorganisationen im nationalen Rahmen berücksichtigt.

Aber dies führt unmittelbar zu einer zweiten Gruppe von Thesen. Es ist bekannt, dass die Reflektion über die Nationform und den nationalen Charakter des kapitalistischen Staates, sowie die daraus folgenden politischen Konsequenzen, eine der Besonderheiten von Poulantzas letzten Buch ausmachen. Dies nicht nur im Vergleich zu seinem bisherigen Werk, sondern auch im Vergleich zur Mehrheit der zeitgenössischen marxistischen wie nicht-marxistischen Politologie (mit bemerkenswerten Ausnahmen, wie man hinzufügen muss).

Ich muß hier gestehen, dass ich einige Jahre gebraucht habe, auch unter dem Eindruck einer neuen, durch das Wiederaufleben der Nationalismen in Europa und besonders in Frankreich, markierten Konjunktur, um genau das, als den »blinden Fleck« der marxistischen Theorie und einen der entscheidenden Aspekte der Theoretisierung des Politischen zu bestimmen. Ich möchte dazu einfach zwei Formulierungen von Nicos verwenden.

Zunächst möchte ich die deutliche Kritik an allen Versuchen einer »Ableitung« (i.O. deutsch) der nationalen Staatsform aus den Marktbeziehungen und den Bedingungen der Kapitalzirkulation – im bekannten Kapitel zur »Nation« (85f) – in Erinnerung rufen. Im »Prozess ohne Subjekt des Klassenkampfes« (108) oder sogar noch in der politischen Gestalt der Mächte und Transformationsfaktoren, die die Geschichtlichkeit des Kapitalismus ausmachen, so eine Formulierung Poulantzas, die sich an den besten Gedanken Althusser's orientiert, ist nach dem Geheimnis jener Artikulation von Kapitalismus, Staat und Nation zu suchen, welches dazu führt, dass diese nicht aufeinander reduzierbaren Begriffe in der Praxis stets zusammen auftreten. Derart, dass die moderne Nation tendenziell mit dem Staat zusammenfällt, »in dem Sinne, daß der Staat

sich die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenzen. Der Staat funktioniert auf der Grundlage der Nation.« (91)

Ich möchte weiterhin darauf aufmerksam machen, dass Poulantzas in den Studien zur nationalen Frage auf dem besteht, was ich den Gesichtspunkt der Beherrschten oder der beherrschten Klasse nennen möchte: »Das wirkliche Problem ist aber natürlich das Verhältnis der Arbeiterklasse zur modernen Nation. Diese tiefgreifende Verhältnis wurde vom Marxismus weitgehend unterschätzt« (110) Es ist klar, dass diese Frage nicht nur wichtig für die Analyse der Vergangenheit ist, sondern auch für die Lösung brennender »strategischer« Fragen. Dies führt uns zu den gleichzeitig gewagtesten und, man muss es betonen, missverständlichsten Formulierungen von Poulantzas (eine Missverständlichkeit, die nichts mit einem Unvermögen des Autors zu tun hat, sondern in der Sache liegt) und zwar dort wo diese zu zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen Thesen verknüpft werden: Einerseits soll die Wichtigkeit der nationalen politischen Formation als Rahmen der Prozesse sozialen Übergangs bekräftigt werden; andererseits muß man im Internationalismus der Arbeiterklasse eine fundamentale Eigenschaft der demokratischen Kämpfe und der Volkskämpfe sehen, die Poulantzas im Laufe seiner weiteren Argumentation zu einem Ziel der revolutionären Praxis erklärt. Dabei erwähnt er die Phänomene der Transnationalisierung des Kapitals ebenso, wie die Partizipation der Migranten an den Massenkämpfen neuen Typs, wie auch an im Entstehen begriffenen Formen direkter Demokratie.

Die Schwierigkeit, einen Begriff zu finden, denke ich, wird im wesentlichen durch das schwere Erbe der Formen verursacht, die die Komintern-Organisationen hinterlassen haben, d.h. jene in Gestalt eines Gegen-Imperialismus auftretenden Abirrungen und Perversionen des Internationalismus, der nicht zögerte, die grundlegenden Eigenschaften seines Kontrahenten zu reproduzieren, wovon sich der historische Kommunismus noch nicht erholt hat.

In Wirklichkeit bestand die »dialektische Lösung« des Problems eines *spezifischen Verhältnisses* zwischen der Arbeiterklasse und ihrer Politik in der Nationform schließlich darin, sich in kleine Worte wie »gewisse«, »richtig«, »authentisch« zu flüchten: »Der Nationalstaat als Einsatz und Ziel der Arbeiterkämpfe stellt auch die Wiederaneignung ihrer Geschichte durch die Arbeiterklasse dar. Das kann natürlich nicht ohne Transformation des Staates geschehen, damit ist aber auch die Frage eines gewissen Weiterbestehens dieses Staates unter seinem nationalen Aspekt beim Übergang zum Sozialismus gestellt. (...) die nationale Ideologie der Arbeiterklasse als zugleich richtiger Ausdruck des Internationalismus und als Auswirkung des bürgerlichen Nationalismus auf die Arbeiterklasse; dieser bürgerliche Nationalismus hätte dennoch nicht die massiven und fürchterlichen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse haben können, die er gehabt hat – er führte sie in die Blutbäder der national-imperialistischen Kriege –, wenn er nicht auf der Materialität der Konstituierung und des Kampfes der Arbeiterklasse beruhte und mit dem authentischen Arbeiteraspekt der nationalen Ideologie verknüpft wäre.« (111f) Was bleibt, ist, dass das Problem gestellt wurde und auch wir selbst weit entfernt davon sind, es gelöst zu haben.

Ich möchte, um diesen ersten Punkt abzuschließen, die folgende Bemerkung machen. Zwischen diesen zwei Argumentationssträngen, die einen fragen nach den Orten und Effekten der Volkskämpfe im Staat, die anderen nach der nationalen Form des kapitalistischen Staates, bleibt eine Verschiebung und als Folge davon eine ungelöste Spannung bestehen, obwohl sie selbstverständ-

lich auf ein und dasselbe Ziel zulaufen, das darin besteht, in konkreten Begriffen die Notwendigkeit einer sozialistischen Demokratie und eines demokratischen Sozialismus zu begründen.

Im Grunde genommen scheint Poulantzas, obwohl er sich bewusst auf eine »relationale« Konzeption der Macht und des Staates zubewegt hat (er hat zu deren Begründung selbst beigetragen), gezögert zu haben, die strategische Bestimmung zu denken, wonach die Reproduktion und der Widerstand der Volksklassen sogar auch für die Regulierung der Konstitution des »Blöcks an der Macht« entscheidend sind, (während er nicht aufhört zu behaupten, dass »der Kampf der Klassen die Institutionen übersteigt«), und andererseits scheint er auch dazu geneigt zu haben, die *grundlegende Bedeutung »der Nationform« für den kapitalistischen Staat* auf die Arbeiter- oder Volkskomponente des Nationalismus zu reduzieren (während sie doch ständig der Hegemonisierung durch den bürgerlichen Nationalismus ausgesetzt ist). Mit anderen Worten, einerseits räumt er den Arbeiterkämpfen in der Geschichte der Transformationen des kapitalistischen Staates nicht genug Geltung ein, andererseits gesteht er möglicherweise dem Nationalismus der Arbeiterklasse zuviel Autonomie gegenüber dem bürgerlichen oder herrschenden Nationalismus zu, genau zu dem Zeitpunkt, als er diesen Nationalismus die Aufgabe aufbürdet, den Weg für seine eigene Überschreitung zu ebnet.

Ich vermute, dass dies mit den schwierigen und interessanten Formulierungen in Zusammenhang steht, die in den letzten Texten von Poulantzas die Gestalt einer Diskussion eines Konzepts der »Krise« annehmen: Dort gelingt es ihm, sich von gewissen von der Romantik (einschließlich der Marx'schen Romantik) geerbten apokalyptischen Formulierungen zu lösen, d.h. von einem Schema, nach dem selbst die Verschärfung der Krise zum Grund und Zeichen einer unmittelbar bevorstehenden »Lösung« wird (dies trifft besonders auf seine feinen Unterscheidungen zwischen Faschisierung des Staates, diktatorischen Lösungen interner Machtkonflikte, autoritärem Etatismus, etc. zu). Und man sieht an jedem dieser letzten Texte, dass Poulantzas der Idee anhing, dass eine, während der »Hegemonie-« oder »Legitimationskrise des Staates« mögliche autoritäre Entwicklung, (durch sich) selbst eine anhaltende Verpflichtung zum sozialistischen Übergang darstellt, wie man es insbesondere am Widerstand der Arbeiterbewegung gegen ihre vollständig Sozial-Demokratisierung sehen könne.

3.

Ich werde also jetzt zum zweiten Punkt übergehen und versuche zunächst zu erklären, weswegen es mir nützlich erscheint, einen Teil der Fragen, die Poulantzas gestellt hat in Begriffen einer Krise »des national-sozialen Staates« neu zu formulieren. Ich hoffe, es wird deutlich, dass es sich dabei nicht um den Versuch einer posthumer Einverleibung, sondern um eine gemeinsame Überlegung handelt, die über einen langen Zeitraum hinweg zwischen mehreren Forschern zirkuliert. Ich will versuchen, das, was ich gemeinsam mit einigen anderen den »national-sozialen Staat« nenne, durch zwei wechselseitig historische Thesen zu charakterisieren.

Die eine besteht in der Beobachtung, dass die Regulierung (und nicht, wie man manchmal zu Unrecht denkt, »die Integration«) der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teiles der Lohnarbeiter, die als »Wohlfahrtsstaat«, *Welfare State* oder *Sozialstaat* (i.O. deutsch) bezeichnet wird, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit sei-

ner Hegemonie waren, die gleichzeitig durch interne (soziale, religiöse, ethnische Konflikte) und externe (Kriege, Kolonisierung) Krisen und Widersprüche teilweise in ihrer Existenz bedroht war. Es gibt keine »natürliche« Beständigkeit oder Trägheit der Nation. Diese muss vielmehr durch eine bestimmte Politik »reproduziert« werden, die zu einem wesentlichen Teil Sozialpolitik war, teils durch Kämpfe innerhalb derselben durchgesetzt, teils machiavellistisch »von oben« geschaffen. Aber die reziproke These lautet, dass die – letzten Endes zu Gunsten der herrschenden Klasse – vorgenommene

der Konstitution der Klassen und der historischen Perspektive, in die man sie einordnen kann.

Diese These bedarf in meinen Augen zweier grundlegender Ergänzungen. Die eine betrifft die Transformation der Frage der Staatsbürgerschaft, die andere das Verhältnis dieser zum Gegensatz von »Zentrum« und »Peripherie«.

Was die Staatsbürgerschaft betrifft, muß man zuerst sagen, dass die Konstitution des national-sozialen Staates darin mündete, eine Äquivalenz zwischen Staatsbürger-



Regulierung der Klassenkämpfe, allgemeiner, der sozialen Konflikte, niemals möglich gewesen wäre ohne den Prozess der Einsetzung der Nationform, *dieser Form der privilegierten Gemeinschaft*, die sakralisiert und säkularisiert zugleich ist. (denken wir hier an den »nationalen-popularen Willen« von Gramsci oder an »die Erfindung der Nation« von Benedict Anderson). Dies ist der »Tugendkreis« (»cercle vertueux«); der es der politischen Geschichte der Moderne erlaubt hat, zweifellos zum Preis von Gewalt, Zwängen und Illusionen, sich zumindest für eine gewisse Zeit an bestimmten Orten und in bestimmten Grenzen einzurichten. Dieses institutionelle Resultat lässt sich m.E. am besten »national-sozialer Staat« nennen, ohne den provokatorischen Charakter des Ausdrucks zu fürchten, d.h. ihn nicht als eine getarnte Variante des Nationalsozialismus zu verstehen, sondern im Gegenteil als eine Alternative zur »Lösung« die dieser im Rahmen eines bestimmten Konjunktur darstellte. Man bemerkt, dass es sich um eine eigenständige Phase in der Geschichte des Staates handelt, die »organisch« ist für eine ganze Periode der Geschichte des Kapitalismus (selbst wenn sie sich sehr ungleich entwickelt (...)) und in ihr wurden unumkehrbare Effekte produziert, einschließlich

schaft und *Nationalität* zu »zementieren«, die tendenziell seit ihrer Gründung in die Nationalstaaten selbst eingeschrieben war, im besonderen bei den aus den populären (sogenannten bürgerlichen) Revolutionen des klassischen Zeitalters hervorgegangenen Staaten, die aber nie ohne Rest oder widerspruchsfrei geblieben sind. Die große, typisch moderne Gleichung (...), die auf bewunderungswürdige Weise die Vieldeutigkeit eines Begriffs wie *citizenship* im amerikanischen Sprachgebrauch zum Ausdruck bringt, hat von nun an nicht nur eine formale »Volksouveränität« zum Inhalt, sondern ein Ensemble sozialer Rechte, die dazu tendieren, der Staatsbürgerschaft selbst einverleibt zu werden (selbst wenn diese Einverleibung stets umstritten ist) und die, weit davon entfernt, mit den politischen Rechten in Widerspruch zu stehen (wie es die ganze Tradition des »reinen« Liberalismus gerne hätte) in gewissem Sinne *der politischste Teil der Staatsbürgerschaft* sind. Diese Rechte transformieren die Staatsbürgerschaft in eine soziale, die selbstverständlich in dem Maße Wirkmächtigkeit gewinnt, indem ihre Garantie und ihre Entwicklung auf der Wichtigkeit der staatlich anerkannten und organisierten sozialen Kämpfe basiert.

Die nationale Zugehörigkeit konstituiert im Gegenzug die Grundlage des Zugangs zu den sozialen Rechten, angefangen bei der Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitspolitik, (all das, was Foucault »Bio-Politik« nennt) bis hin zur Arbeitslosen- und Altersversicherung, und selbst wenn die ausländische »immigrierte« Arbeiterschaft mehr oder weniger vollständig im nationalen Raum in das Feld der sozialen Rechte integriert ist, nicht aber in den der politischen Rechte, entsteht hier ein mächtiger Spannungsherd und gegebenenfalls Gewalt.

Es muss aber vor allem gesagt werden, dass die Verwirklichung einer neuen historischen Form von Staatsbürgerschaft, der »sozialen Staatsbürgerschaft«, innerhalb der nationalen Form, genauer im Rahmen des hegemonialen national-sozialen Staates eine neue gesellschaftliche Dialektik zwischen dem Politischen und dem Klassenkampf einleitet. Man muss hier vor allem die herrschende Perspektive umstürzen und die politische Form von »unten«, anders gesagt »aus der Perspektive von denen da unten« betrachten, so wie es auch wichtig ist, um die Komplexität der Beziehungen zwischen Kapital und Staat in den Blick zu bekommen, von der Idee einer »Ableitung« oder »des Mechanismus« loszukommen. Diese beiden Dinge gehören im Übrigen zusammen. Mehrmals betont Poulantzas, dass der zeitgenössische Staat einen Prozess der Individualisierung der Subjekte bewirkt. Hierbei handelt es sich um die grundsätzliche Dimension der Staatsbürgerschaft, die bereits bei Hegel, im Zentrum seiner Theorie der Verhältnisse zwischen der zivilen Gesellschaft und dem Staat formuliert wurde. Aber die Entwicklung einer sozialen Staatsbürgerschaft zeigt, dass es keinen Gegensatz, sondern im Gegenteil eine strikte Komplementarität zwischen dem Individualisierungsprozess und der Entstehung von Kollektiven gibt, die ein Bewusstsein über ihre eigene Kultur entwickeln, wobei sie in den meisten Fällen, zumindest was die Arbeiterklasse anbelangt, historisch an Widerstand und Kampf gebunden sind. Umgekehrt sieht man auch, dass in dem Moment der Krise der sozialen Staatsbürgerschaft, die durch eine neue Phase der Überausbeutung der Arbeitskraft hervorgebracht wird, die die nationalen Grenzen sprengt, auch eine Auflösung der kollektiven Vorstellungen und eine Rückentwicklung der individuellen Rechte entsteht, die schließlich die Persönlichkeit selbst in Gefahr bringen, in Gestalt jener Ausschlussformen, die R. Castel zurecht »Entkopplung« (*désaffiliation*) nannte. Schließlich sollte man hervorheben, dass die Umsetzung des national-sozialen Staates den Widerspruch zwischen mehreren Aspekten der Universalität, die für die politische Moderne charakteristisch sind, verschärft und verlagert. Diese verschiedenen Aspekte erscheinen immer gleichzeitig auf der symbolischen wie auch auf der realen (wenn man so will ökonomischen) Ebene, wobei die einen nicht weniger determinierend sind als die anderen. Es handelt sich hierbei, wenn man so will, um eine Übersetzung dieser »Interiorisierung [intériorisation] der globalen Widersprüche«. (...) Auf der einen Seite stellt die Entstehung einer sozialen Staatsbürgerschaft (oder das Ensemble der sozialen Rechte, welches in die Staatsbürgerschaft eingeschrieben ist, die aus jedem Individuum einen Quasi-Besitzer eines Teils des kollektiven Besitzes, wenn auch sehr beschränkt, macht) die ursprüngliche und entscheidende Entwicklung dessen dar, was wir *intensive* Universalität nennen können, d. h. einer Gleichheit, die nicht nur formell ist, sondern einen genau konturierten materiellen Gehalt hat. Es ist durchaus wesentlich für diese Ansicht, dass die kollektiven Regime der sozialen Sicherheit (...) nicht als Fürsorgeregime angesehen wurden, die sich mit Methoden der umgekehrten Diskriminierung besonders an die Armen und Arbeiter gerichtet hätte, sondern sie haben sich als universelle dargestellt, von denen alle *Staatsbürger* der betroffenen Län-

der profitieren sollten, in jedem Falle aber alle Staatsbürger, die am Arbeitsleben teilhatten, das dadurch auch als eine Grundlage der Zugehörigkeit zum Staat (*»Cité«*) fungierte (genau das wird durch die Massenarbeitslosigkeit und die stattfindende Expansion der neoliberalen Ideologie gerade mehr oder weniger grundsätzlich in Frage gestellt). (...)

Aber andererseits beinhaltet die Tatsache, dass die soziale Staatsbürgerschaft bloß in der beschränkten Form nationaler »Sozialpakete« im Rahmen eines national-sozialen Staates existiert hat, (...) offensichtlich eine

der Migration zeigt. Es handelt sich um *Wohlstandsgefälle* (i. O. dt.) (um einen Ausdruck des deutschen Ökonomen Georg Vobruba zu benutzen), die sich von nun an im Rahmen eines jeden politischen Ensembles vertiefen und die Reproduktion des dynamischen Gleichgewichts jedes politischen Ensembles in Frage stellen, in dem Maße, in dem die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie nicht mehr eine zwischen nationalen Formationen ist, sondern in entscheidender Weise auch innerhalb dieser Formationen stattfindet. Nicht nur schaffen die traditionellen Nationalstaaten unter der

internationalen politischen Initiativen ein, die zum Vorschein bringen, was man eher als eine *präventive Konterrevolution*, denn als einen Neoimperialismus bezeichnen könnte. Denn das Ziel ist nicht die Eroberung territorialer Einflusszonen, was in einer Zeit der endgültigen Delokalisierung des Prozesses der Produktion und der Aneignung des Mehrwerts sinnlos geworden ist; sondern im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten einen Krieg aller gegen alle ins Leben zu rufen, eine Situation endemischer Gewalt, in der die Entstehung einer transnationalen sozialen, multiethnischen, multikulturellen Bewegung sich als unmöglich erweist.

Die Frage ist, ob eine solche »Politik«, (...), in der sich finanzielle, militärische, humanitäre Aspekte miteinander verbinden und die man, so glaube ich als »präventive Konterrevolution« charakterisieren kann, ihrerseits als Antwort eine »Revolution« hervorrufen wird oder wenn man so will eine Gegen-Konterrevolution (...) Diese Politik, kann man auf die Verfolgung der Interessen der herrschenden Klasse oder einer ihrer Fraktionen zurückführen, was im Besonderen bedeutet, dass die Effekte der Reproletarisierung der globalen Arbeiterklasse keineswegs ökonomisches Schicksal sind (man könnte sogar sagen, dass sie ökonomisch eher kontra-produktiv sind). Aber diese Politik kann durch die sozialen Kräfte, die Arbeiter, die unterdrückten Völker, die revolutionären Intellektuellen, die anderen emanzipatorischen und Widerstandsbewegungen die alle zusammen jene fortschrittliche Tradition bilden, die man die Linke oder »das Volk« nennt, nicht einfach umgedreht werden. Die dramatische historische Erfahrung des 20. Jahrhunderts kann uns zumindest eines lehren, dass es keine Symmetrie geben kann zwischen den Strategien der herrschenden und beherrschten Klassen, gerade weil die Wirklichkeit der Politik strategisch ist. Dies war auch die Lehre Machiavellis.

4.

Selbst wenn die Einrichtung des national-sozialen Staates räumlich und zeitlich begrenzt gewesen sein sollte (wenn auch im »Zentrum« des kapitalistischen Systems eingeschrieben), so ist sie doch irreversibel: Das »Rad der Geschichte« dreht sich nicht zurück, ungeachtet (...) aller Phänomene der zyklischen Reproduktion der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen. Vor allem sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Völker des Ostblocks die »Diktatur über das Proletariat« beendet haben, um ihrerseits in die Sphäre der sozialen Staatsbürgerschaft einzutreten und nicht in die eines wilden Liberalismus.

Solche Phänomene extremer Gewalt, die heute die globale Politik charakterisieren – hier verknoten sich die ökonomisch-sozialen Gewalten mit »ideologischen« Gewalten ethnischen und religiösen Typs auf unentwirrbare Weise miteinander – und die tendenziell auf die physische Eliminierung von für die Ausbeutung »unnützlich« gewordenen Bevölkerungsteilen hinauslaufen bringen nachdrücklich die Unmöglichkeit, einen national-sozialen Staat zu errichten zum Ausdruck. In vielen Fällen ist dies gleichbedeutend mit der *Unmöglichkeit, überhaupt einen Staat zu errichten* und zwar in einem großen Teil der Welt, davon wird auch das Innere der sozialen Situation und damit die Möglichkeiten der kollektiven Repräsentation und der Organisation von Politik, sogar der Gedanke der »Rechte« des Individuums weltweit bestimmt. Deshalb ist es nun unsere Aufgabe, die umfassend in Frage gestellte soziale Staatsbürgerschaft *gleichzeitig* zu verteidigen und auszudehnen (es ist im Übrigen unmöglich sie zu verteidigen ohne sie auszudehnen), und eine neue Form und ein neues Konzept der Staatsbürgerschaft zu erfinden, das es insbesondere erlaubt, die grundlegenden Widersprüche des sozialen Nationalstaats zu überwinden. Es ist un-

Beschränkung ihrer Universalität, oder wenn man so will, einer »extensiven« Universalität. Nun ist der Augenblick gekommen, das Augenmerk auf eine beschränkende *materielle Bedingung* zu richten, die auf die Teilung der Weltwirtschaft in Zentrum und Peripherie verweist. Selbst und vor allem wenn der national-soziale Staat in den letzten hundert Jahren ein *ideales Modell* geworden ist (auch ein idealisiertes Modell, an das sich insbesondere die »Entwicklungspolitiken« geklammert haben, hervorgerufen durch die Entkolonisierung und an bestimmten Punkten auch durch die reformistischen Bewegungen in den Ostblockstaaten), wobei klar ist, dass er sich außer in den Ländern des imperialistischen Zentrums nicht wirklich vollständig verwirklicht hat (...) Aber diese Beschränkung der Universalität des national-sozialen Staates und die ihr zugrundeliegende ungleiche Entwicklung, zieht in der neuen Phase der Globalisierung dramatische Konsequenzen nach sich, nämlich dass bestimmte kapitalistische Politiken bewusst auf die Verschärfung der Ausbeutung zielen, im Sinne einer massiven Reproletarisierung, die aber (...) die Grundlagen und die Institutionalisierung des Politischen in Gefahr bringen. Es handelt sich nicht mehr nur um die Kluft zwischen den Lebensbedingungen von Zentrum und Peripherie, also zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Ländern, zwischen einer in der Überausbeutung gehaltenen und einer dem Prozess der Proletarisierung tendenziell entrissenen Arbeiterklasse, die internationale Spannungen auf globaler Ebene schafft, die sich an bestimmten »Grenzen« zu kristallisieren vermag (wie diejenigen, welche die vormaligen Kolonisatoren und die Kolonisierten gleichzeitig trennen und vereinen, man sieht das sehr gut am Beispiel der französisch-algerischen Grenze oder der Grenze zwischen den USA und Mexiko) und die sich in bestimmten sozialen und demographischen Prozessen wie

Wirkung des Imports immigrierter billiger Arbeitskraft, die mehr oder weniger von zivilen und sozialen Rechten ausgeschlossen ist und unter der Wirkung der Deregulierungspolitiken, des Abbaus der sozialen Sicherungen, in ihrem Gefüge widersprüchliche Lebensverhältnisse sowie Ausschlussformen, die die Idee der »sozialen Staatsbürgerschaft« negieren (...) (und die offensichtlich eine konstante Schwächung und systematische Delegation der organisierten Klasse, insbesondere der Gewerkschaften bedeuten). Man kann sogar soweit gehen und die folgende These vorschlagen: Die »supra-nationalen« politisch-ökonomischen Ensembles, die durch ihre Herausbildung den nationalen Rahmen relativieren, und gleichzeitig die staatlichen Integrationsmechanismen der sozialen Konflikte auf einer erweiterten Ebene reproduzieren, wofür die EU ein typischer Fall ist, sind systematisch auf der Kluft der *Wohlstandsgefälle* (i. O. deutsch), den Mechanismen der Ungleichheit und der internen Exklusion, aufgebaut (...).

In dieser Situation werden von neuem die »gefährlichen Klassen« im Herzen des politischen Raums eingeschrieben. Oder allgemeiner gesagt, sie schreiben im politischen Feld das komplette Spektrum der organisierten Gewalten ein, von den rassistischen Diskriminierungen und den Methoden der sicherheitspolitischen sozialen Ausgrenzung bis hin zu den ethnischen Gegenwirkungen und den kleinkriminellen Phänomenen, die wiederum die Militarisierung der sozialen Ordnung verschärfen. Man kann Poulantzas' 20 Jahre alte Überlegungen zum autoritären Etatismus noch einen Schritt weitertreiben. Die Krise des national-sozialen Staates, die mit der Globalisierung und mit dem Prozess der Reproletarisierung zusammenfällt, ist ein Resultat und liegt zugleich in den Zielen der herrschenden Klasse begründet (Finanzkapitalismus) und leitet wiederum eine Reihe von nationalen und

mittelbar einleuchtend, dass uns diese Situation vor praktisch kaum zu lösende oder überhaupt nur benennbare Dilemmata stellt.

Dies beweist meines Erachtens auch die tendenzielle Aufspaltung der »sozialistischen« Tradition – vor allem in Europa – in zwei Arten von Diskursen, die sich spiegelverkehrt aufeinander beziehen:

Auf der einen Seite wurde (etwa von Habermas oder den »linken« Habermasianern) die Idee einer »post-nationalen« Politik entwickelt, deren Motor die grenzüberschreitende Ausweitung der Menschenrechte und der rechtlich abgesicherten Kollektivverhandlungen ist, aber auf einer im wesentlichen moralischen Basis und unabhängig von einer wirksamen sozialen Mobilisierung.

Auf der anderen Seite formieren sich Bewegungen, die die »Errungenschaften« der sozialen Staatsbürgerschaft verteidigen; sie konzentrieren sich vor allem auf die staatlichen Funktionen, die diese garantieren, werden dadurch aber selbst zu Bewegungen, die den Staat und das Prinzip der geheiligten und idealisierten nationalen Souveränität verteidigen (das kann dazu führen, dass sie sich praktisch und theoretisch den Forderungen nach »nationaler Präferenz« anschließen und diskriminierende Politiken gegen MigrantInnen rechtfertigen).

Diese Alternative muß man verlassen, indem man die Verteidigung der sozialen Staatsbürgerschaft mit der Erfindung neuer Formen der Staatsbürgerschaft verbindet, es geht also um die Entwicklung einer fortschrittlichen Alternative zum sozialen Nationalstaat.

Diese Alternative müsste – in einer natürlich vorläufigen und unabgeschlossenen Fassung – mindestens drei grundlegende Dimensionen umfassen.

Erstens muss sie eine drastische Verringerung von Wohlstandsgefällen beinhalten, die weltweit zwischen Regionen, manchmal auf dem selben Kontinent oder selbst in einem Land bestehen, und die die Form einer Kluft zwischen Zonen der Verwüstung menschlicher und natürlicher Ressourcen und Luxuswohngebieten in schöner Umgebung annehmen. Es geht hier um einen konzentrierten Kampf gegen Unterentwicklung und ökologische Katastrophen. Aber es geht auch, in einem neuen Sinn, der die alten Antinomien zwischen Stadt und Land oder die jüngsten zwischen industriellem Raum und Wohnraum übersteigt, um eine Politik der Urbanisierung, ohne die es keine Verringerung – sowohl der staatlichen als auch der anti-staatlichen – kollektiven Gewalt gibt.

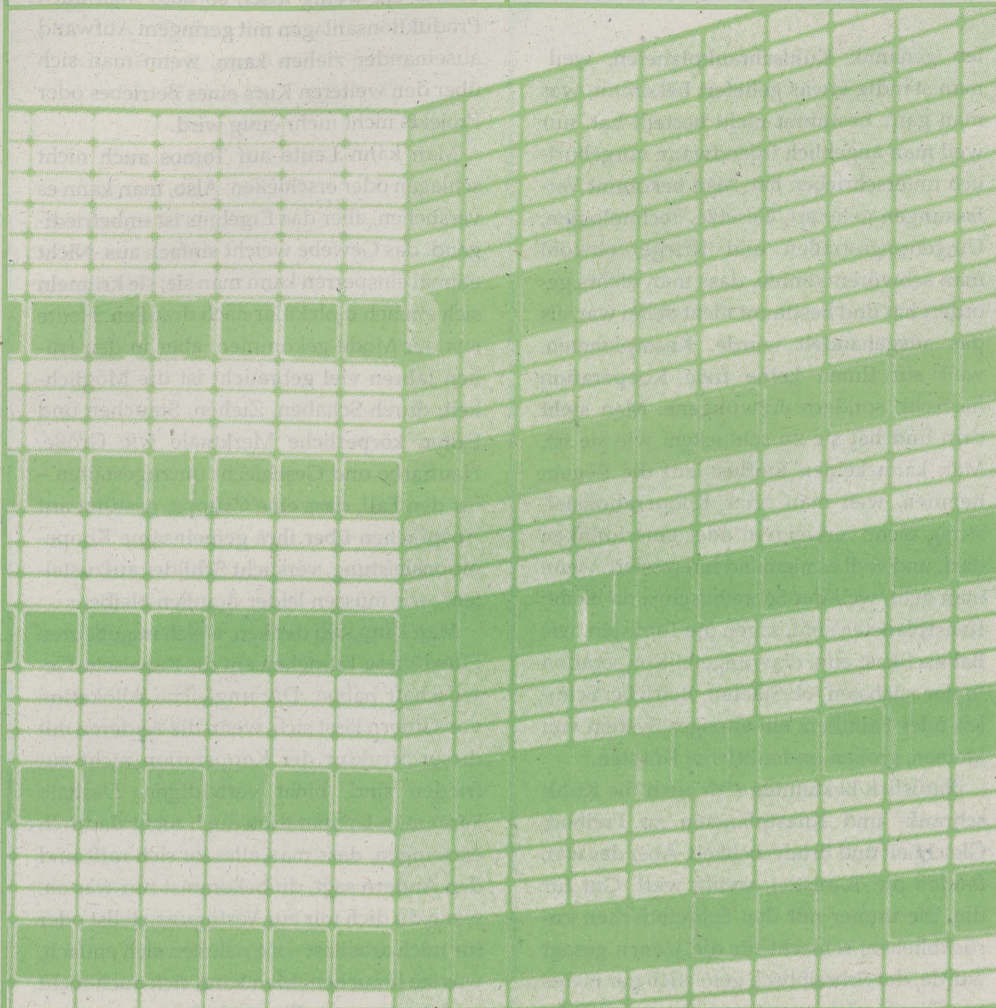
Zweitens muss sie eine Dimension transnationaler (mehr noch als post-nationaler) Staatsbürgerschaft beinhalten, die sich in meinen Augen eher »von unten« entwickelt wird als »von oben«, d.h. durch die Demokratisierung der Grenzen, eine gemeinsame Verwaltung der Migrationsströme, die sowohl die Interessen der Migranten berücksichtigen als auch mit den Herkunftsländern ausgehandelt werden muß; durch die Anerkennung der zivilen und politischen Rechte der Immigranten (mehr noch, der ausländischen Einwohner) in jedem Land und durch die Anerkennung des kulturellen Pluralismus und seines Beitrags zur Entwicklung jeder nationalen Kultur.

Drittens muß sie eine Bewegung der Überschreitung der Formen und Grenzen umfassen, in denen der national-soziale Staat den Schutz der Individuen organisiert. Denn die Einlösung des Verlangens nach Emanzipation, nimmt häufig die Gestalt soziologischer Kategorisierungen und damit einer Transformation ethischer und anthropologischer Differenzen (sexueller und gesundheitlicher Art oder in Bezug auf Bildung und Alter) in essentialistische und quantitative soziologische Differenzen an, wie man es deutlich im Falle der »Frauenrechte« oder dem »Schutz der Minderheiten« beobachten kann. Vor allem gegen diese Kategorisierung (die Deleuze »Codierung«,

»Territorialisierung«, »Kontrollgesellschaft« genannt hat) hat sich der sogenannte »Individualismus« oder »Spontanismus« der zeitgenössischen sozialen Bewegungen entwickelt. Es müssen also Wege gefunden werden, die soziale Staatsbürgerschaft von dem ihm eigenen Soziologismus und den bürokratischen Tendenz zu befreien, die die Kategorien sozialer Teilhabe reifizieren – ohne die Verteidigung und Erweiterung des Prinzips der sozialen Sicherung aufzugeben.

Sind diese Ziele demokratisch? Ganz offensichtlich, und sie verlängern sogar die uralte

stimmten Konjunktur – fragte, was die Kommunisten waren und sein konnten (»Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. (MEW 4: 492) Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. (...) Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.« (ebd.: 493)). Sicher hat



Bewegung einer Erfindung der Demokratie oder neuer grundlegender Rechte, ohne die es keine Demokratie, sondern nur eine körperschaftliche »Repräsentation« der Gesellschaft innerhalb des Staates gibt. Sind sie »sozialistisch«? Vielleicht, zumindest zum Teil. Ich möchte aber vielmehr auf dem bestehen, was diese Ziele jenseits eines Jahrhunderts des offiziellen, orthodoxen oder häretischen Marxismus, der die kommunistische politische Idee in die Grenzen des Programms eines »sozialistischen Übergangs« oder »Übergangs zum Sozialismus« eingeschlossen hat (also einer bloßen Alternative zum Kapitalismus, wenn nicht sogar bloß einer *Inversion des Kapitalismus*), zur Erneuerung und Permanenz dieser Idee hervorgebracht haben. Weil wir diese Fragen heute – in Erinnerung an Poulantzas – diskutieren, als Versuch, aus seinem unvollendeten Werk Nutzen zu ziehen, und weil andererseits die Idee der kommunistischen Politik philosophisch betrachtet eine ethische Idee ist, die nicht abstrakt vorstellbar ist, werde ich sie in Form einer dreifachen Abfrage stellen, auf die es nur eine Antwort gibt: Worin besteht die Notwendigkeit einer kommunistischen Position bei der Rekonstitution der Staatsbürgerschaft jenseits des national-sozialen Staates? In welchem Sinne können wir sagen, dass Poulantzas letztendlich selbst ein »Kommunist« war? Wer sind heute die Kommunisten?

Ich werde also über den »Kommunismus von Nicos Poulantzas« sprechen und ich werde im Singular darüber sprechen. Die hier zu stellende Frage ist also nicht »Was« (*Was ist der Kommunismus?*) (i.O.dt.), sondern »Wer« (*Wer sind die Kommunisten?*) (i.O.dt.). Mit dieser Formulierung – sie »kockettiert« mit einer Thematik, die durch Nietzsche und Heidegger berühmt geworden ist – lade ich auch dazu ein, dem Erbe des Manifestes der kommunistischen Partei Gehör zu schenken, wo Marx sich – natürlich innerhalb einer be-

sich die Bedeutung dessen, was Marx 1848 »Partei« nannte in Laufe der letzten 150 Jahren grundlegend verändert. Man muss also zu seiner Idee zurückkehren, indem man den Akzent verschiebt: In allen politischen Bewegungen, sozialen oder »kulturellen« Kämpfen, »vertreten« d.h. *praktizieren* die Kommunisten die Vielfältigkeit der aufeinander nicht reduzierbaren emanzipatorischen Interessen selbst im Angesicht ihrer Radikalität; sie fordern und verwirklichen die Freiheit nicht als Vereinzelung von Individuen und Gruppen, die Gleichheit nicht als Gleichförmigkeit, sondern die Freiheit und Gleichheit als Gegenseitigkeit der Individualitäten, als jene »Gemeinschaft«, die individuelle und kollektive Singularitäten sich anbieten können, zu der sie sich gegenseitig ermächtigen. Dies steht selbstverständlich (wie das auch bei Marx der Fall war) in einem wesentlichen Zusammenhang zur Staatsbürgerschaft, aber es richtet sich gegen eine staatliche Form der Verwaltung des »Pluralismus« durch formelle Regeln und administrative Zwänge. (...)

Für mich zeigt sich der Kommunismus von Nicos, jenseits seines fundamentalen Demokratismus (»démocratie fondamentale«) (er kam aus dem Land der Militärdiktatur) und seiner Bindung an die sozialistische Politik (deren europäische Geschichte und Varianten er studiert hat), vor allem in der Art ihrer Wiedervereinigung. Oder, wenn man so will, in der Verbindung der folgenden zwei Elemente:

- In seinem *praktischen* Internationalismus (mehr noch als in seinem »theoretischen«), seiner unablässige Suche nach grenzenloser Begegnung und Kommunikation zwischen Emanzipationsbewegungen, die sehr gut den Gegensatz zwischen den Ideen des Kommunismus und des Kommunitarismus verdeutlichen.
- In seinem, in der Marxschen Tradition des Kommunismus stehendem, Beharren auf der Notwendigkeit, die Trennung von

Hand- und Kopfarbeit zu überwinden, um die Wurzeln des »Bürokratismus« in Staat und Partei zu beseitigen, und um eine offene Dialektik der institutionellen »repräsentativen Demokratie« und der popularen oder assoziativen »direkten Demokratie« zu ermöglichen, ohne die es keine neue Staatsbürgerschaft geben wird.

Es ist anzuerkennen, dass die Entwicklungen der Globalisierung, die Konzentration kultureller und ökonomischer Macht und als Reaktion darauf, des religiösen und laizistischen Nationalismus, den beiden Forderungen vielfältig entgegenlaufen. Es sind die gleichen Hindernisse, die einen Ausweg aus der Krise des national-sozialen Staats bloc kieren.

Ich würde bewusst mehrdeutig sagen: Nicos Poulantzas war ein typischer »Kommunist des Inneren«⁷, nicht nur des Inneren seines Landes, sondern des *Inneren der sozialen, intellektuellen und politischen Praktiken*, so wie wir es heute sein müssten, während die Idee eines *Kommunismus von Außen* jeden Referenten in der Wirklichkeit verloren hat (wenn auch nicht im Imaginären, wo die Phantome ein langes Leben haben). Diese ganz eigene Topologie des kommunistischen Kampfes als den Kämpfen immanent und zwischen ihnen zirkulierend wurde ironischerweise durch ihn »theoretisiert« (gegen die Idee einer für den Kommunismus von Außen sinnbildlichen »Doppelherrschaft«): »Soweit diese Kämpfe und Bewegungen politisch sind, stehen sie niemals außerhalb...« (237) Es ist das Äußere des Staates, der Institutionen, aber mehr noch die Praktiken die diesen zugrunde liegen. Weiter unten heißt es nämlich dialektisch: die Kämpfe für eine »radikale Transformation des Staates«, oder wie ich es nenne für eine aktive Staatsbürgerschaft, welche genau aus diesem Grund nicht außerhalb des Staates sein können, stellen sich nichtsdestotrotz notwendig »in die globale Perspektive eines Absterbens des Staates«. Heute sind Poulantzas und andere nicht mehr da. Aber die kommunistischen Staatsbürger, die staatsbürgerlichen Kommunisten oder die Kommunisten der Staatsbürgerschaft sind immer noch da. »Unsichtbar«, weil sie weder Armee, noch Lager, Partei oder Kirche haben. Es ist ihre Art zu existieren.

Etienne Balibar

Gekürzte Übersetzung aus dem Französischen von Serhat Karakayali, Laura Mestre-Vives und Stephan Adolphs.

/1/ Vortrag auf dem internationalen Kolloquium in Erinnerung an Nicos Poulantzas »Politik heute« in Athen, 29. 9 – 2.10.1999

/2/ Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie. Hamburg: VSA, 1978. Im folgenden wird nur unter Nennung der Seitenzahl zitiert.

/3/ Balibar zitiert eine in der deutschen Übersetzung nicht vorhandene Stelle aus der Staatstheorie. L'Etat, le pouvoir, le socialisme 1978: 238

/4/ Wortspiel mit »cercele vicieux«, Teufelskreis. (Anm. d. Ü.)

/5/ Robert Castel: Le métamorphoses de la question sociale. Fayard, 1995. Dt. Ausgabe: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Univ.-Verl. Konstanz, 2000

/6/ Die »préférence nationale« (Bevorzugung der »Einheimischen« bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen, etc.) gehört zum Forderungskatalog der französischen Rechten. (Anm. d. Ü.)

/7/ Es handelt sich um eine Anspielung auf Poulantzas Mitgliedschaft in der eurokommunistisch orientierten Griechischen Kommunistischen Partei (Inland) oder eben de l'Intérieur.

DIE SÄGE DER BENITA TORRES

ODER DIE WAHRHEIT ÜBER DEN VULKANIER

Das Erste was einem auffällt, wenn man mit einem Shuttle auf dem Raumhafen von Tomos landet – einem kleinen, aber berühmten Planeten in den äußeren Spiralarmen der Andromeda-Galaxie – ist ein riesiger, durchgesägter Tisch, der sich als eine Art Denkmal neben der Landebahn erhebt. Der zweite bemerkenswerte Eindruck, nachdem man das Shuttle bereits mit etwas wackeligen Knien durch die Rutsche verlassen hat, ist das große Schild über dem Eingang zum Raumhafen-Gebäude, auf dem in überdimensionalen Lettern steht: »Bienvenido a la patria di Benita Torres«.

Benita Torres ist so etwas wie die Nationalheldin von Tomos. Sie war unter den ersten EinwanderInnen, die nach Tomos kamen, weil sie von den anderen Planeten die Schnauze voll hatten. Die Legende erzählt, Benita Torres habe als Datentechnikerin in einem der schmutzigen High-Tech-Sweatshops ihres Heimatplaneten gearbeitet. Sie war gerade dabei, mit einer Hochleistungs-Säge die Rückwand eines Datenspeichers zu öffnen – Benita konnte sich nie recht abfinden mit der Philosophie des geplanten Verschleißes, wonach man kaputte Geräte sofort wegzuwefen hat, damit die Wirtschaft floriert – als sie zu ihrem Chef gerufen wurde. Der Chef eröffnete ihr, er schätze ihre Arbeitsleistung wirklich außerordentlich, der Betrieb verdanke ihr viel, aber die konjunkturelle Lage – die Gewinnmargen – die Konkurrenz – kurzum, sie sei gefeuert.

Benita, in Latzhose und hochgekrempten Ärmeln, die Säge immer noch in der Hand, sah den Chef ruhig an. Sie hatte so etwas oft genug erlebt. Dann trat sie an seinen Schreibtisch – eine wunderschöne, polierte Edelholzarbeit – und sägte ihn mitten durch. Der Tisch mit all den Geräten und Papieren stürzte mit ohrenbetäubendem Lärm zusammen. Benita nahm die kleinere Hälfte des Schreibtischs, mitsamt den zwei Tischbeinen, die da noch dranhingen, sagte: »Aber das gehört mir!«, drehte sich um und ging.

Der Name des Chefs ist nicht überliefert. Es wird erzählt, seine Sekretärin habe ihn Stunden später gefunden, wie er immer noch mit unverwandtem Blick auf die offene Türe starrte, durch die Benita Torres hinausgegangen war.

Das war in gewisser Weise die Geburtsstunde des Tomismus. Benita Torres' Geschichte verbreitete sich wie ein Lauffeuer und wirkte wie ein Signal. Hölzerne Schreibtische kamen bei den Chefs in sehr kurzer Zeit aus der Mode. Was die Tomisten zusammenführte, war der Eindruck, dass es ganz gleich war, nach welchem System ihr Planet verwaltet wurde – repräsentativ, basisdemokratisch, sozialstaatlich, marktwirtschaftlich, staatssozialistisch, naom, krypto-krativ oder mombasisch –, im Endeffekt hatte man nirgends was zu sagen. Man konnte nichts mitnehmen, wenn man rausflog; und man flog leicht raus, weil man nichts mitnehmen konnte. Es war, fanden die Tomisten, ähnlich wie bei der Mülltrennung: auf allen Tonnen steht was Verschiedenes drauf, aber letzten Endes wird doch alles zusammengeschüttet.

Die Planeten, die heute noch so regiert werden, werden von den Tomisten verächtlich Kühlschranksplaneten oder Knastplane-

ten genannt. Kühlschranksplaneten, weil man ständig etwas geliefert bekommt, was man ganz bestimmt nicht bestellt hat, nur weil man angeblich irgendwann vorgeburtlich unterschrieben hat. Man bekommt Verfassungen geliefert, Gesetze, Technologien, Umgehungsstraßen und Kriege, obwohl man schwören könnte, dass man nichts geordert hat und bestimmt nicht dabei war, als das ausgehandelt wurde. Knastplaneten, weil auf ihnen keine freie Kooperation herrscht, sondern erzwungene. Man steht drin und hat sie zu schlucken, wie sie ist. Man kann keinen Einfluss auf die Regeln nehmen, weil man seine Kooperationsleistung nicht verweigern oder einschränken darf, und weil es niemand interessiert, wenn man geht, weil der Schreibtisch ja da bleibt. Knastplaneten sind, sagen die Tomisten, wie Babuschkas: eine erzwungene Kooperation in der nächsten, ob Staaten, Betriebe, Schulen oder Familien, ein einziges System von kleinen, großen und mittleren Knästen.

Natürlich bekannten sich auch die Kühlschranks- und Knastplaneten zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Aber das war, fanden die Tomisten, wenig wert. Gut für die, die immer mit den Schreibtischen zurückblieben; schlecht für die, denen gesagt wurde, der Schreibtisch geht euch gar nichts an. Die Tomisten nannten das »desking«: Unterschlagen, dass auch der Schreibtisch Teil und Produkt einer Kooperation war; Herausschneiden von Teilen aus der kollektiven Kooperation, über die man dann nicht mehr verhandeln konnte. Ein anderer Begriff war »Gartenzwerging«: auch wenn man ganz genau gleich groß gemacht wurde, stand man immer noch im Garten herum, im Schatten eines riesigen Hauses, blieb der größte Teil des kollektiven Reichtums der Gleichheit entzogen – da kam man nicht ran.

Viele Jahre und viele zersägte Schreibtische später begann dann die Besiedlung von

DIE ALIENS SIND UNTER UNS

ALIENS, UTOPIEN UND
FREIE KOOPERATION

LESUNG UND
DISKUSSION MIT
CHRISTOPH SPEHR

FR – 02.11. – 19.30 UHR

VERANSTALTET VON: DISKUS +
TRANSFICTION.TREK.NET
DER VERANSTALTUNGSORT WIRD
BEKANNTGEGEBEN UNTER:
WWW.COPYRIOT.COM/UNEFARCE/
PORTAL/INDEX_NEWS.HTML

Tomos. Tomos galt allgemein als ein wenig brauchbarer Planet, aber für die Bedürfnisse der Tomisten war er ideal. Auf Tomos konnte man alles teilen, ohne dass es zu Katastrophen kam. Das lag daran, dass die Schwerkraft nicht richtig funktionierte; es gab schon welche, aber irgendwie deutete sie nicht so konsequent in eine Richtung. Deshalb kann man auf Tomos heute seine Wohnung im 1. sStock herausziehen und mitnehmen, wenn einem die Hausgemeinschaft nicht gefällt, und sich woanders anlagern, und das Haus fällt trotzdem nicht zusammen. Auch die Molekülstruktur ist auf Tomos ein wenig loser, so dass man auch Produktionsanlagen mit geringem Aufwand auseinander ziehen kann, wenn man sich über den weiteren Kurs eines Betriebes oder Projekts nicht mehr einig wird.

Man kann Leute auf Tomos auch nicht schlagen oder erschießen. Also, man kann es versuchen, aber das Ergebnis ist unbefriedigend: das Gewebe weicht einfach aus. Nicht einmal einsperren kann man sie; sie krümeln sich einfach molekular nach draußen. Heute aus der Mode gekommen, aber in den frühen Jahren viel gebraucht ist die Möglichkeit, durch Schaben, Ziehen, Stauchen und Falten körperliche Merkmale wie Größe, Hautfarbe und Geschlecht umzugestalten – für den Fall, dass eine Gruppe, gestützt auf Absprachen über ihre gemeinsame Kooperationsleistung, versucht Schilder aufzustellen, »wir müssen leider draußen bleiben«.

Man kann sich denken, welch ungeheuren Effekt diese Tatsachen auf die tomeische Gesellschaft haben. Die ungleiche Allokation von Gütern lässt sich, wenn die Anderen mit dieser Struktur der Kooperation nicht zufrieden sind, nicht verteidigen. Deshalb kann man Kooperation auch nicht dadurch erzwingen, dass man alles zu sich rafft und den Andern sagt, du bekommst nur was ab, wenn du dich mir zur Verfügung stellst oder für mich arbeitest – sie nehmen sich einfach, was sie brauchen. Man kann sich auch nicht nach bestimmten Eigenschaften zusammenschließen, um andere kollektiv aus Kooperationen auszuschließen, denn die Eigenschaften sind wandelbar. Das einzige Druckmittel, das es gibt, ist die Verweigerung oder Einschränkung der eigenen Kooperationsleistung; und dies steht allen zur Verfügung.

Die konterrevolutionäre Propaganda der Kühlschranks- und Knastplaneten, wen wundert's, überschüttete die Galaxie mit marker-schütternden Lügen über die grauensvollen Gebräuche der Tomisten. Alles würde verwahrlosen. Kultur und Zivilisation zerfielen. Nichts würde funktionieren, weil immer grade ein unzufriedener Arbeiter die Kurbelwelle oder den Generator mit nach Hause genommen hat, um eine neue Verhandlung zu erzwingen. Nie stehe ein warmes Essen auf dem Herd. Die Luft sei mit Blutgeruch erfüllt, weil die Leute sogar ihre Hunde und Katzen zersägten, wenn sie sich trennten.

Okay. Es gab, in der Anfangszeit, Exzesse. Man kann auch sagen, dass manche Prozesse auf Tomos bis heute etwas langsamer ablaufen, weil man in den verschiedensten Kooperationen eben nicht einfach durchziehen kann. Und wahr ist, dass die Tomisten bis heute leidenschaftlich Schreibtische zersägen, und dass dies bei allem bemühten Verständnis (»eine symbolische Handlung, durch die man sich der historischen Grundlagen der eigenen Gesellschaft vergewissert«), auf Außenstehende in höchstem Maße albern wirkt. Okay.

All die anderen Argumente dagegen, die von den Kühlschranks- und Knastplaneten mit großer Geste gegen den Tomismus vorgebracht wurden – der Tomismus könne nicht funktionieren, weil man ein Förderband oder eine Stahlbirne nicht teilen könne; alle würden sich nur noch in unendlichen Diskussionen über sämtliche Regeln ergehen; der Andromedaner sei dafür einfach nicht gemacht usw. – erscheinen heute im Rückblick genauso lächerlich wie seinerzeit auf Terra die Behauptung, Ehen dürften nicht geschieden werden, weil sonst die Kin-

der verelenden, die Haustiere unglücklich werden und die Männer jämmerlich verhungern würden, da Kochen nun mal nicht in ihrer Natur liege.

Je mehr und bessere Erfahrungen die Kolonisten auf Tomos mit ihrer neuen Gesellschaft machten, desto stärkere tomistische Bewegungen entstanden, die nicht mehr auswandern wollten, sondern die Kühlschranks- und Knastplaneten gleichfalls verändern. Wenn es die Molekülstruktur nicht hergab, mussten eben andere, gesellschaftliche und soziale Voraussetzungen für freie Kooperation geschaffen werden. Man konnte doch überlegen, durch welche Maßnahmen, Vereinbarungen und Veränderungen sich die molekularen Tatsachen auf Tomos auch für andere Planeten simulieren ließen. Und dann konnte man das doch machen.

Diese Auseinandersetzungen dauern bis heute an. Sägen sind in praktisch allen Baumärkten dieser Planeten verboten worden, aber die Bewegung hält das nicht auf. Das zentrale Manifest der neuen tomistischen Interplanetare, das überall heimlich verteilt wird, gruppiert sich um zwei Parolen. Die eine lautet: Die Welt ist ein Knast, befreit euch! Die andere lautet: Ihr habt den Kühlschrank nicht bestellt, also braucht ihr ihn auch nicht zu bezahlen!

Viele Deserteure, die sich aus einem unsinnigen Krieg absetzen, malen als Abschiedsbrief einen Kühlschrank in den Sand. Es werden Unsummen verausgabt, um immer wieder aus neue die Gitterstäbe abzuwischen, auszuspackeln oder zu über-tünchen, die von unsichtbaren Händen auf Fabrikmauern, Parlamentsgebäude, Schultafeln und Supermärkte gemalt werden. Nicht wenige Chefs finden abends auf dem Parkplatz ihr Auto besprüht mit einer gezackten, sägeartigen Linie, und einen Zettel daneben: »Aber das gehört uns!«

In diesem Zusammenhang entstand auch eine populäre und häufig missverständene Geste, das sogenannte »Fork«. Man hebt dazu die Handfläche und spreizt Mittel- und Ringfinger auseinander, so dass eine Gabelung entsteht. Im tomistischen Gebrauch bedeutet das so viel wie »danke, wenn du das so siehst, dann teilen wir uns hier lieber, oder wir fangen nochmal neu an zu verhandeln.« Viele Tomisten verwenden sie auch einfach als Gruß oder Erkennungszeichen. Die Geste soll auf einen vulkanischen Theoretiker zurückgehen, der sich auf seinen ausgedehnten Reisen in Galaxien, die nie zuvor ein Vulkanier betreten hat, bahnbrechende Beiträge zur Anwendbarkeit des Tomismus auf Systeme mit konventioneller Schwerkraft und Molekülstruktur geleistet hat. Die politischen Schriften dieses Vulkaniers weden auf Terra selbstverständlich unter strengstem Verschluss gehalten. Die Geste dagegen ist in einigen populären TV-Serien bis heute erhalten geblieben.

Christoph Spehr